

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. JAHRGANG
205 | Mai/Juni 2011 EUR 1,50

Aus dem Inhalt







WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Verdumptes Europa

Arbeitsmigration im Kontext liberalisierter Arbeitsmärkte – das europaweite Sozialdumping macht internationale Gegenwehr nötiger denn je

Der Klassenkampf von oben hat weiter an Fahrt aufgenommen. Während in einigen Ländern die Streik- und Gewerkschaftsrechte unter Beschuss stehen (für Deutschland siehe Artikel unten), kommt es auch auf gesamteuropäischer Ebene knüppeldick: Der im März 2011 beschlossene „Euro-Plus-Pakt" (Pakt für Wettbewerbsfähigkeit) bedeutet nichts weniger als den offiziellen Beschluss, dass die ArbeiterInnen für die Krise zahlen sollen. Eine Regelung, die es Firmen ermöglicht, die westeuropäischen Löhne weiter den osteuropäischen anzupassen, passt da gut ins Konzept. Ausgerechnet ab dem „Kampftag" der ArbeiterInnen soll nun die „Arbeitnehmerfreizügigkeit" in der BRD gelten. Diese fällt nicht vom Himmel, denn die „freie Arbeitsplatzwahl" innerhalb der EU gilt seit eh und je, nur hatte etwa Deutschland einen Sonderweg gewählt und die Freizügigkeit für die neuen Beitrittsländer aus Osteuropa bis jetzt herausgezögert.



Dabei ist Deutschland das Land mit den höchsten Lohneinbußen und damit selbst Sozialdumper Nummer Eins in der EU. Nach Zahlen des WSI-Instituts sind die Reallöhne zwischen 2000 und 2010 um vier Prozent gesunken. Es ist damit das einzige Land in Europa, das einen solchen Negativtrend aufweist. So etwas lässt natürlich auch die Braunschnäbel von NPD & Co. aufhorchen. Sie halluzinieren mal wieder eine Bedrohung der Arbeitsplätze für „Deutsche" herbei: An mehreren Orten mobilisieren sie – unter dem Motto „Fremdarbeit stoppen!" – zu Mai-Kundgebungen und bemühen sich zugleich um einen sozialen Anstrich. Dabei ignorieren sie vollkommen die Abschottung der EU nach außen, die sich parallel dazu im Mittelmeerraum vollzieht (siehe S. 10), ebenso wie die Tatsache, dass die BRD inzwischen ein Auswanderungsland ist.

Tatsächlich sind die KollegInnen längst hier und übernehmen die Drecksarbeit, die andere nicht machen wollen, und zwar – ganz landesüblich – zu Tariflöhnen von z.T. nur zwei Euro. Der polnische Mindestlohn etwa beträgt gerade mal 20 Cent weniger. Wie das funktioniert, hatte Ken Loach bereits in seinem Film „It's a Free World" vorgeführt. Darin waren es britische UnternehmerInnen, die in Osteuropa Scheinfirmen aufbauten, um Arbeitskräfte auf die Insel zu locken. Auf solch lukrative Perspektiven, die die Liberalisierung der Arbeitsmärkte eröffnen, ist auch die deutsche Zeitarbeitsbranche „seit langem" vorbereitet, wie Tomasz Major von der Polnischen Arbeitgeberkammer bereits im November beim ARD-Report durchblicken ließ. Einen Vorgeschmack auf die Folgen gibt das Beispiel des Leiharbeitskonzerns OTTO (siehe S. 11): Durch die profitable Nutzbarmachung von billigen ArbeiterInnen aus dem osteuropäischen Arbeitsmarkt wird es ein gesamteuropäisches Sozialdumping geben. Die Kombination aus konkurrierenden Lohnstrukturen und flexibilisierten Leiharbeitspraktiken unterläuft das Equal Pay-Prinzip gleich doppelt.

Bereits 2006 sollten mit der sog. Bolkestein-Richtlinie, dem Entwurf für eine neue europäische Dienstleistungsrichtlinie, Handelshemmnisse für „grenzüberschreitende Dienstleistungen" beseitigt werden. Ihr Kernstück war das „Herkunftslandprinzip", wonach Firmen nur die Tarife des Landes zu zahlen hätten, in dem sich ihr Sitz befindet. Dieses konnte letztlich abgewehrt werden. Doch was Bolkestein vorsah, ist längst Realität. Dank der „Dienstleistungsfreiheit" in der EU ist es möglich, dass über (Schein-) Firmen in osteuropäischen Staaten bereits jetzt ArbeiterInnen zu dort üblichen Löhnen entsendet werden. Eigentlich müssten diese Firmen im jeweiligen Herkunftsland dasselbe Gewerbe betreiben. Aber in der Regel reicht der Nachweis, dass im Heimatland Sozialabgaben gezahlt werden.

Mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt es, die KollegInnen vor solchen Praktiken zu verteidigen – auch im eigenen Interesse. Denn erfahrungsgemäß werden mit dem Dumping bei isolierten KollegInnen immer auch Keile zwischen die ArbeiterInnen getrieben und allgemeine Kürzungen vorbereitet. Grenzüberschreitende Aktionen, wie die bei der deutschen Firma Grenzland durch FAU und ZSP (siehe S. 7) werden zukünftig vermehrt im Zentrum gewerkschaftlicher Aktivität stehen müssen. Dass die Regelung gerade am 1. Mai in Kraft tritt, verweist auf eine zentrale Idee, die mit diesem Datum verbunden ist: die internationale Solidarität, die praktisch und dauerhaft werden muss.

Torsten Bewernitz

Mehr zum Thema Arbeitsmigration auf den Seiten 4, 5, 7, 10 u. 11.

Auf den Hundt gekommen

Die Initiative zur Einschränkung des Streikrechts in Deutschland beginnt zu bröckeln

Dass Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter nicht zwangsläufig an verschiedenen Strängen ziehen, zeigte zuletzt die Einigkeit von BDA und DGB-Führung in Sachen Tarifeinheit. Beide schritten Hand in Hand für eine gesetzliche Neuregelung seit dem richtungsweisenden Urteil des Bundesarbeitsgerichtes im Juni letzten Jahres. Darin werteten die Arbeitsrichter den bis dahin gültigen Grundsatz, dass in einem Betrieb nur ein Tarifvertrag zu gelten habe, als einen Verstoß gegen die grundgesetzliche Koalitionsfreiheit und eine Benachteiligung kleinerer Gewerkschaften.

Die Bundesregierung reagierte zunächst wohlwollend auf den Vorstoß von DGB und BDA, die gekippte Tarifeinheit gesetzlich wiederherzustellen. Gleich vier Ministerien sollen im Koalitionsausschuss über Konzepte dazu beraten haben. Auf der letzten Sitzung im April wurde die Entscheidung jedoch erneut vertagt. Und es gibt einige Andeutungen, dass die kriselnde Regierung vorerst kein weiteres Konfliktfeld eröffnen möchte.

In der Zwischenzeit hatte auch der Unmut an der DGB-Basis zugenommen. Verschiedene ver.di-Landesbezirke positionierten sich gegen die Pläne; der NRW-Verband sogar in Anwesenheit des Vorsitzenden Frank Bsirske, der als Initiator der Pläne gilt. Auch verschiedene Delegiertenversammlungen der IG Metall wehrten sich erfolgreich gegen ihre Ortsverwaltungen und deren Anträge für die Tarifeinheit.

Seit März existiert nun auch eine gewerkschaftsübergreifende Gegeninitiative: „Hände weg vom Streikrecht". Diese betont, dass die DGB-Führung gemeinsam mit dem BDA eine Beschneidung des Streikrechts und des Koalitionsrechts betreibe, die nicht zu akzeptieren sei. An dem Bündnis beteiligt sind neben DGB-GewerkschafterInnen auch AktivistInnen der GDL sowie der FAU, die bereits im Oktober die Initiative als „Vorstoß eines Tarifkartells gegen missliebige Gewerkschaften" verurteilt hatte.

Willi Hajek vom Komitee für Gewerkschaftsfreiheit sieht in der Auseinandersetzung auch Chancen: „Durch die öffentliche Aufmerksamkeit ist den Machern klar geworden, dass sie dies nicht so einfach durchziehen können. Es ist eine sehr günstige Gelegenheit die basisorientierte kämpferische Gewerkschaftsbewegung voranzubringen." Tatsächlich macht sich der Druck von unten bemerkbar: Mitte April gestand BDA-Chef Dieter Hundt der *Stuttgarter Zeitung*, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer habe signalisiert, seine Position im DGB nicht mehr lange halten zu können.

Rückendeckung erhalten Kritiker der Initiative nun auch durch ein RWI-Gutachten im Auftrag des Wirtschaftsministeriums: „Für diesen massiven Eingriff in die Koalitionsfreiheit eine Rechtfertigung zu finden, dürfte sowohl aus verfassungsrechtlicher als auch aus ökonomischer Sicht äußerst schwer sein". Zugleich warnen die Verfasser vor einer Politik „auf Zuruf starker Interessensverbände". Unter keinem denkbaren Blickwinkel sei daher ein Handlungsbedarf zu erkennen. Dies sieht laut einer Emnid-Umfrage auch die Mehrheit der Bevölkerung so: 56% befürworten die Tarifpluralität, 75% lehnen Streikverbote für bestimmte Berufsgruppen ab.

Julia Hoffmann

Catwalk



Soli für Nippon

Katastrophen treffen die Unteren der Gesellschaft immer am härtesten. Auch von der Dreifachkatastrophe in Japan sind die Ärmsten und Marginalisierten besonders betroffen. Diejenigen, die sich eine erträgliche Einrichtung im Notstand, eine Flucht aus dem Land oder gar den Aufbau einer neuen Existenz nicht leisten können. In der Gewerkschaftsbewegung wurden deswegen verschiedene Hilfsfonds eingerichtet, mit denen gezielt Betroffene aus der lohnabhängigen Klasse unterstützt werden. Verwiesen sei etwa auf den Hilfsfonds der japanischen Eisenbahnergewerkschaft Doro-Chiba (weitere Infos dazu auf www.labournet.de).

Auch die FAU hat einen Hilfsfonds eingerichtet. Das gesammelte Geld wird über die kooperierende <k>Freeters-Union</k> weitergeleitet und kommt direkt prekären Menschen zu Gute. Weitere Infos auf S. 7.

Verdumptes Europa

So lautet der Titel der neuen DA-Ausgabe, aber auch der erneut stattfindenden DA-Releaseveranstaltung in Berlin. Diesmal geht es um Arbeitsmigration im Kontext liberalisierter Arbeitsmärkte: über die miesen Praktiken internationaler Leiharbeitsfirmen, die profitable Erschließung neuer, billiger Arbeitskräftereservoirs, das europaweite Sozialdumping, aber selbstverständlich auch über Perspektiven der Gegenwehr. Ein spannend besetztes Podium wird garantiert.

Fr. 20. Mai, um 19.00 Uhr im Berliner FAU-Lokal, Lottumstr. 11 (nahe U2 Rosa-Luxemburg-Platz). Weitere Infos auf www.fau.org und www.direkteaktion.org/termine

Schau dich glücklich!

Alles muss man selber machen. Das gilt nicht nur für Gewerkschaften. Ob Hausbesetzungen, Antifaschismus, Kollektivbetriebe oder halt in der Musik – es geht auch ohne Kommerz, Kapital und Konsumterror. Darum dreht sich der mitreißende Dokumentarfilm <k>Noise and Resistance</k>, eine Reise durch Europas Utopia der Gegenwart, in dem sich die Punkbewegung mit ihrer zentralen Losung manifestiert: „Do it yourself!". Die DA ist Medienpartner des Films, der ab 16. Juni in erlesenen Kinos läuft. Im Vorfeld findet eine Premierentour mit den Regisseurinnen statt.

„Noise and Resistance" – ein Dokumentarfilm über die DIY-Bewegung in Europa. Von Francesca Araiza Andrade & Julia Ostertag. Weitere Infos auf www.noise-resistance.de

FAU-Ticker

Weitere Aktionen (DA berichtete) in Solidarität mit polnischen OBI-Beschäftigten fanden im März u.a. in Stuttgart statt. +++ Weitere Proteste auch gegen OTTO Workforce, u.a. in Frankfurt/M. +++ Nach der Atom-GAU in Japan rufen verschiedene FAU-Syndikate zu internationaler Solidarität auf, mehr Infos auf S. 7. +++ Zum Workers' Memorial Day am 28. April gibt es Veranstaltungen und Kundgebungen von FAU-Syndikaten u.a. in Berlin, Kiel, Leipzig und Rostock. Der FAU-Initiative folgend ruft auch die IG BAU zu einer Schweigeminute auf. +++ Zum Ersten Mai rufen die Syndikate u.a. in Berlin, Hannover, Kiel, Stuttgart und Solingen auf. Am Euromayday beteiligen sich die FAU Dortmund und Bielefeld. +++ In einem Callcenter erwirkte die FAU Leipzig die Rücknahme einer restriktiven, die Intimsphäre verletzenden Pausenregelung. +++ Den Internationalen Frauentag am 8. März begingen u.a. die FAU Nürnberg und Moers mit Flugblättern und Diskussionen. +++ Das Bündnis „Recht auf Stadt", an dem u.a. die FAU Freiburg beteiligt ist, machte Anfang April die kurzfristige Besetzung eines Wohnhauses in Freiburg-Herdern publik. +++ Die FAU Frankfurt/M. begann Mitte April mit einem Turnus von Info-Ständen in FFM-Bockenheim. +++ Die FAU Berlin beteiligte sich Anfang April an einer Kundgebung der Berufsgewerkschaften zur Verteidigung der Tarifpluralität. Motto war der FAU-Slogan „Finger weg vom Streikrecht!" +++ Ende März versammelte sich die FAU Berlin zur Soli-Kundgebung mit den Mieterkämpfen in Warschau.

Selbstlose Arbeiter, die ihr Leben riskieren, um die Nation zu retten. So präsentierten uns die Medien die „Fukushima 50", die in der Atomruine den Super-GAU zu verhindern versuchten. Eine Legende, die schon bald entlarvt wurde. In Wirklichkeit sind es zum Großteil Leiharbeiter, darunter Obdachlose und Erwerbslose, die für 80 bis 120 Euro pro Tag in den sicheren Tod gegangen sind. Diese Praxis ist nicht neu. Schon vor der Neuauflage von Tschernobyl wurden die Marginalisierten der japanischen Gesellschaft bei Drecksarbeiten in den Kraftwerken verheizt, wie Insider berichten. Und es ist nicht nur ein japanisches Phänomen: Auch in Frankreich sind es LeiharbeiterInnen, die für ´nen App'l und ´n Ei lebensbedrohliche Inspektionen in den AKWs durchführen. Kaum zu glauben, dass es woanders anders sein sollte.

Der Kapitalismus, das sollte nicht verwundern, geht über Leichen. Das demonstriert uns nicht nur die Atomindustrie in diesen Tagen. Auch die ganz alltägliche kapitalistische Arbeit sorgt im Jahr für über 2,3 Mio. erloschene Leben. Mit einem Toten alle 15 Sekunden sterben mehr Menschen durch Lohnarbeit als durch Kriege, weiß die UN-Arbeitsorganisation ILO. Es ist gewohnte Normalität, dieses blutige Geschäft, so dass es uns glatt ins Staunen versetzt, wenn doch einmal, wie zuletzt, ein Thyssen-Manager in Haft soll, weil vor drei Jahren in einem italienischen Betrieb 7 Menschen bei einem Brand aufgrund mangelnder Sicherheitstechniken ums Leben gekommen sind. Genug Gründe, dieses Treiben nicht als „normal" zu begreifen. So gedenken auch 2011 verschiedene FAU-Gewerkschaften der Opfer der Lohnarbeit – am 28. April, dem Workers' Memorial Day (WMD). Der internationale Kampf- und Gedenktag ist außerhalb von Deutschland vielerorts eine Institution. Hierzulande wurde er im Vorjahr durch die FAU und die ASJ zum ersten Mal begangen.

In Berlin legte man 2010 den Akzent bewusst auf den Leiharbeitsbereich: Arbeitsunfälle und psychische Zerrüttungen sind hier besonders hoch. Die menschenverachtende Tendenz des Kapitals zeigt sich in dieser Form des modernen Sklavenhandels, der keine Grenzen mehr kennt, am deutlichsten. Zunehmend versuchen Leiharbeitsbuden billige Arbeitskräftereservoirs auch international anzuzapfen. Dies zeigt etwa das Beispiel des OTTO-Konzerns aus Holland (siehe S. 11). Zunehmend geraten ArbeitsmigrantInnen auch in Deutschland in perfide Abhängigkeiten, wie der Fall polnischer KollegInnen bei der Firma Grenzland zeigt (siehe S. 7). Der Europäische Wettbewerbspakt und die sog. Arbeitnehmerfreizügigkeit (siehe S. 1) dürften solche Zustände vermehrt zu Tage treten lassen. Eben darum haben wir die Arbeitsmigration im Kontext liberalisierter Arbeitsmärkte zu einem Schwerpunktthema dieser Ausgabe gemacht.

Trotz trüber Aussichten gibt es aber immer auch Hoffnung. Wo Menschen sich wehren, werden oftmals neue Wege aufgezeigt. Der Erste Mai, dem eine Geschichte des Kampfes und des Internationalismus zugrunde liegt, bietet sich für Inspirationen zumindest an.

Eure Redaktionen „Betrieb & Gesellschaft" und „Globales"

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich............ Kontakt über Bremen
Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck .... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen............. FAU Essen, <faue@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. mit Film oder Vortrag am 3. & 5. Di. im Monat um 19.00 Uhr, Tel. (0251) 5389797, Arbeitstreffen am 2. & 4. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder »FAU – Wie funktioniert das?«, 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Mo. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion IT und Elektro, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg ...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen .... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So. im Monat ab 18 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, jeden 2. & 4. Freitag: anarchosyndikalistische Kneipe im Infoladen „Gartenstraße 19" ab 18.00 Uhr, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Karlsruhe........ fauka@fau.org oder Kontakt über Frankfurt/M., www.fau-karlsruhe.org
Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, "Blauer Montag": 1. & 3. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „karoshi", Gießbergstr. 41–47, 34217 Kassel, www.fau.org/kassel
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken .... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Alles eine Frage des Profits

Nicht erst seit der Atomkatastrophe von Fukushima setzt die Energiebranche auf regenerative Technologien. Ein gesellschaftlicher Wandel ist dennoch nicht zu erwarten.

Der Arzt, Psychotherapeut und gelernte Schmied Michael Wilk ist seit den 1970er Jahren in der Anti-Atom-Bewegung, wie auch in der anarchistischen Szene als Aktivist und Autor engagiert. Die Direkte Aktion *sprach mit ihm über die Verflechtung von Politik, Gewerkschaften und Energiewirtschaft und die Perspektiven von Anti-AKW-Protesten in Deutschland.*

Welche Position nehmen die DGB-Gewerkschaften bisher zur Atomenergie ein?

Die DGB-Gewerkschaften sind eng verzahnt mit dem ökonomischen System der Bundesrepublik, mit – mehr oder weniger – kritischen Positionen gegenüber gesellschaftlichen Ereignissen. Momentan kann man sagen, dass sich spätestens seit Fukushima die Positionen gewandelt haben, aber es gab auch vorher schon klare Optionen, die Kernkraft zu verlassen, schon seit geraumer Zeit. Die Frage ist nur, geht es grundsätzlich in Richtung Gesellschaftskritik, und das geht es natürlich nicht. Selbst weitreichende Positionen, wie z. B. die der IG Metall, bewegen sich ganz klar systemimmanent. Die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie steht zwar im Grundsatzprogramm, spielt jedoch in der Realität keine Rolle. Hier ist vielmehr die Rede von der Schaffung neuer Arbeitsplätze im regenerativen Energiebereich. Zu kurz kommt die Frage nach grundlegender Veränderung, wie etwa die nach einer Demokratisierung im Energiebereich, einer Infragestellung von Großkonzernen, die inzwischen ja auch massiv auf das regenerierbare Pferd setzen. Die großen Offshore-Anlagen in der Nordsee oder auch Wüstenstrom aus Nordafrika sind von ihren Ausmaßen her Großprojekte, die so nur über die Energiekonzerne finanzierbar sind. Und daran wird seitens der Gewerkschaften in der Regel nichts in Frage gestellt. Was kritisiert wird, ist der Betrieb atomarer Anlagen. Aber auch da gehen die offiziellen Stellungnahmen der Gewerkschaften zurück auf den faulen Atomkompromiss unter Rot-Grün aus dem Jahr 2000.

Welche Veränderungen in der gewerkschaftlichen Position sind zu erwarten?

Das ist der Stand von vor Fukushima. Momentan sind diese Positionen intern wieder in der Diskussion, und möglicherweise kommt es hier zu Veränderungen, zu etwas weiterreichenden Positionen, aber mit Sicherheit nicht soweit, wie die der Anti-AKW-Bewegung. Auch weitergehende Forderungen reden meist nur von „nachhaltiger Energieerzeugung" und es wird argumentiert, dass eine leistungsfähige Infrastruktur unverzichtbar ist für eine moderne Industriegesellschaft und Energie dabei eine tragende Säule darstellt. Was eine solche „moderne Industriegesellschaft" ist, wie sie aufgebaut ist, wie die Besitzverhältnisse aussehen, die Zusammenhänge von Produktion und Konsumverhalten, wird dabei nicht hinterfragt.

Auch Konzepte wie der *Green New Deal*, also die Erneuerung der Ökonomie unter Berücksichtigung weitreichender ökologischer Aspekte werden vom linken, radikalen Flügel der Anti-AKW-Bewegung zurecht kritisiert, weil dies keine Infragestellung des Systems an sich bedeutet, kein Infragestellen der Besitzverhältnisse und der Verfügungsgewalt. Ob nun ein Kampfpanzer mit Biosprit läuft oder nicht ist für uns letztendlich eine sekundäre Frage. Die ausschlaggebende Frage lautet: Wer verfügt über diese Gesellschaft? Liegt unser Interesse nicht vielmehr an der Umstrukturierung hin zu einem Gesellschaftssystem, wo schon aus sozialen, politischen Gründen und aufgrund von Verfügungsprinzipien ein Weiterbetrieb der Atomanlagen völlig ausgeschlossen ist und eine Konzernstruktur der Energiewirtschaft so nicht mehr möglich sein wird? Von solchen Auffassungen sind die DGB-Gewerkschaften natürlich weit entfernt.

Inwiefern setzt die radikale Anti-AKW-Arbeit auf eine Zusammenarbeit mit der DGB-Basis?

Es gibt sicherlich einige Ortsgruppen, die da weiter denken. In ihnen können wir schon wichtige Bündnispartner finden. Das Motto zum 1. Mai der IG Metall Frankfurt wird z.B. lauten: „Endlager für Kapitalismus gesucht". Ich vertrete ohnehin die Haltung, dass eine Diskussion, eine Kooperation, wenn sie denn irgendwie möglich ist, nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollte. Es macht keinen Sinn, weiterhin im eigenen Saft zu schmoren. Wir brauchen gesellschaftliche Bündnispartner. Nicht um jeden Preis, versteht sich. Aber in der Situation, die wir momentan haben, wo die Leute dermaßen sensibilisiert – nicht politisiert! – sind, sollten wir als Diskussionspartner und Multiplikatoren zur Verfügung stehen. Hier sehe ich auch die Einzelgewerkschaften – womit ich die Basis meine – in ihrer Pflicht. Wichtig für uns sind hierbei die persönlichen Kontakte vor Ort, die Kontakte in die Betriebe. Da sind die Leute zur Zeit relativ aufgeschlossen. Wir haben da schon gute Erfahrungen gemacht.

Wie groß ist das Interesse der Energiewirtschaft an der Kernkraft? Ist die Rede von der sogenannten „Brückentechnologie" überhaupt ernst zu nehmen?

Momentan sind Atomkraftwerke reine Gelddruckmaschinen. Ein AKW erwirtschaftet derzeit einen Reingewinn von etwa 1 Mio. Euro pro Tag – ein unschlagbares Argument. Andere Technologien, für die erstmal neue Produktionsstätten geschaffen werden müssen, sind aber das Pferd, auf das die Energiekonzerne setzen. Sie setzen jetzt auf Atomkraft, weil sie damit viel Geld verdienen können, und nicht aus ideologischen Gründen. Sobald andere Technologien ähnlich lukrativ sind, werden sie auf diese setzen. Bei den Konzernstrategien geht es schlicht und ergreifend einfach nur ums Geld. Je schwieriger es wird, mit Atomstrom Profit zu erwirtschaften, und sei es aus politischen Gründen, desto mehr wird die Energiewirtschaft umschwenken.



Wo setzt die Anti-AKW-Bewegung jetzt an? Welche Perspektiven zeigen sich auf?

Wir, von den Südwest-Initiativen, fordern ganz klar die sofortige Abschaltung aller Anlagen, ohne jeden Kompromiss. Das Gefährdungspotential ist einfach zu hoch.

Wir diskutieren derzeit erweiterte Aktionsformen, die nicht nur am Ende der atomaren Kette ansetzen, wie etwa Blockaden der Castor-Transporte abgebrannter Brennstäbe, sondern am Anfang. Aktuell planen wir eine Abschaltblockade am laufenden AKW. In der Diskussion ist z.B. auch, jüngere Meiler, wie das Kernkraftwerk Neckarwestheim II zu blockieren. Das wäre ein neuer politischer Schritt, wo wir versuchen, den laufenden Betrieb durch eine direkte Aktion zum Erliegen zu bringen. Es wird möglicherweise Blockaden gegen das Wiederanfahren momentan abgeschalteter Altmeiler geben.

Welche Möglichkeiten ergeben sich für gewerkschaftlichen Protest – auch jenseits des DGB – und für betrieblichen Widerstand?

Letztendlich geht es immer um gesellschaftliche Lernprozesse, die sich auf die Frage beziehen: Wo verdiene ich mein Geld, wo arbeite ich? Wie kann ich selbst innerhalb meiner Produktionsverhältnisse eingreifen, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen? Da gibt es viele Möglichkeiten, und es ist absolut zwingend notwendig, hier anzusetzen. Politische Streiks und/oder Aktionen in den Betrieben gegen den Weiterbetrieb von Atomanlagen – das wäre doch mal was...

Interview: Matthias Seiffert

Kolumne Durruti



Urheber: Findus

Oh heilige Gleichzeitigkeit! Einerseits werden die Aufstände im südlichen Norden des Erdenrunds in den Himmel gelobt, werden Rebellen ausnahmsweise mal nicht als Terroristen aus der Gemeinschaft der Vernunft exkommuniziert, sondern als Kämpfer für Recht und Freiheit selig gesprochen. Andererseits, wenn jedoch hierzulande jemand nur ein wenig aufsteht, wie etwa die Lokführer ... dann bricht das halbe Abendland zusammen! Von „Geiselhaft" ist die Rede. Dabei ist noch nicht mal ganz klar, ob die Sorgenfalten der Pressesprecher und Redakteure nun den Pendlern und Reisenden oder doch unseren allseits geliebten Neuwagen samt Volkswirtschaft gelten, die plötzlich an die Just-in-Time-Kette gelegt wird. Manche empfinden den Arbeitskampf gar als „Provokation der Lokführer". Jedenfalls ist der soziale Frieden in urbi et orbi bedroht – und dabei sind die Aufständischen der GdL noch nicht einmal bewaffnet.

Angesichts der im weltweiten Vergleich geringen Streikaktivität in der Bundesrepublik, die sogar die Beschäftigten im kapitalistischen Musterländle USA überbieten, angesichts der Überreglementierung, ja Verstümmelung bis zur Unkenntlichkeit des hiesigen Rechts auf Streik, kann man dem wirtschaftsfreundlichen Flügel der Presse – wenn man bei diesen Ausmaßen noch von „Flügel", von einem Teil, sprechen kann – nur eines attestieren: er betreibt das sonst so viel gescholtene „Jammern auf hohem Niveau".

Man sollte sich aber nicht täuschen lassen von dem Wehgeschrei und seinem Echo. Vor Jahren einmal gab ein Medienwissenschaftler in einer der nicht immer bildungspolitisch wertvollen Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung zu bedenken: Man solle die Macht der Medien nicht überschätzen, oder gar das gedruckte Wort für bare Münze nehmen. Schließlich seien die LeserInnen keine leeren Gefäße, die man nach Belieben füllen könne. Und so verhält es sich denn auch in diesem Falle: Es geschah eines Nachts, auf dem Höhepunkt der „öffentlichen Diskussion" über Berechtigung und Illegitimität der Tarifauseinandersetzung, Mitte März. Da fragte „2254", die Hörer-Anruf-Sendung des Deutschland-Radios, in eher rhetorischer Manier nach dem „Verständnis für die Lokführer". Die Moderatorin hatte es nicht leicht, Spannung aufzubauen, denn es herrschte quasi Konsens: Fast alle AnruferInnen – LKW-Fahrer, Krankenschwestern, ... – beantworteten die Frage mit „Ja, aber sicher!"

Sicher ist es keine Rückwärtsgewandtheit, wenn die Beschäftigten den Kampf nicht um den Erhalt, sondern um die Durchsetzung eines Flächentarifs sexy finden. Es gibt wohl auch kaum eine ebenso einfache und eingängliche Losung, wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Darin den Keim vom Kampf der Klassen zu sehen, mag sein, als wünschte man sich, dass die Lokführer mit Unterstützung ihrer KollegInnen in den DB-Werkstätten einen Panzerzug zusammenbauen. Ziemlich antiquiert, und nutzlos dazu. Nicht weniger abstrus erscheint die pressemäßig ewig wiederholte Infragestellung der GdL-Taktik, die Deutsche Bahn „in Mitleidenschaft zu ziehen". In einer Gewerkschaft ist der Solidarstreik doch das Selbstverständlichste der Welt. Um das zu begreifen, hindert ein Hochschulstudium wohl mehr als dass es nützt. Heißt das nun, dass die Universitäten über- oder unterfinanziert sind?

André Eisenstein

TERMINE

☞Berlin

Do. 5. Mai, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: Gleicher Lohn für gleiche (Leih-)Arbeit?
Ein Anwalt informiert über die Bedeutung des BAG-Urteils zu den christlichen Tarifverträgen

Fr. 6. Mai, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: FAU – wie funktioniert das?
Einführung in die Gewerkschaftsarbeit der FAU Berlin

Fr. 13. Mai, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: Die Weichen stellen
Syndikalistische Organisationsmodelle zwischen Berufs- und Industriegewerkschaften, Kampf- und Sozialorganisation

Fr. 20. Mai, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Diskussion: Verdumptes Europa
Release der neuen DA (siehe auch S. 1)

Fr. 27. Mai, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Vorstellung: Sand im Getriebe
Gründungsveranstaltung der Sektion Bau & Technik in der FAU Berlin

☞Düsseldorf

Mi. 11. Mai, 20.00 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Kino: „Herr Rossi sucht das Glück"
Im Rahmen des schwarz-roten Tresens der FAU Düsseldorf

☞Frankfurt

Fr. 17. Juni bis So. 19. Juni
Bewegungsstiftung, Artilleriestr. 6
Seminar: Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen
Weitere Informationen auf: www.bewegungstagung.de

☞Freiburg

Sa. 7. Mai, 20.10 Uhr
Iz3W, Kronenstr. 16a
Info: Als eine Gewerkschaft Continental besiegte...
Über den Arbeitskampf in der mexikanischen Reifenfabrik Euzkadi, mit dem ehem. Gewerkschafter Jesús Torres Nuño. Organisiert von Iz3W und FAU Freiburg.

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org/termine

Arbeitsmigration von innen

Aus der Prekarität der einstigen „Gastarbeiter" bildet sich zunehmend eine eigene Ökonomie heraus. Dort setzen sich die prekären Zustände häufig fort.

Viel wird derzeit wieder geredet über Arbeitsmigration, sei es mit Blick auf Arbeitskräfte aus Osteuropa, sei es im Kontext der aktuellen Flüchtlingswelle aus Nordafrika. Auch die sog. Wirtschaftsflüchtlinge aus den Schwellenländern waren in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Debatte geraten. Fast schon beiseite geschoben wurden dabei jene, die als Exempel von Arbeitsmigration schlechthin in der deutschen Geschichte gelten: die einstigen „Gastarbeiter". Zwar stehen diese immer noch im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit, doch geschieht dies vorwiegend unter den Vorzeichen eines rassistisch geführten Diskurses über die „Integration" einer hier lebenden Minderheit.

Obwohl mit der Sesshaftwerdung jener ArbeitsmigrantInnen in der Tat eine Statustransformation von einer zeitweisen Arbeitskraft zur fest verankerten Minderheit einherging, bleibt deren Situation dennoch bestimmt durch den Gastarbeiter-Hintergrund. Freilich, von ArbeitsmigrantInnen im engeren Sinnen kann hier nicht mehr gesprochen werden, handelt es sich doch um hier fest verwurzelte Familien in der zweiten, dritten oder gar vierten Generation. Dennoch bleiben ihre ökonomische Lage und ihre Position auf dem Arbeitsmarkt stark durch den sog. „Migrationshintergrund" geprägt. Von Interesse ist daher, wie sich die Geschichte ihrer Arbeitsmigration heute, insbes. im Kontext der Liberalisierung und Flexibilisierung von Arbeitsstrukturen, fortschreibt.

Vom Gastarbeiter zur Minderheit

Schon früh in den 1950ern begann die Bundesrepublik mit ihrer Anwerbepolitik, zunächst mit Arbeitern aus Italien, dann zunehmend, in den 1960ern, mit Arbeitern etwa aus Griechenland und der Türkei. Dadurch sollte 1971 letztlich die sog. „Gastarbeiterquote" auf dem deutschen Arbeitsmarkt ganze 10,3 Prozent betragen. Dabei entwickelten sich die türkischen ArbeiterInnen schnell zu der größten Gruppe von ArbeitsmigrantInnen, eine Stellung, die sich auch weiter verstetigen sollte. Schon früh hatte die Industrie darauf zu drängen begonnen, die Beschränkung der Aufenthaltsdauer zu lockern bzw. aufzuheben, da ihr das ständige Anlernen von Arbeitskräften, welches das „Rotationsprinzip" mit sich brachte, als nicht effizient genug galt. Von der Möglichkeit des längeren Aufenthalts machten v.a. die türkischen ArbeiterInnen Gebrauch, die zunehmend ihre Familien in die Bundesrepublik nachholten. Auf dem vorläufigen Höhepunkt, im Jahr 1997, sollte es schließlich 7,3 Mio. Menschen mit ausländischem Pass in der BRD geben, darunter 2,5 Mio. TürkInnen. Die Zahl Letzter ist allerdings bis heute dann doch, durch Einbürgerungen und Rückwanderungen, wieder auf 1,6 Mio. gesunken.

Die Transformation „vom Gastarbeiter zur Minderheit" ging natürlich einher mit einem ökonomischen Rollenwandel, und dieser führte auch zur Herausbildung einer spezifischen sozialen Situation der Betroffenen. In der Anwerbephase hatte die deutsche Industrie ein großes Interesse an den Gastarbeitern: Gerade in der Zeit der Vollbeschäftigung benötigte sie Arbeitskräfte, die zu den schweren und wenig beliebten Arbeiten, etwa im Bergbau, bereit waren. Entsprechend standen die Gastarbeiter fast ausnahmslos in Lohn und Brot; nur wenige waren zunächst arbeitslos, dafür jedoch häufig ausgenutzt und schlecht vergütet. Mit dem Niedergang der Vollbeschäftigung, dem Zuzug der Angehörigen und der Heranbildung von Nachwuchs überstieg die Zahl der MigrantInnen bald den Bedarf, den die deutsche Industrie an ihnen hatte. In der Folge machte sich Arbeitslosigkeit unter ihnen breit, und immer mehr mussten das Sozialsystem beanspruchen. Insbesondere die Folgegenerationen sahen sich – angefangen beim (Aus-)Bildungssystem – den nun neuartigen Widrigkeiten der Arbeitsmarktkonkurrenz mit ihren Spaltungs- und Selektionsmechanismen ausgesetzt. Ausgrenzung erfahren sie bis heute nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, auch die Gewerkschaften haben den Kontakt weitestgehend zu ihnen verloren und z.T. aktiv selbst soziale Ausgrenzungsfunktionen übernommen. Der berüchtigte Rückzug in die vermeintlich „eigene" Gemeinschaft kann als eine Folge bzw. Reaktion darauf verstanden werden.

Auf den Weg der Selbständigkeit

Von dem Einsetzen der Liberalisierung und Flexibilisierung der Arbeit in den 90ern und schließlich durch die Agenda 2010 war die Gemeinschaft der ehem. Gastarbeiter in besonderer Weise betroffen: Die spezifischen Ausgrenzungs- und Selektionsmechanismen, mit denen sie konfrontiert sind, multiplizieren bei ihnen das Problem der allgemeinen Prekarisierung. Doch wie reagierte die Community auf diese Veränderung in ihrem sozioökonomischen Koordinatensystem? Ein Phänomen, das dabei auftauchte, jedoch in der öffentlichen Debatte lange Zeit vernachlässigt wurde, ist die zunehmende Entfaltung von unternehmerischen Tätigkeiten unter MigrantInnen in Deutschland. Dies ist nicht nur insofern von Interesse, als dass MigrantInnen durch Selbständigkeit der Arbeitslosigkeit bzw. der Prekarität zu entfliehen versuchen, sondern auch, weil damit die Herausbildung dessen einhergeht, was in der Sozialforschung gerne als „ethnische Ökonomie" bezeichnet wird. Mit ihr schafft sich die Gemeinschaft der ehem. Gastarbeiter eigene ökonomischen Strukturen und damit auch eigene Arbeitsplätze. In diesem Sinne kann auch von einer Art „inneren Arbeitsmigration" in Deutschland gesprochen werden.

Dabei ist die Ausweitung der Selbständigkeit ein generell festzustellendes Phänomen in Deutschland, das im Zusammenhang mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik steht. Schließlich kam es zu stärkeren Anreizen für sog. Existenzgründungen, aber auch dazu, dass viele mit der Selbständigkeit einen Ausweg aus der Prekarität suchen. Das Problem der Scheinselbständigkeit und der Freiberufler ist dabei allerdings immer mitzudenken. So stieg von 1991 bis 2009 die Zahl der Selbständigen von rund 3 Mio. auf 4,2 Mio., mit einem besonderen Schub ab 2003, dem Einsetzen der Agenda 2010. Auch die Selbständigen Migranten nahmen analog zu, von 175.000 (1991) auf 407.000 (2009). Sie stellen heute 9,6 Prozent der Selbständigen in Deutschland, bei einem Bevölkerungsanteil von gerade einmal 8,8 Prozent. Die selbständige Tätigkeit von Ausländern in Deutschland, einst kaum vorhanden, hat sich damit nicht nur viel schneller entwickelt als die von Deutschen; sie sind heute sogar öfters selbständig als jene. Und dieser Prozess scheint sich fortzusetzen: So war im Jahr 2009 dem KfW-Gründungsmonitor zufolge jeder fünfte Gründer ein Migrant. Diese Dynamik zeigt sich unter der türkischen Bevölkerung am deutlichsten. Soll es noch 1975 gerade einmal 100 türkische Selbständige in Deutschland gegeben haben, wuchs ihre Zahl (in den alten Bundesländern, ohne Berlin) zwischen 1981 und 1990 von 7.000 auf 18.000 – womit in dieser Phase ein stärkeres Wachstum als beim Migrantendurchschnitt festzustellen ist. Inzwischen soll es über 80.000 türkischstämmige Betriebe in Deutschland geben.

Zuletzt hatte diese unternehmerische Aktivität von TürkInnen eine gewisse mediale Aufmerksamkeit erfahren. Während etwa Thilo Sarrazin sich darüber ausließ, dass diese nur im Obst- und Gemüsehandel produktiv seien, stellten, in Reaktion darauf, zahlreiche Beiträge heraus, dass türkische Unternehmen in mittlerweile allen Branchen bestünden und einen wichtigen Beitrag zur deutschen Wirtschaftsleistung erbrächten. Die Wissenschaft wiederum hatte sich schon in den Jahren zuvor dem Phänomen angenommen, hier allerdings meist unter dem politischen Paradigma des „integrationspolitischen Nutzens". Manch Rassenhysteriker sah sich durch die Existenz einer solchen türkischen Ökonomie gar in seiner Angst vor einer „Parallelgesellschaft" bestätigt. Eine wirkliche Auseinandersetzung über Arbeitsbedingungen und Verteilungsfragen innerhalb dieser Ökonomie blieb dabei ebenso aus wie eine ernsthafte Analyse ihrer Bedeutung für den migrantischen Arbeitsmarkt.

Anatomie einer Armutsökonomie

Gerade diese Aspekte sind es aber, die aus gewerkschaftlicher Sicht von Interesse sind. Dabei kann es kaum von der Hand gewiesen werden, dass etwa die türkische Ökonomie – fern von einem etwaigen Integrationsgeschwätz – durchaus die Autonomie als Erwerbsgruppe und als Kulturgruppe gestärkt hat. Immerhin stellt diese, laut der Türkisch-Deutschen IHK, inzwischen etwa 400.000 Arbeitsplätze, die in der Mehrheit von TürkInnen besetzt werden. Dies kann zweifellos als Trend zu mehr Unabhängigkeit vom diskriminierenden Arbeitsmarkt verstanden werden. Im Weiteren ermöglicht sie, potentiell den Arbeitsalltag, aber auch den Konsum stärker nach eigenen kulturellen Bedürfnissen zu gestalten. Jedoch lässt sich auf den zweiten Blick nicht gerade behaupten, dass hier eine Art ökonomisches Empowerment stattfindet: In vielerlei Hinsicht handelt es sich um eine Armutsökonomie, von der häufig nur eine kleine Subelite wirklich profitiert.

Denn zum einen weist jene ethnische Ökonomie einen sehr hohen Anteil von Ein- oder Zwei-Personen-Unternehmen auf, in denen ein hohes Maß an Selbstausbeutung stattfindet. Zum anderen ist die Quote mithelfender Familienangehöriger in den zahlreichen Kleinst- und Kleinbetrieben extrem hoch; etwa die Hälfte von ihnen beschäftigt ausschließlich derartige Arbeitskräfte. Dies verweist auf die Gegenwart patriarchaler Betriebsmodelle, zumindest aber auf einen hohen Abhängigkeitsfaktor vieler Arbeitskräfte. Diese Betriebe sind häufig wenig ökonomisch rentabel, so dass – bei gleichzeitigem Willen zur selbständigen Existenzsicherung – extrem lange Schichten gefahren werden, die an die körperliche Substanz und die Gesundheit gehen. Dass es sich dabei häufig nicht um sozialversicherungspflichtige Jobs handelt oder vielfach in Rentenkassen oder Versicherung nicht eingezahlt wird, verstärkt das Bild, dass von einer sozialen Verbesserung kaum gesprochen werden kann.

Auch die konkrete Verteilungsfrage lässt daran Zweifel aufkommen. Der jährliche Umsatz der türkischen Ökonomie von etwa 50 Mrd. Euro klingt erstmal imposant, im Verhältnis der Arbeitnehmer und des Gesamtumsatzes der deutschen Wirtschaft nimmt sich das doch sehr bescheiden aus, so dass es offenbar nicht allzu viel zu verteilen gibt. Zugleich ist der Umsatz auch ein schlechter Indikator, denn gerade in den Hochburgen der türkischen Ökonomie, wie etwa Berlin, fällt das Angebot äußerst billig aus und sind die Gewinnmargen relativ gering. Dass die offenbar geringen Gewinne zumindest intern gerecht verteilt werden, darf ebenso bezweifelt werden. Schließlich handelt es sich hierbei ja nicht um Betriebe, die jenseits kapitalistischer Imperative funktionieren. Im Gegenteil: Gewerkschaftliche Organisierungsprozesse sind in diesem Bereich ebenso Mangelware wie Betriebsräte oder Tarifbindung. Auch die Gewerkschaften machen kaum Anstalten, hieran etwas zu ändern. Ohne Interessenvertretungen sind die Verteilungstrends jedoch einseitig und gehen stets zu Lasten der Beschäftigten.

Die „ethnische Ökonomie" kann insofern zwar als eine Reaktion auf bzw. Folge von migrantischer Prekarität verstanden werden, allerdings keinesfalls als gelungene bzw. positive. Vielmehr setzt sich in ihr selbst der prekäre Trend fort (von wenigen GewinnerInnen abgesehen) und wird der Druck des Arbeitsmarktes nur verlagert. Es überrascht denn auch nicht, wenn einige neoliberal betörte Ökonomen die „hohe Wettbewerbs- und Arbeitsintensität" der ethnischen Ökonomie als „Potential" betrachten, als „Erfolgsrezept", von dem auch deutsche Unternehmen etwas lernen könnten.

Holger Marcks



Lehrkräfte im Stresstest

Für den 5. April rief die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Lehrkräfte im Land Berlin zur Teilnahme an einer Protestaktion auf, und zwar zur Arbeitszeit, um 5 vor 12. 5.000 KollegInnen folgten laut GEW dem Aufruf. Damit will die DGB-Gewerkschaft auf eine Entlastung älterer PädagogInnen hinwirken, wie sie in anderen Bundesländern völlig normal sei: So verringert sich die Lehrzeit mit Erreichen des 55. und 60. Lebensjahrs um je eine Stunde. Der Tageszeitung *Neues Deutschland* zufolge war die sog. Altersermäßigung 2003 abgeschafft und 2009 sei auch die Möglichkeit der Altersteilzeit gestrichen worden – ein besonders roter Rotstift, der da angesetzt wurde.

Der Adressat des Protestes, Bildungssenator Zöllner (SPD), verstand die Aktion zurecht als Streik und verlautbarte, das sei illegal. Denn einerseits habe die GEW einen Tarifvertrag samt Friedenspflicht unterzeichnet. Vielmehr aber hätten andererseits verbeamtete LehrerInnen kein Recht zu streiken. Eben um diese Frage des Streikrechts scheint es auch der GEW zu gehen: Sie beruft sich auf eine Gerichtsentscheidung vom letzten Dezember (VG Düsseldorf, Aktenzeichen 31 K 3904/10.0), wonach ein komplettes Streikverbot auch für Beamte einen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt. Dessen ungeachtet kündigte der Schulsenator disziplinarische Maßnahmen gegen die einzelnen Beteiligten an. Dem Vernehmen soll es zudem die Anweisung gegeben haben, bereits im Vorfeld jene KollegInnen „mitzuteilen", die an der Kampfmaßnahme teilnehmen und dafür werben. (AE)

Skandal im Sperrbezirk

Dortmunder Sexarbeiterinnen protestieren gegen die Schließung des Straßenstrichs.

Mit dem Hit aus den 1980ern startete am 24. März eine Demo der Sexarbeiterinnen des Dortmunder Straßenstrichs. Rund vierzig Frauen zogen von ihrem Arbeitsplatz in der Ravensberger Straße zum Rathaus. Bunt bekleidet – und durch Perücken, Schals oder Sonnenbrillen unkenntlich - forderten sie den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Rund 80 UnterstützerInnnen und Unmengen von Reportern komplettierten den Demozug.

Die Frauen machten mit Trillerpfeifen, Sprechchören und Schildern mit Aufschriften wie „Ich bin Prostituierte, ich werde diskriminiert", „Lieber Prostitution als Hartz 4" oder „Ich ernähre eine Familie" auf sich aufmerksam. PassantInnen und AnwohnerInnen nahmen das bunte und laute Treiben, die verteilten Flugblätter und Rosen überwiegend wohlwollend zur Kenntnis.

Gebracht hat der Protest allerdings noch nichts. Der Dortmunder Stadtrat beschloss am 31. März, den Sperrbezirk auf die gesamte Stadt auszuweiten. Damit der Beschluss umgesetzt werden kann, ist noch die Zustimmung des Regierungspräsidenten in Arnsberg erforderlich. Sollte diese tatsächlich erfolgen, wird wahrscheinlich dagegen geklagt.

Ende eines Erfolgsmodells

Dabei hatte der Dortmunder Straßenstrich bis vor kurzem noch Vorbildcharakter. Das sogenannte „Dortmunder Modell", bei dem Ordnungsbehörden, Kriminalpolizei und die Beratungsstelle „Kober" zusammenarbeiten, fand bundes- und europaweit Anklang. „Hier fährt viel Polizei ‚rum. Die achten auf uns. Das finde ich total gut. Und wenn wir dann im Sperrgebiet sind, dann geht man in Polizeigewahrsam, wird mitgenommen", sagt Anja, die seit über 23 Jahren als Sexarbeiterin arbeitet. Für Anja ist klar, dass sie notfalls ihrer Tätigkeit wieder im Sperrbezirk nachgehen wird.

Nadja aus Polen arbeitet seit 4 Jahren in der Ravensberger Straße. Sie ärgert sich über die geringe Beteiligung ihrer Kolleginnen an der Demo. „Ich will weiter hier arbeiten. Deswegen bin ich hier bei der Demo. Wer hier arbeiten will, muss mitdemonstrieren, und nicht sagen, ich komme und dann doch nicht mitgehen. Man muss weiter für den Erhalt der Straße kämpfen - egal wie lange - mit allen Frauen."

Auch Nadja fühlt sich in der Ravensberger Straße sicherer. „In anderen Straßen gäbe es viele Probleme. Da laufen vielleicht Kinder herum. Das wollen die Frauen, die hier arbeiten auch nicht. Diese Straße kennen die Leute und ich denke es wäre blöd hier zu schließen und später neu aufzumachen. Die Frauen wollen alle arbeiten, haben Familie. Das hier ist mein Job. Für mich ist das normale Arbeit."

Die Stadt hatte den Straßenstrich in der Ravensberger Straße im Jahr 2000 eingerichtet und die Prostitution so aus den Wohnvierteln herausbekommen. In der abseits hinter Einkaufsmärkten gelegenen Straße wurde als



Quelle: DieLinke.Dortmund

Anlaufstelle ein Container aufgestellt. Dort arbeiten 5 Sozialarbeiterinnen (auf 3,5 bezahlten Stellen) der Beratungsstelle „Kober". Die Frauen, die in der Ravensberger Str. arbeiten, erhalten dort Hilfe und Beratung, können sich aber auch einfach nur aufwärmen, einen Kaffee trinken, zur Toilette gehen. Seitdem 2006 die so genannten Sicherheitsboxen – blickgeschützte Parkboxen mit einer Notfall-Alarm-Vorrichtung - aufgestellt wurden, fanden kaum noch Gewaltübergriffe statt.

Die Zahl der dort arbeitenden Frauen ist im Laufe der Jahre von 60 auf über 600 angestiegen. Darunter sind laut Informationen von „Kober" rund 200 Bulgarinnen, und damit nähern wir uns dem eigentlichen Konflikt.

Aktivismus der Kommunalpolitik

Seit Bulgarien 2007 EU-Mitglied wurde dürfen sich BulgarInnen legal in Deutschland aufhalten. Insbesondere Roma aus Plovdiv nutzen die direkte Busverbindung nach Dortmund, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Sie haben ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, dürfen hier aber nur als Selbstständige und Gewerbetreibende arbeiten.

So entwickelte sich der sogenannte Schwarzarbeiterstrich. Tagtäglich stehen die Männer an der Mallinckrodtstrasse und hoffen auf einen Job - hauptsächlich auf dem Bau. Beschwerden darüber veröffentlichte die Lokalpresse bereits im September 2007. Polizei und Zoll reagierten mit verstärkten Kontrollen, konnten aber nur in Einzelfällen Schwarzarbeit nachweisen. Da auch andere Straftaten nicht nachweisbar waren, sahen die Verantwortlichen keine Handhabe gegen die regelmäßigen Menschenansammlungen.

Das Thema wurde für die Lokalpresse zum Dauerbrenner. Die Zeitung „WAZ" berichtete im April 2009, dass sich rund 1000 BulgarInnen in der Nordstadt aufhalten: „Viele wohnen bei Landsleuten, sind hier gemeldet und zahlen für eine Matratze bis zu 200 Euro im Monat."

Nachdem die Stadt das lange ignoriert hatte, verstärkte sie die Kontrollen und räumte auch einige Häuser. Die repressiven Maßnahmen - deren aktueller Höhepunkt die geplante Schließung der Ravensberger Str. ist - sollen sich bis nach Plovdiv herumsprechen, in der Hoffnung, dass die Menschen nicht mehr daran interessiert sind, sich in Dortmund niederzulassen.

Ob das funktioniert, darf bezweifelt werden. Seit kurzem gibt es auch aus anderen Stadtgebieten Berichte über von Roma überbelegte Wohnungen. Dass die Schließung des Straßenstrichs irgendeine Frau davon abhalten wird ihrer Tätigkeit nachzugehen glaubt sowieso niemand. Bis 2000 war Straßenprostitution im Sperrbezirk in Dortmund der Normalfall. So wird es dann wohl wieder sein – mit ungleich höherem Gefahrenpotential für die Sexarbeiterinnen.

Julia Bulette

Arbeitskampf gegen die Gewerkschaft

Beschäftigte des DGB-Bildungswerkes wehren sich gegen die Abwicklung zweier Bildungszentren für Betriebsräte

Das *DGB-Bildungswerk* plant zwei seiner drei Bildungszentren zum Ende des Jahres 2011 zu schließen, eines davon in Hamburg-Sasel und eines in Starnberg-Niederpöcking (Bayern). Den 60 fest angestellten Beschäftigten wurde die Entscheidung im September 2010 mitgeteilt. Zunächst begründete das Bildungswerk die Schließung mit einer Erhöhung der Pacht und Renovierungskosten für die Objekte. Laut dem *Gesamtbetriebsrat des Bildungswerkes* (GBR) gibt es für Sasel „bis 2015 einen gültigen Vertrag, in dem die bisherige Pachthöhe festgeschrieben ist". Zudem wolle die *IG Metall*, Eigentümerin des bayerischen Zentrums, die Kosten der Renovierung selbst tragen und auch die Pacht nicht erhöhen. Laut GBR will das *Bildungswerk* mit der Schließung aber lediglich Millionen von Euros einsparen. Der Geschäftsführung zufolge könnten Veranstaltungen stattdessen an anderen Orten, wie z.B. Hotels, stattfinden.

Die Gespräche zwischen dem GBR und dem Geschäftsführer Dieter Eich über die Zukunft der Bildungszentren hatte letzterer im März für gescheitert erklärt. Der GBR beklagt, dass Eich keine Einigung, sondern eine schnelle Kündigung der Beschäftigten, die in der DGB-Gewerkschaft *Nahrung Genuss Gaststätten* (NGG) organisiert sind, anstrebe. Die NGG protestiert zwar als „Tarifpartner des DGB-Bildungswerkes" gegen die Schließungspläne, konkrete Schritte zur Unterstützung der eigenen Mitglieder gab es bislang aber nicht.

Die Beschäftigten haben gemeinsam mit anderen GewerkschafterInnen einen Förderkreis für die Erhaltung aller DGB-Bildungsstätten gegründet, einen Blog eingerichtet und über 3.600 Unterstützungsunterschriften gesammelt. Außerdem organisierten sie in Sasel am 12. April gemeinsam mit TeilnehmerInnen einer Betriebsräteschulung eine Demonstration und Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus. Einige Betriebsräte und DGB-GewerkschafterInnen haben sich auch für einen Boykott des Bildungswerkes ausgesprochen, sollten die zwei Zentren geschlossen werden.

Inzwischen hat sich auch der *Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten* (VGB) in den Konflikt eingeschaltet. Dessen Vorsitzender Martin Lesch ruft die Beschäftigten zum Eintritt in seine Organisation auf, um sich gegen die Schließung zu wehren. In einem Aufruf schlägt er ihnen vor, für einen Sozialtarifvertrag „in dem sowohl betriebsbedingte Kündigungen, als auch mit Wechsel des Arbeitsorts verbundene Versetzungen ausgeschlossen werden" in den Arbeitskampf zu treten.

Bislang zeichnet sich noch keine Lösung des Konfliktes ab. Die Konstellation ist für einen solchen Abwehrkampf typisch: die Geschäftsführung beschließt, die Gewerkschaft kann sich nicht zu Aktionen gegen ihren Tarifpartner durchringen und den Beschäftigten bleibt nur die Selbstorganisation. Es bleibt abzuwarten, ob die Beschäftigten im späteren Verlauf der Auseinandersetzung gewerkschaftliche Aktionsformen – wie z.B. einen Streik – gegen die eigene Gewerkschaft einsetzen werden.

Daniel Colm

§§§-Dschungel

Wie komme ich als illegalisierte/r ArbeiterIn an meinen Lohn?

Bei illegaler Beschäftigung gibt es meist keinen schriftlichen Arbeitsvertrag. Der ist aber auch nicht notwendig, denn mündliche Absprachen reichen für die Begründung eines Arbeitsverhältnisses aus.

Es ist für den Lohnanspruch auch unerheblich, ob du eine Arbeitserlaubnis besitzt oder nicht. Wenn dein Chef im Nachhinein behauptet, dass er dir ohne gültige Arbeitspapiere keinen Lohn auszahlen darf, ist das falsch. Vielmehr muss er bereits bei Arbeitsbeginn alle für die Aufnahme der Arbeit notwendigen Unterlagen von dir haben. Lässt er dich ohne Papiere arbeiten, ist das sein Problem. Den Lohn muss er dir nach dem Grundsatz des „faktischen Arbeitsverhältnisses" trotzdem zahlen.

1. Beweisproblemen vorbeugen

Um deine Forderungen notfalls auch gerichtlich durchsetzen zu können, ist es wichtig, dass du den Umfang deiner Arbeitstätigkeit beweisen kannst. Am besten wäre hierfür ein Stundenzettel, den dir dein Chef unterschreibt. Dazu wird es allerdings fast nie kommen. Daher musst du erfinderisch sein. Kopiere z.B. heimlich Schichtpläne mit deinem Namen darauf, oder mache mit deinem Handy Vorher-Nachher-Aufnahmen von den Arbeiten die Du verrichtet hast. Notiere dir aber auf jeden Fall die Namen der Kollegen, Zeit, Art, Ort und Umfang deiner Tätigkeit in einem Arbeitstagebuch.

In Zukunft wird dir das Recht übrigens etwas mehr zur Seite stehen. Im Bundestag wird gerade eine Gesetzesvorlage diskutiert, die vorsieht, dass bei illegaler Beschäftigung nun der Arbeitgeber beweisen muss, dass er dich weniger als drei Monate angestellt hat. Im Klartext heißt das, dass Du nur noch beweisen musst, dass eine illegale Beschäftigung vorlag, um für drei Monate rückwirkend deinen Lohn einfordern zu können. Will der Arbeitgeber nicht bezahlen, muss er dann beweisen, dass du nicht die letzten drei Monate für ihn gearbeitet hast.

2. Mahnschreiben

Zahlt Dein Chef nicht freiwillig, solltest Du ihm einen Mahnbrief schreiben. Hilfreich ist es, wenn der Brief von einem FAU-Syndikat verfasst wird. In dem Brief sollten deinem Chef die rechtlichen Konsequenzen aufgezeigt werden, die er bei einem gerichtlichen Vorgehen zu erwarten hat. Diese sind massiv:

Ihn erwartet ein Strafverfahren wegen Vorenthaltens von Arbeitsentgelt gemäß § 266a StGB, da er keine Sozialabgaben für dich gezahlt hat. Wegen der Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis kann gegen ihn nach § 404 Abs. 2 SGB III eine Geldbuße in Höhe von bis zu 50.000 Euro verhängt werden. Größere Arbeitgeber, aber auch Subunternehmer die für größere Unternehmen arbeiten, scheuen oft die Öffentlichkeit, die durch einen Gerichtsprozess entsteht. Nach § 66 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz hat der Arbeitgeber auch die Kosten einer eventuellen Abschiebung zu tragen.

3. Risikovorsorge

Damit es jedoch gar nicht erst soweit kommt, solltest du ein paar Vorsichtsmaßnahmen einhalten. Gib bei allem Schriftverkehr als Kontaktadresse nicht deine tatsächliche Wohnanschrift an, sondern nutze die Postanschriften von anderen, am besten Vereinen o.ä. Die FAU hilft dir hier weiter.

Vermeide auch unbedingt ein persönliches Erscheinen vor dem Arbeitsgericht! Denn gemäß § 87 Aufenthaltsgesetz sehen sich einige Arbeitsgerichte zur Mitteilung an die Ausländerbehörde verpflichtet. Wie der einzelne Richter hier entscheidet ist vorher nicht absehbar. Das erschwert deine Rechtswahrnehmungsmöglichkeiten leider stark. Die Regelung steht deshalb seit langem in der Kritik, leider wird sie auch mit der bevorstehenden Rechtsänderung nicht abgeschafft.

4. Mahnverfahren

Es gibt aber auch Wege deine Rechte durchzusetzen, ohne dich selbst in Gefahr zu bringen. So kannst du ein arbeitsgerichtliches Mahnverfahren anstrengen. Dazu genügt es, wenn du dir einen Mahnverfahrensvordruck besorgst und diesen ausfüllst. Die Vordrucke kannst du in Zeitschriftenläden erhalten. Achte darauf, dass es sich nicht um den Vordruck für „normale" Mahnverfahren des Zivilrechts handelt sondern um die Extravordrucke für das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren. Wie du den Vordruck auszufüllen hast, wird dir durch Hinweisblätter, die dem Vordruck beiliegen, erklärt. Du brauchst für das Verfahren übrigens keinen Gerichtskostenvorschuss einzahlen. Es genügt, das Formular abzuschicken. Das Gericht erlässt dann einen Mahnbescheid und nach Ablauf der einwöchigen Widerspruchsfrist kannst du einen Vollstreckungsbescheid beantragen. Das Formular hierzu wird dir vom Gericht zugeschickt. Mit dem kannst du einen Gerichtsvollzieher beauftragen, der dann deinen Lohn beim Arbeitgeber vollstrecken lässt. Allerdings nur wenn dein Chef keinen Widerspruch gegen den Mahn- oder Vollstreckungsbescheid einlegt.

Abtretung der Forderung

Ist dies geschehen oder sicher zu erwarten, hilft dir nur eine Abtretung deiner Forderung an einen Bekannten bzw. an eine juristische Person. Diese kann deinen Lohn dann vor dem Arbeitsgericht für dich einklagen. In diesem Fall brauchst du nicht vor dem Gericht zu erscheinen. Du musst aber darauf achten, dass du deinen Lohn, sofern er unter der Pfändungsfreigrenze liegt, bereits bei der Abtretung von deinem Bekannten erhältst. Ansonsten ist die Abtretung unwirksam. Lösungen lassen sich aber auch hierfür finden. Falls du überlegst, mit Hilfe der Abtretung an deinen Lohn zu kommen, ist es auf jeden Fall ratsam, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Du solltest Kontakt mit deiner FAU-Gruppe vor Ort aufnehmen oder einen mit der Vertretung von illegalisierten Menschen vertrauten Rechtsanwalt beauftragen.

Dirk Feiertag

Rechtsanwalt in der Kanzlei FSN-Recht, G.-Schumann-Str. 179, Leipzig

Industriezweig Flaschenpfand

Wie sich Menschen in Not durch das Sammeln von Leergut über Wasser halten

Früh am Morgen, wenn rund um den Berliner Ostbahnhof die letzten feiernden Menschen aus den Clubs stolpern, haben die meisten FlaschensammlerInnen ihre Runden oft schon mehrmals hinter sich gebracht und beginnen damit, ihre Depots zu den Supermärkten im Bahnhof zu bringen. Still trudelt einer nach dem anderen ein und steuert gezielt auf den Pfandautomaten zu. Das Personal hat es sich mittlerweile abgewöhnt komisch zu schauen, wenn voll beladene Einkaufswagen mit Pfandflaschen durch den Markt geschoben werden. Nur der Mann hinter dem Automaten kommt gleich am Morgen ins Schwitzen. Er muss hinter dem Automaten dafür sorgen, dass die Bierflaschen in die richtigen Kisten gelangen und diese dann stapeln. „Es gibt feine Unterschiede" erklärt Holger, 52 Jahre, seit vier Jahren arbeitslos: „Die besten sind natürlich die 25 Cent PET Flaschen, dicht gefolgt von den restlichen Plastik-Pfandflaschen. Bei den Glas-Pullen musste mehr ackern um auf deine Mark zu kommen." Anfänglich war es die Hilflosigkeit, mit den vom Staat kalkulierten Hilfen nicht klar zu kommen, die ihn dazu trieb, hier und da nach Pfand Ausschau zu halten. Irgendwann wurde ihm die Stütze gestrichen, aus „Mitverschulden" wie er sagt. Von da an ging es fast nur noch bergab. „Als meine Wohnung zur Debatte stand dachte ich mir, jetzt reicht es, ich will was machen, dann fing ich an mit dem Sammeln als Job".

Je nach Jahreszeit geht es los, die ganze Nacht über steuert er „seine Punkte" an, welche er jedoch aus taktischen Gründen nicht verrät. Einige dieser Stellen teilt er sich mit anderen SammlerInnen. Die Reviere in Berlin sind mittlerweile heiß umkämpft. Ab und an kommt es auch zu ernsthaften Auseinandersetzungen. Daran hat Holger kein Interesse: „So weit geht es dann auch nicht, dass ich für 20 Euro am Tag mir meine Gesundheit riskiere."

Die Berliner IHK gibt leider keine Auskunft darüber, wie viele Spätverkaufsstellen es in der Stadt insgesamt gibt. Doch Abgabestellen, wo die Menschen die Pfandflaschen loswerden, gibt es in der Stadt mittlerweile tausende.

Seitdem es in den Innenstadtbereichen in jeder Straße Spätverkäufe gibt und das Pfandsystems bei Plastikflaschen eingeführt wurde ist daraus ein regelrechter Industriezweig geworden. Ein Großteil der gesammelten Pfandflaschen wird nicht etwa wieder verwendet, sondern zu Granulat verarbeitet. Zu großen Ballen gepresst gehen die Plastikflaschen nach China und werden dort zerschreddert. Aus den Granulaten werden synthetische Textilien hergestellt die dann meist wieder bei den westlichen Modeketten landen. Die Fleecestoffe werden vor allem in der Sportbekleidung eingesetzt, da diese besonders Atmungsaktiv sind und wenig Flüssigkeit in die Fasern aufgenommen wird. 640 Millionen Pfandflaschen landen so jedes Jahr in anderen Industriezweigen.

Mittlerweile ist der Pfandbereich ein Millionengeschäft geworden. Nachdem 2006 ein einheitliches Pfandsystem in Deutschland eingeführt wurde entstand schnell ein Rückkaufmarkt. Verwendete PET Granulate sind bis zu drei mal billiger als der neue Grundstoff, welcher aus Öl gewonnen wird.

Das ist Holger ziemlich egal. Für ihn zählen andere Dinge. Am Monatsanfang zum Beispiel werfen die Menschen eher achtlos Flaschen auf die Strasse. Jetzt wo es wieder wärmer wird und die Menschen auch mehr Zeit im Freien verbringen landet mehr in den Grünanlagen. An den Hotspots, wie dem Mauerpark oder dem Volkspark Friedrichshain ziehen die SammlerInnen dann ihre Runden. Der eine oder andere wird auch schon die Erfahrung gemacht haben, kurz mal nicht hingeschaut zu haben und schon war die Flasche neben einem weg.

Die Flaschenpfandwirtschaft scheint auch zunehmend besser organisiert zu sein. So befinden sich seit einigen Monaten an vielen Berliner Papierkörben kleine Aufkleber, die dazu auffordern, seine Flaschen unter oder vor den Mülleimer zu stellen. Auf diesem Weg müssen die SammlerInnen nicht extra in die Abfallbehälter kriechen, um an das heiß begehrte Pfand zu kommen.


Urheber: Tim Lehmann

Andreas Potzlow

Der grüne Hype

Ein Kommentar von Thorsten Mitha


Urheber: Findus

Ganz Deutschland wird Grün! Schwarz und Gelb laufen die WählerInnen in derartigen Scharen davon, dass sie sogar erwägen, aus dem Kernenergiepakt mit den Konzernen auszusteigen. Auch SPD und Linke können nichts gegen den grünen Hype ausrichten. Sie fallen einfach gar nicht mehr auf. Tatsächlich eine historische - Kretschmann konnte es gar nicht oft genug sagen - Wende im Land, gar ein Linksruck? Nein, nein, rufen alle anderen im Chor, das liegt nur an Fukushima. Da könnte was dran sein. Doch vielleicht sind die Grünen auch einfach nur die einzige Partei, die sich in den letzten Monaten nicht mit Skandalen, Lügen, Kehrtwenden und Personalquerelen bis auf die Knochen blamiert hat. Und man muss anerkennen: sie schaffen es tatsächlich, sich zugleich als progressiv, konservativ, liberal und links zu inszenieren und damit massenhaft Wechsel- und GelegenheitswählerInnen an die Urnen zu locken.

So oder so - die Wahlergebnisse, seien sie nun mehr oder weniger atomangstgetrieben, sprechen nicht gerade dafür, dass sich tatsächlich relevantes tut im Lande. Einzelne Aufreger-Themen wie die Atomkraft, Stuttgart 21 oder ähnliches scheinen kurzfristig zu reichen, dem jeweiligen, vermeintlich kleineren Übel beachtliche Stimmenzuwächse zu bescheren. Wenn die Grünen nun gar ein eher linkes Spektrum (wieder) anziehen, dann wohl aufgrund von Ratlosig- und Kurzsichtigkeit. Längst scheint vergessen, dass die Grünen Hartz IV mitverzapft haben, für die deutsche Wirtschaft in den Krieg gezogen sind, sich für den Atomausstieg-light zum Gehtnichtmehr verbogen und beim Castor-Transport auf der Rednertribüne peinlichst rumgeeiert haben. Wenn die Grünen nun zunehmend auch in eher christlich-wertkonservativen Gewässern erfolgreich fischen ist das wohl der völligen Unkenntlichkeit entsprechender Inhalte in der CDU geschuldet. Die Grünen sind erfolgreich, in dem sie Politik für die gedachte „Mitte der Gesellschaft" machen, in der die Wahlen offenbar gewonnen werden.

Chaos an Hochschulen

Das Chaos an den deutschen Hochschulen geht weiter. Im Rekordjahr 2011, in dem mehr Studierende an die Universitäten strömen als jemals zuvor, sollte eigentlich eine neue Software Abhilfe bei der Vergabe von Studienplätzen schaffen. Doch die Anwendung funktioniert nicht. Experten bemängeln außerdem Datenschutzlücken



und eine fehlende Anbindung der Daten an die jeweiligen Hochschulen. Vermutlich wird die Entwicklung der Software erst im Jahr 2013 soweit gediehen sein, dass das Programm zur Anwendung kommen kann. Bis dahin wird weiter gemacht, wie bisher. Und das heißt „Studiengänge auf Basis unserer Erfahrung so zu überbuchen, dass sie am Ende möglichst gut ausgelastet sind", so der Uni-Sprecher Ole Lünnemann von der TU Dortmund auf spiegel-online. (AL)

Bundesverfassungsgericht stärkt Recht auf Blockade

Sitzblockaden stellen keine strafbare Nötigung dar, wenn die davon ausgehende Gewalt im angemessenen Verhältnis zu den damit verfolgten, politischen Zielen steht. Das entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und stärkte damit das Recht auf eine Form der direkten Aktion.

Damit wurde auch die Verurteilung eines Mannes aufgehoben, der zuvor vom Landgericht Frankfurt am Main zu einer Geldstrafe von 450 Euro verurteilt worden war, weil er sich aus Protest gegen den drohenden Irak-Krieg im Jahr 2004 an einer angemeldeten Sitzblockade vor einem US-Luftwaffen-Stützpunkt beteiligt hatte. Die Frankfurter Richter hatten argumentiert, es sei verwerflich, mit dem blockieren von Armeefahrzeugen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Karlsruhe entgegnete, dass erst diese erzielte Aufmerksamkeit für ein politisches Anliegen die Blockade schützenswert mache. Zudem hätte das Urteil des Landgerichts das Grundrecht des Verurteilten auf Versammlungsfreiheit verletzt. (AL)



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Verfassungsschutz plant Spitzeloffensive

Unter dem Projekt-Titel *„Verstärkte Aufklärung der gewaltbereiten Szene durch menschliche Quellen"* möchte der deutsche Verfassungsschutz (VS) verstärkt Spitzel in die linke Szene schleusen. Zur Begründung gab man an, es wäre in jüngster Zeit zu einem vermehrten Auftreten von „linksextremer Gewalt" gekommen.

Im Rahmen weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung linker Dissidenz soll außerdem die „Analysekompetenz" des Inlandsgeheimdienstes stärker genutzt werden. Details wurden zur Verschlusssache erklärt. Bekannt gegeben wurde nur, dass die Umsetzung dieser ominösen „weiteren Maßnahmen" in einer Koordinierungsgruppe besprochen wird, die vom BKA geleitet wird und der auch die Verfassungsschützer aus Bund und Ländern, die Landeskriminalämter und die Bundesanwaltschaft angehören.

Bestätigt wurde auch die Einführung einer EU-weiten Datei, die Daten über linke AktivistInnen sammelt, die z.B an Gipfeltreffen und anderen, sich außerhalb ihrer Landesgrenzen befindlichen Protesten teilnehmen. Im VS-Jargon werden diese AktivistInnen kurz „reisende Gewalttäter" genannt.

Während die EU-Kommission nur „Gewalttäter" speichern möchte, über die bereits eine Kriminalakte existiert, drängt die deutsche Bundesregierung auch auf ein Dossier, das Daten über Linke sammelt, gegen die lediglich ein Verdacht besteht. (AL)

Telefonüberwachung bei H&M

Nach *ver.di*-Informationen besteht bei der Textilhandeskette *Hennes & Mauritz* (H&M) die Möglichkeit, unerkannt Gespräche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abzuhören. Mit der Betätigung einer Tastenkombination bei Anrufen sei eine akustische Raumüberwachung möglich, ohne dass dies der angewählte Anschluss verhindern oder bemerken könne. Auf diese Weise sei es auch möglich, Gespräche in den Betriebsbüros bzw. der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen abzuhören. Nun erwirkte der Gesamtbetriebsrat von H&M im März eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung beim zuständigen Arbeitsgericht. In der Filiale Berlin Friedrichstraße hatte man bereits 2004 auf die Möglichkeit der Telefonüberwachung hingewiesen. Damals sei man als „paranoid" abgetan worden, so der Betriebsrat. (AL)

Neusprech für Vorratsdatenspeicherung

Obwohl das Bundesverfassungsgericht das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vor einem Jahr für rechtswidrig erklärt hat, gilt eine entsprechende EU-Richtlinie weiterhin. Diese will die Bundesregierung weiterhin umsetzen. Der neue Innenminister schlug nun Anfang April eine neue Sprachregelung vor: *„Mindestdatenspeicherung"*. Denn in weiten Teilen der Bevölkerung sei die verdachtsunabhängige Generalüberwachung der Vorratsdatenspeicherung negativ belegt. (AE)

Das iPhone speichert Geodaten

Das *iPhone* speichert regelmäßig den genauen Standort des Telefons in einer Datenbank, was die Erstellung von Bewegungsprofilen ermöglicht. Bislang war der Umfang der Daten unklar, da die Herstellerfirma *Apple* keine Angaben machte. Allerdings wurde jetzt die Datenbank im iPhone von zwei Softwareentwicklern entdeckt.

Apple gründet die Datenerhebung auf eine Änderung der Nutzungsbedingungen im Sommer 2010, die dem Unternehmen und seinen „Partnern und Lizenznehmern" das Recht einräumt, „präzise Standortdaten" „erheben, nutzen und weitergeben" zu dürfen. Apple hat bislang weder zum Umfang, zur Art der „Anonymisierung" der Daten oder zu deren Weitergabe Angaben gemacht. So ist nicht bekannt, inwiefern die Datensätze Rückschlüsse auf einzelne Personen zulassen, oder die Praxis gegen geltendes Recht verstößt.

Außerdem werden die Daten bei der Synchronisierung des iPhones mit dem Computer automatisch und unverschlüsselt an diesen übertragen, was laut Datenschützern nicht dem Stand der Technik entspreche und ein Sicherheitsrisiko darstellt. Auch andere Firmen nutzen derartige Daten zur Erstellung von Bewegungsprofilen. (DC)

Die Mauer um Europa wächst

Die EU-Kommission will die Kompetenzen der europaweiten Grenzpolizei *Frontex* ausbauen. So soll diese nach Plänen der Kommission u.a. die Überwachung der europäischen Häfen übernehmen, personenbezogene Daten verarbeiten, um „Menschenhandel" zu bekämpfen, und dazu mehr Geld erhalten. Außerdem soll ab 2013 das *Eurosur-System* die Überwachung der EU-Grenzen verschärfen, insbesondere um Migration im Mittelmeerraum zu verhindern (siehe dazu S. 10). Dazu sollen Drohnen, Satellitenaufklärung und die Auswertung von Migrationsströmen miteinander verknüpft werden. (DC)

Öffentliche Hand unterstützt Rüstungskonzern

Internationale Solidarität wird in Kreisen der „Sicherheitskräfte" schon lange groß geschrieben. Wie das MDR-Magazin *Fakt* Anfang April berichtete, sind seit Jahren Angehörige der Bundespolizei im Auslandseinsatz, um Saudi-Arabien bei der Grenzsicherung zu unterstützen. Konkret geht es um die Schulung Einheimischer an modernen Grenzanlagen; dafür erhalten die Beamten „Auslandszulagen" aus einem Fonds des börsennotierten Rüstungskonzerns *EADS*, und zwar über den Umweg der bundeseigenen *Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit*. All dies, so das MDR-Magazin, ohne rechtliche Grundlage.

Hintergrund ist der Aufbau umfassender Überwachungssysteme entlang der Grenzen des autokratischen Wüstenstaats, für den *EADS* 2009 den Zuschlag erhielt. Das Projekt zählt neben den *Airbus*-Aufträgen zu den größten „Programmen" des Konzerns, an dem u.a. die *Daimler AG* einen Großteil der Aktien hält. Das saudische Königreich kennt kein Recht auf Streik. Besonders prekär ist die Lage von Millionen ausländischer ArbeiterInnen, v.a. aus dem asiatischen Raum: Wer sich wehrt wird „zurückgeführt". Dennoch soll es im April zu massiven Streikbewegungen gekommen sein. Ob davon auch *EADS* betroffen ist, wurde nicht bekannt. (AE)

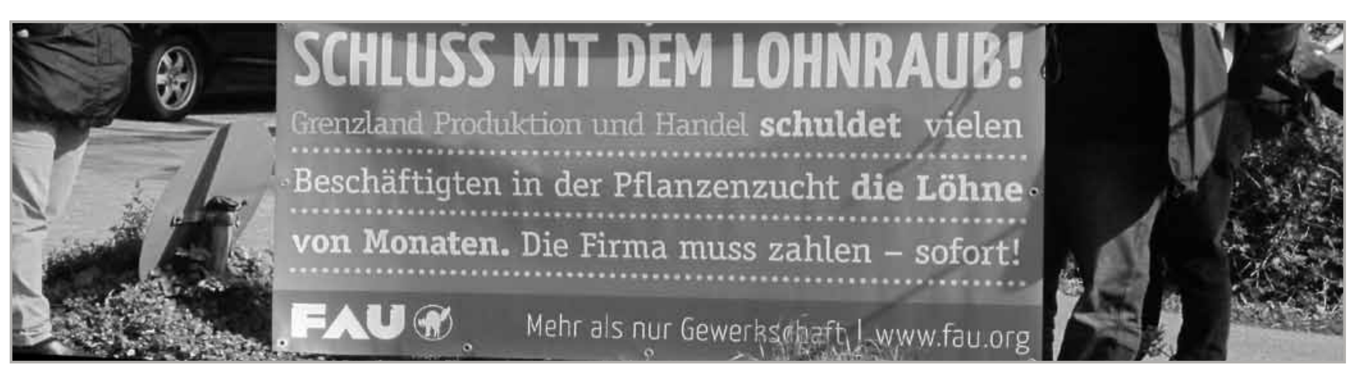


Neues aus der Welt des Wohnraumkampfes

Aktion gegen Münchner Unfreiheit
Über 100 Menschen versammelten sich Mitte April vor dem Wohnungsamt in München und protestierten gegen Mietwucher und Obdachlosigkeit. Die Aktion, die von verschiedenen linken Gruppen unterstützt wurde, bildete den Auftakt eine Kampagne zur Unterstützung von etwa 1.000 bulgarischen ArbeiterInnen in München, die unter extrem prekären Bedingungen leben müssen. Aufgrund der Verwehrung von Arbeitserlaubnissen und eingeschränkter Freizügigkeit haben diese kein Anrecht auf Sozialleistungen und leben häufig auf der Straße, in Autos oder in speziellen Unterkünften mit völlig überteuerten Preisen: 250 Euro Miete pro Kopf in einem Vier-Personen-Zimmer sind da keine Seltenheit.

Raus an die Berliner Luft!
Hatte sich die Berliner Linkspartei zuletzt des Wohnraumsproblems für ihre Wahlkampfzwecke angenommen und eine Obergrenze für Mieten in ihre Wahlprogramm aufgenommen, versucht sie nun, durch die Hintertür Mieterhöhungen für Sozialwohnungen zu erwirken. Bereits 2003 war der rot-rote Senat aus der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau ausgestiegen und übernahm nicht mehr die Differenz zwischen Sozialmiete und der sogenannten Kostenmiete. Seitdem konnten die Eigentümer die volle Kostenmiete von den MieterInnen verlangen, was teilweise horrende Mieterhöhungen bedeutete. Ein nun geplantes Gesetz soll die Kostenmieten abschaffen und die Sozialwohnungen in das Vergleichsmietensystem überführen. Der Haken: Für die vom Wegfall der Förderung bereits betroffenen Häuser, für die das Gesetz eigentlich geschaffen wurde, soll dies gar nicht gelten. Die restlichen, eigentlich nicht betroffenen Sozialwohnungen sollen dagegen auf ein Preisniveau von 90 Prozent des Mietspiegels herangeführt werden. Das „Berliner Bündnis Sozialmieter" bezeichnet die Novelle deshalb als „trojanisches Pferd" und ruft zum Protest auf.

Bei Besetzung Räumung?
Aufmerksamen BeobachterInnen dürfte nicht entgangen sein, dass es zuletzt vermehrt Besetzungen von leer stehendem Wohnraum in Deutschland gab. Allerdings scheint es um die Chancen der dauerhaften Raumaneignung derzeit schlecht bestellt zu sein. So wurden etwa die neuesten Hausbesetzungen in Heidelberg, Münster und Oldenburg prompt mit polizeilichen Räumungsaktionen gekontert. Das vor einem Jahr in Köln-Kalk besetzte Haus konnte dagegen verteidigt werden. Nach einer mehrtägigen Auseinandersetzung im Kontext der angedrohten Räumung steht unter dem Strich nun ein Nutzungsvertrag, der weitestgehend den Forderungen der BesetzerInnen entspricht.



Im Grenzland des Pflanzen-Teufels

FAU unterstützt polnische ArbeiterInnen im niederrheinischen Agrarbereich, die um ihren Lohn betrogen werden

In Landwirtschaft und Gartenbau am Niederrhein, im äußersten Westen der Republik, geht kaum etwas ohne ArbeiterInnen aus Polen. Tausende erledigen in Ernte und Pflanzenaufzucht Arbeiten, die so schlecht entlohnt werden, dass die Betriebe vor Ort kaum Leute finden. Selbst diejenigen, die sich zum arbeiten in die Gewächshäuser der Kreise Kleve und Borken hineinwagen können sich nicht immer darauf verlassen, dass der Lohn auch pünktlich ausgezahlt wird. Dies zeigt etwa das Beispiel der Firma „Grenzland Produktions und Handels GmbH" mit Sitz in Straelen am Niederrhein.

ArbeiterInnen dieser Firma hatten sich Anfang des Jahres mit der Bitte um Unterstützung an die FAU gewandt, weil sie seit Monaten ihren Lohn nur teilweise und verspätet ausgezahlt bekommen hatten. Es waren polnische ArbeiterInnen, die die Initiative ergriffen, nachdem sie erfahren hatten, dass erst im letzten Jahr die FAU Dortmund polnische KollegInnen bei einer Lohnauseinandersetzung erfolgreich unterstützt hatte. Die FAU Münsterland nahm in der Folge Kontakt zu den ArbeiterInnen bei Grenzland auf, die in Rhede (Kreis Borken) arbeiten. Es stellte sich schnell heraus, dass mehrere Dutzend deutsche und polnische KollegInnen von Lohnrückständen (z.T. mehrere tausend Euro) betroffen sind.

Im Grenzland-Dickicht

Es begann eine umfangreiche Recherche zu den Hintergründen: Grenzland ist eine seit 2009 bestehende GmbH mit zwei Gesellschaftern, Matthias Steverding und Michaela Klein, beide mit Wohnsitz in Duisburg. Beim Firmensitz in Straelen scheint es sich um eine Briefkastenadresse zu handeln, von der aus nur die Post weitergeleitet wird. Nach kurzer Zeit wurde aus einer Insolvenz die Firma Steva übernommen, die in Rhede eine Pflanzenaufzucht betrieb und hierfür im Laufe der Jahre mehr als 250.000 Euro öffentliche Fördergelder erhielt. Geschäftsführer von Steva war Gerd Steverding, ein Verwandter von Matthias Steverding. Es blieb sozusagen alles in der Familie. Im Zuge der Recherche erhielt die FAU die Information, dass Grenzland nicht nur den Aufzuchtbetrieb in Rhede betreibt, sondern auch einen Pflanzenmarkt mit dem Namen „Pflanzen-Teufel" in Duisburg und einen weiteren in Bocholt, der mittlerweile geschlossen ist.

Michaela Klein von Grenzland lässt außerdem im niederländischen Venlo Pflanzen anziehen. Auch dort arbeiteten polnische KollegInnen, die mitten im Winter bei den Gewächshäusern oder in halbfertigen Bruchbuden hausen mussten und ebenfalls auf ausstehende Löhne warteten. Nach kritischen Presseveröffentlichungen und Behördenbesuchen meldete eine von Frau Kleins Firmen, die „Venlo Innovation Plants" im Frühjahr Insolvenz an. Die Recherchen ergaben somit das Bild eines schwer durchschaubaren Dickichts aus Firmen, Insolvenzen, familiären Verstrickungen, Briefkastenadressen, Telefon-, Fax- und Postweiterleitungen – und mittendrin mehrere Dutzend ArbeiterInnen, die unter teilweise prekären Bedingungen auf ihre Löhne warteten.

Ein Gestrüpp aus Minijobs und Scheinselbständigkeit

Während die Einheimischen meist auf Minijob- oder Teilzeit-Basis in den Gewächshäusern arbeiten sind die polnischen ArbeiterInnen überhaupt nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Stattdessen bekamen sie einen Gewerbeschein und mussten ein Formular unterschreiben, um als Kleinunternehmer von der Umsatzsteuer befreit zu sein. Was sie dort unterschrieben war ihnen aber mangels ausreichender Deutschkenntnisse völlig unklar. Die Firma stellte für die Arbeit Rechnungen aus, in denen diese zu Stückpreisen abgerechnet wurde. Auch wissen die Betroffenen nicht genau, ob sie überhaupt eine Krankenversicherung haben.

Von einer Selbständigkeit kann allerdings keine Rede sein. Vielmehr liegen sämtliche Merkmale einer Scheinselbständigkeit vor. Das hat in der Branche durchaus Methode, weil es sogar die Sozialversicherungsbeiträge, wie zum Beispiel für Renten- oder Krankekasse spart, die früher für polnische KontraktarbeiterInnen entrichtet werden mussten. Gerichte haben diese Scheinselbständigkeit immer wieder attestiert und Bosse wegen Hinterziehung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zu Geldstrafen und Nachzahlungen verurteilt.

In einem Punkt ist die Situation der einheimischen und polnischen ArbeiterInnen identisch: Fast alle sind von Lohnrückständen betroffen. Alleine von sieben polnischen KollegInnen, die bei Grenzland beschäftigt waren, liegen der FAU Dokumente über Ausstehende Löhne in Höhe von etlichen tausend Euro vor. 21 deutsche ArbeiterInnen haben mit einer Unterschriftenliste die Arbeitszeiten ihrer polnischen KollegInnen bestätigt. Bis Mitte April befanden sich noch vier polnische KollegInnen in Rhede, von denen drei Ende Januar die Arbeit niedergelegt hatten. Ende Februar hatten auch die einheimischen ArbeiterInnen ihren Januar-Lohn nicht erhalten. Auf die Drohung kollektiv die Brocken hinzuschmeißen erhielten vier ihr Geld ausgezahlt. Einige arbeiteten zunächst weiter, andere wandten sich an das Arbeitsgericht.

Grenzland muss endlich zahlen!

Nach mehreren Gesprächen mit den ArbeiterInnen, Sichtung der Dokumente und Rücksprache mit Anwälten hat die FAU zunächst Grenzland aufgefordert, unverzüglich die ausstehenden Löhne auszuzahlen. Die Eigentümer haben jedoch keinerlei Reaktion gezeigt. Zur Sicherung der Ansprüche der ArbeiterInnen hat die FAU daraufhin im März Mahnbescheide gegen die Firma auf den Weg gebracht. Als es auch darauf keine Reaktion gab fand Anfang April eine erste Protestaktion vor dem „Pflanzen-Teufel" ist Duisburg statt, mit der KundInnen über die Machenschaften der Firma aufgeklärt wurden.

Für den Fall, dass Grenzland weiterhin nicht zahlt, bereiten verschiedene FAU-Syndikate der Region zusammen mit Beschäftigten weitere Aktionen vor, um die Kunden sowie die Nachbarschaften in Rhede, Duisburg und Venlo über das Geschäftsgebaren der Firma aufzuklären. Vor einigen Jahren war bereits einmal ein landwirtschaftlicher Betrieb im Münsterland, der sich weigerte Lohnrückstände bei spanischen ArbeiterInnen zu begleichen, geschlossen worden, nachdem infolge einer Welle von FAU-Aktionen und Presseberichten die Behörden ausstehende Sozialabgaben und Steuern geltend gemacht hatten.

Robot

„Indianer im Reservat"

Die DA sprach mit einem Mitglied der FAU-Betriebsgruppe im Kino Babylon Mitte (Berlin), das 2009/2010 durch einen zähen Arbeitskampf weit über Berlin



hinaus bekannt wurde.

Nach dem Arbeitskampf und dem juristischen Hickhack war es still geworden um die FAU im Babylon. Wie habt ihr die letzten Monate erlebt?

Als mühselig und stagniert. Wir mussten ja erleben, wie die halbe Belegschaft ausgetauscht, unser Arbeitskampf von ver.di unterlaufen und uns ein Dumpingtarifvertrag angedreht wurde. Auch mussten die neuen MitarbeiterInnen erst noch am eigenen Leib erfahren, wie der Hase im Babylon läuft. Zu Anfang kuschten sie noch aus Angst um den Job. Und erzählen kann man das auch schlecht, was da passiert ist. Das ist wirklich schwer zu glauben. Wir fühlten uns ein bisschen wie Indianer im Reservat.

Wie steht es mit den Ausgangsforderungen, die ja nun zwei Jahre alt sind. Was bleibt da noch zu tun?

Die Forderungen sind natürlich noch die gleichen. Zu tun bleibt aber dafür noch so ziemlich alles. Nach wie vor stehen wir allein gegen die Geschäftsführung, die ver.di-Bosse und die Verantwortlichen im Berliner Senat, die uns das Recht auf unseren Kampf überhaupt absprechen.

Ende März kritisierte der Betriebsrat öffentlich, dass der Haustarifvertrag vom Haus und von ver.di gebrochen würde. Worum geht es da?

Den Mitarbeitern war ja von ver.di nach deren Intervention der Flächentarifvertrag versprochen worden. Heraus kamen dann die „Handvoll Dollar" des Haustarifvertrages. Spätestens Oktober 2010 sollten dann Verbesserungen in Richtung Flächentarif nachverhandelt werden. Bis Ende März passierte aber nichts. Nach einer Pressemitteilung des BR wurden hastig zwei Punkte geändert und vertraulich rückdatiert unterschrieben: die Geschäftsführung bekam eine Verdoppelung der Befristungsquote, dafür wurden die Nachtzuschläge angehoben. Das verkaufte ver.di als „weitere Annäherung an den Flächentarifvertrag". In ihrer Pressemitteilung unterschlugen sie dezent die Verschlechterung und priesen nur die leichte Erhöhung an. Nebenbei verbreitet ver.di-Verhandlungsführer Andreas Köhn abstruse Verschwörungstheorien über den Betriebsrat, die FAU Berlin und andere „feindliche Mächte".

Wie würdest du die Beziehung der FAU zum Betriebsrat beschreiben?

Wir haben das Glück, dass unser BR und wir die gleichen Interessen haben. Wir kämpfen auch gemeinsam. Wäre das nicht so, könnte eine Beziehung zu dieser Institution schwierig sein.

Für euren Boss ist es offenbar eine Frage der Ehre, der FAU nicht nachzugeben. Wann geht er in Rente?

Er ist deutlich angeschlagen. Wenn er gehen muss, bekommt er vielleicht einen Job an der ver.di-Spitze. Die scheinen sich blendend zu verstehen.

Meldungen aus der FAU

FAU überregional: Hilfsfonds für prekäre ArbeiterInnen in Japan
Angesichts der Zerstörungen durch Erdbeben und Tsunami am 11. März 2011 sowie der Atom-Katastrophe haben verschiedene FAU-Syndikate einen gemeinsamen Hilfs- und Solidaritätsfonds für prekäre ArbeiterInnen in Japan, den sogenannten *Freeters*, eingerichtet: den „Freeters Solidaritätsfonds". Zunächst wird die Freeters-Gruppe aus Sendai unterstützt. Deren *Sendai Yomawari Group* leistet seit Jahren Solidaritätsarbeit für Obdachlose und andere Prekäre durch Volksküchen und Verteilung von Hilfsgütern. Nach dem Erdbeben setzt die Gruppe diese Hilfe in erweitertem Umfang fort. Unterstützt werden die GenossInnen seit April auch aus dem Süden der japanischen Hauptinsel Honshu. Die Koordination ist dabei, mehrere Tonnen Hilfsgüter nach Sendai zu bringen. Die GenossInnen rufen zu Geldspenden auf, um weitere Lebensmittel, Decken, Werkzeuge etc. zu kaufen.
Spenden an: FAU, Kto 96152201, BLZ 20010020, Verwendungszweck „Freeters".
Weitere Informationen: www.fau.org/soli/freeters

FAU Berlin: Bildungssektion gegen Extremismusklausel
Bei einem politischen Bildungsverein in Berlin hat sich eine FAU-Betriebsgruppe gebildet. Bestehend ausschließlich aus Honorarkräften ist sie wohl die erste dieser Art. Erste Erfolge ließen nicht lange auf sich warten. So konnte u.a. ein transparentes System für die Vergabe von Honoraraufträgen durchgesetzt werden. Die Betriebsgruppe versucht damit auch, einem möglichen Ausschluss von ReferentInnen im Kontext der Extremismusklausel entgegenzuwirken. In dieser sieht die Bildungssektion der FAU Berlin „den bisherigen Höhepunkt in der Verunsicherung von Menschen, die in der demokratischen und antifaschistischen Bildung arbeiten", wie es ein betroffenes Mitglied im April auf einer Veranstaltung zur „Verstaatlichung der Demokratiearbeit" im Berliner FAU-Lokal formulierte.

FAU Meiningen: Demonstration gegen Lager
Seit einigen Monaten ist das Asylbewerberheim im thüringischen Zella-Mehlis des Öfteren in den Medien. Grund ist der schlechte Zustand der Gemeinschaftsunterkunft. Neben der abgeschiedenen Lage im Gewerbegebiet macht den BewohnerInnen Schimmel an den Wänden zu schaffen. Deswegen schaltete sich die Flüchtlingsorganisation *The Voice* ein, und sogar der MDR interessierte sich dafür. Nach mehreren Veranstaltungen und Kundgebungen fand in Meiningen Ende März eine Demonstration mit ungefähr 200 Menschen statt. Die Route führte zu den zuständigen Behörden im Landratsamt. Solidarität gab es sowohl von mehreren linken Gruppen, Parteien und Vertretern der Kirchen, als auch von vielen Menschen aus Thüringen. Die FAU Südthüringen unterstützte und organisierte den Protest mit. Mittlerweile sind Einzelunterkünfte im Gespräch.

Die erneuerbaren Energien Wind und Sonne sind in Verbindung mit möglichst dezentralen Speichern in der Lage 100 Prozent der Energieversorgung in Deutschland zu leisten. Nach dem „Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG) können BürgerInnen, die umweltfreundlichen Strom produzieren, diesen „kostendeckend“ einspeisen oder auch selber verbrauchen. Das hat zu einem bisherigen Anteil der erneuerbaren Energien von etwa 18 Prozent am Gesamtstrombedarf geführt. Die Regierung hat zurückgerudert und die Einspeisevergütungen, insbesondere für Solarenergie, drastisch gekürzt. Die großen Konzerne – RWE, EON, ENBW und Vattenfall – möchten weiter ihre Gewinne aus den längst abgeschriebenen Atomkraftwerken einfahren. Obwohl diese ins Horrorkabinett des Technikmuseums gehören, wird alles versucht, damit deren Laufzeiten verlängert werden. Gegen alle Beteuerungen ist die „Viererbande“ an erneuerbaren Energien nicht interessiert. Die dafür versprochene „kostendeckende Vergütung“ nach dem EEG lohnt sich aus ihrer Sicht nicht. Statt dessen planen und bauen sie zwanzig neue Kohlekraftwerke in Deutschland. Nicht nur die Konzerne investieren in die Energieversorgung: Tausende von SolarstromanlagenbesitzerInnen haben dafür gesorgt, dass in Deutschland an sonnenreichen Tagen um die Mittagszeit bereits der gesamte Strombedarf durch die ins öffentliche Netz eingespeiste Solarenergie gedeckt wird. Hierdurch wird der Stromeinkauf für den Energieversorger billiger, weil der teuerste, aus Gaskraftwerken stammende Spitzenlaststrom verdrängt wird. Dieser sogenannte „Merit-Order-Effekt“ wird allerdings an den Kunden nicht weitergegeben. Einzig die „Stromrebellen“ von den Energiewerken Schönau stellen wahrheitsgemäß auf ihrer Website fest: „Besonders der Solarstrom kappt die Spitzenstrompreise.“ Durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ ist gewährleistet, dass auch Du kostendeckend Ökostrom produzieren kannst. Überlass Dein Geld nicht der Bank. Tu dich mit deinen FreundInnen zusammen und kaufe eine Solaranlage! Beteilige Dich an einem Windrad! Bundestag und Bundesrat haben im Juli letzten Jahres die Einspeisevergütung für Sonnenstrom nach dem „EEG“ drastisch gekürzt. Die am 9.7. 2010 beschlossene EEG-Novelle sieht bis zum 1.1.2012 in vier Schritten einen Rückgang der Solarstromförderung um bis zu 50 Prozentpunkte vor. Wir fordern eine Rücknahme dieser Kürzung, um Deutschland so schnell wie möglich auf 100% erneuerbare Energien umzustellen.

Bei uns kann so etwas nicht passieren!

25 Jahre Evakuierung der Stadt Prypjat

Es ist der 26. April 1986, ein schöner Frühlingstag in der Ukraine. In Prypjat ist es warm in diesen letzten Stunden. Die Menschen haben leichte Kleidung an. Vor der Stadt haben sich viele auf einer Brücke versammelt und beobachten ein einmaliges Schauspiel. Im Block 4 des Reaktors von Tschernobyl ist ein Brand ausgebrochen. In allen Farben des Regenbogens brennen die Flammen, sie schlagen höher in den Himmel, als die Rauchwolken.

Prypjat ist eine Vorzeige-Sowjetstadt, die für die ArbeiterInnen des Atomkraftwerkes errichtet wurde. Kaum einer, der hier nicht Angehörige hat, die im Atomkraftwerk beschäftigt sind. Dieser Energie gehört die Zukunft, gehört die ganze Stadt.

Jedes Jahr kommen hier an die 1.000 Babys zur Welt. Es gibt mehr als 19 Kindergärten, eine Konzerthalle, ein Kino, ein Krankenhaus und vier Bibliotheken. Das Durchschnittsalter beträgt 26 Jahre. Am Wochenende wollen die ArbeiterInnen ihre Freizeit genießen. Für die Maifeierlichkeiten in vier Tagen ist ein Jahrmarkt mit Autoscooter und Riesenrad aufgebaut worden. Er wird nie eröffnet werden.

Am Schlimmsten trifft es die Menschen vor Ort

Am 27. April 1986 wird die Bevölkerung von Prypjat über Radio aufgefordert, sich auf eine dreitägige Abwesenheit einzurichten. Innerhalb von zweieinhalb Stunden werden 49.360 Menschen mit ca. 1.200 Bussen aus der Stadt Prypjat evakuiert. Es gibt kein Zurück.

Einen Tag später hat sich der nukleare Wind gedreht, er trifft auf eine Geisterstadt.

Im nur 4 km entfernten Atomkraftwerk von Tschernobyl ist 36 Stunden zuvor der Reaktorblock 4 während eines simulierten Stromausfalls außer Kontrolle geraten. Eine Notabschaltung von Hand bleibt wirkungslos. Der „Stresstest“ führt zur Katastrophe.

Durch die folgende Explosion und durch die hohen Temperaturen des anschließenden Graphitbrandes werden große Mengen an radioaktiver Materie, insbesondere die leicht flüchtigen Isotope Iod-131 und Cäsium-137, in große Höhen geschleudert und über tausende Kilometer weit transportiert, bevor sie durch Regenfälle aus der Atmosphäre gewaschen werden und über Europa niedergehen.

Die (Welt-)Öffentlichkeit wird über die Katastrophe im Unklaren gelassen. Als in Skandinavien die Geigerzähler ausschlagen gibt man sich in der Sowjetunion auf Anfrage hin unwissend. Nach der behördlich erlassenen Nachrichtensperre berichtet das sowjetische Fernsehen am 28. April erstmals über einen Unfall. Es seien „Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Havarie“ ergriffen worden.

Noch am 30. April erklärt Wladislaw Terechow, Gesandter der Botschaft der UdSSR in der BRD im ZDF-Magazin *heute*: „Die radiologische Lage in diesem Gebiet ist stabilisiert, obwohl die Verschmutzung dort geringfügig die Normen übertroffen hat; aber nicht in dem Maße, dass irgendwelche Sondermaßnahmen erforderlich würden.“

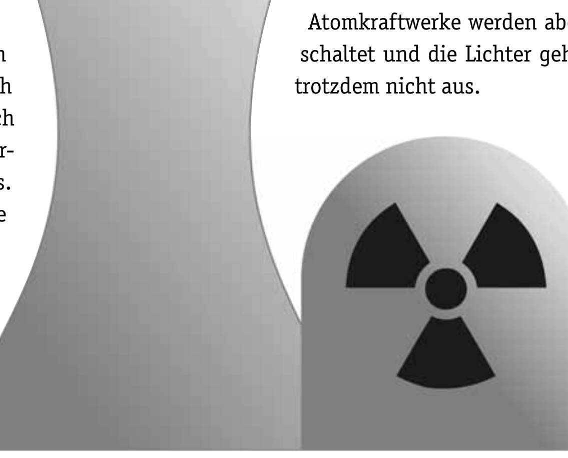
Am gleichen Tag wird dem deutschen Wetterdienst in Offenbach vom Bundesinnenminister untersagt, die Radioaktivitätswerte bekannt zu geben. In der DDR füllen sich die Obst- und Gemüseläden plötzlich mit den Erzeugnissen sozialistischer Landwirtschaft, die im Westen keinen Abnehmer gefunden haben.

In bis zu 30 km Entfernung des AKWs in der Ukraine und dem benachbarten Weißrussland leben nach dem Super-GAU weiterhin 116.000 Menschen. Sie sind schutzlos dem Fallout preisgegeben worden. Erst eine Woche später werden auch sie evakuiert, 76 Ortschaften werden aufgegeben.

Als erste Maßnahme fliegen sechshundert Hubschrauberpiloten Einsätze, in denen erst Sand, und als dieser zu schmelzen beginnt 2400 Tonnen Blei abgeworfen werden. Alle sterben an den Folgen der tödlichen Strahlung.

Hunderttausende Helfer, sogenannte Liquidatoren, werden von der sowjetischen Regierung zu Aufräumarbeiten in die Hölle geschickt. Die letzten Meter zu ihrem Einsatzort sieht man sie rennen, um dann eine Minute lang Schutt zu schaufeln.

Techniker, die über Kabelschächte bis an den Reaktorkern vordringen bringen entsetzliche Botschaft. Das atomare Magma ist so heiß, dass ein Durchschschmelzen droht. Gerade rechtzeitig, bevor die Betondecke unter der Hitze zusammenbricht können Feuerwehrleute das darunter angesammelte Löschwasser abpumpen. Die Gefahr einer zweiten, weitaus schlimmeren Explosion ist noch nicht gebannt. Zur Evakuierung der 320 Kilometer entfernten Stadt Minsk werden vorsorglich Eisenbahnwagons zusammengestellt. Bei einem Absinken der radioaktiven Masse durch den Betonboden in das Erdreich droht eine weitreichende Verseuchung des Grundwassers. Über den Fluss Prypjat würde diese bis nach Kiew und ins Schwarze Meer getragen werden. 10.000 Bergleute werden eingeflogen um dies zu verhindern. Sie graben zwölf Meter unter der Erde einen 150 Meter langen Tunnel. Bei 50 Grad arbeiten sie ohne Oberbekleidung. Die Atemschutzmasken haben sie ausgezogen, weil die Filter sofort feucht werden. Als sie nach einem Monat unter dem Reaktor angekommen sind ist der Plan, dort ein Kühlsystem zu platzieren, aufgegeben worden. Stattdessen wird der Reaktor mit Beton unterfüttert. Mit primitivsten Mitteln wird um den explodierten Reaktor ein provisorischer Betonmantel gebaut. Die eingesetzten Roboter versagen unter der hohen Strahlung. Die durchschnittliche Lebenserwartung der am Atomkraftwerk eingesetzten ArbeiterInnen liegt bei rund 43 Jahren. Über 112.000 der etwa 830.000 Liquidatoren sind bereits gestorben. Im Inneren des Sarkophages der weiterhin einzustürzen droht, ist es 25 Jahre später immernoch 200° Grad heiß.



Desinformation und Beschwichtigungsversuche 2011

Wie vor 25 Jahren wird heute die japanische Bevölkerung weitestgehend im Unklaren gelassen über die Gefahren und das Ausmaß der Strahlung aus Fukushima. Nach dem Ausfall der Stromversorgung und damit des Kühlkreislaufes kommt es zur Kernschmelze von 3 Reaktorkernen und dem Defekt mindestens eines „Abklingbeckens“.

Mitte April, einen Monat danach, weigert sich die japanische Regierung immernoch die Evakuierungszone auszuweiten. Kalkül? Wer später an Krebs erkrankt wird nicht nachweisen können, dass die Strahlung alleinige Ursache ist. Bei einer Evakuierung aber käme es zu hohen Schadensersatzansprüchen.

Im 9000 km entfernten Deutschland berichten die Medien merkwürdig inhaltsleer zunächst in einer Endlosschleife vom Tsunami. Immer häufiger wird auch auf die beschädigten Atomkraftwerke eingegangen. Wackelige Bilder, keine hochauflösenden Satellitenfotos, keine Wärmemessungen aus der Luft. Der Nachrichtensender n-tv meldet unkommentiert, in Fukushima habe eine „explosionsartige Entwicklung“ stattgefunden.

Die Regierungen wirken kopflos. Die EU setzt in einer „Notverordnung“ am 27.3. die radioaktiven Grenzwerte für Lebensmittel herauf, um sie am 8.4. wieder zu senken. Regierungssprecher Yukio Edano verzehrt auf dem Tokioer Gemüsemarkt vor laufenden Kameras strahlend eine Tomate und erklärt dabei: „Der Unfall selbst war sehr schwer. Wir haben jedoch die Priorität darauf gelegt, Gesundheitsschäden zu vermeiden.“

Kanzlerin Merkel kündigt eine „3 monatige Denkpause“ an.

Eine Ethikkommission soll danach über den Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg aber „mit Augenmaß“ entscheiden. Sieben Atomkraftwerke werden abgeschaltet und die Lichter gehen trotzdem nicht aus.

Es ist noch mehr drin. Der Präsident des Bundesumweltamtes Flasbart erläutert in der Frankfurter Rundschau, dass der Spitzenbedarf in den letzten zehn Jahren in den strengen Wintern 2002 und 2010 rund 80 Gigawatt betrug, in Deutschland aber auch ohne die acht abgeschalteten AKWs 90,5 Gigawatt Leistung bereit stehen. Alle AKWs können sofort ausgeschaltet werden.

Deutsche Schrottmeiler in Hochwasser und Erdbebengebieten

Das Magazin *KONTRASTE* veröffentlicht ein geheimes Sicherheitspapier des Bundesumweltministeriums. Hier wird das sofortige Abschalten aller deutschen Atomkraftwerke gefordert, da diese nicht dem im Atomgesetz geforderten Stand von Sicherheit und Technik entsprechen. Die mangels eines Endlagers bis an die Decke gefüllten Abklingbecken, wie auch Zentrale Anlagenteile der AKWs sind nicht gegen Flugzeugabstürze, Hochwasserereignisse oder Erdbeben geschützt. Das Ministerium fordert zusätzliche Rohrsysteme für Notfälle. Notsteuerstellen und sämtliche Notstromdiesel müssen verbunkert werden. Aus Standortgründen fordert das Umweltministerium die sofortige Abschaltung von drei AKWs. Zwei davon laufen nach wie vor:

Das AKW Neckarwestheim 2 liegt in einem Erdbebengebiet und steht auf zerklüftetem, unterhöhltem Kalkgestein. Größere Flächen könnten bei einem Beben einstürzen. Heute dürfte hier wegen dieser Tektonik nicht einmal ein Industriegebiet gebaut werden.

Das AKW Brokdorf steht an der Nordsee, wie das zur Zeit abgeschaltete AKW Unterweser. Beide sind nicht ausreichend vor Hochwasser geschützt.

Wolfgang Renneberg, der ehemalige Leiter der Bundesatomaufsicht erklärt die Gefahr von Tsunamis an der deutschen Küste. Prognostiziert sei, dass ganze Berge an der schottischen Küste bzw. in norwegischen Fjorden in die Nordsee rutschen und bis zu dreißig Meter hohen Wellen verursachen könnten.

Auch wenn solch ein Tsunami ausbleibt, alleine Blitz oder Sturm führten zwischen 1977 und 2004 acht mal zum Ausfall wichtiger Instrumente, zum gefürchteten Notstromfall und im Atomkraftwerk Gundremmingen A am 13. Januar 1977 zum Totalschaden.

Während vier deutsche AKWs mit dem in Fukushima sowohl vom Alter als auch von der Technik vergleichbar sind, haben fast alle Reaktoren hierzulande ein schlechteres Containment. Dieser letzte Schutz vor dem Austreten radioaktiver Substanzen bei einer Kernschmelze ist in Fukushima aus Stahl und Beton. Die deutschen Containments sind fast alle nur aus (zu dünnem) Stahl. Sie würden bei einem schweren Unfall keinen Schutz bieten.

Empörung:

Die Antiatombewegung erfreut sich einer neuen Auszeichnung. Seit Fukushima wird ihr „Hysterie“ vorgeworfen.

Während andere EuropäerInnen sich aufruhrartig gegen Rentenaltererhöhung oder Lohn – und Sozialabbau auflehnen erlebt die Antiatombewegung hierzulande eine neue Stärke. Ein sofortiges Ausschalten aller AKWs in Deutschland erscheint plötzlich durchsetzbar. Bei den professionellen Zermürbungskampagnen und Beschwichtigungsversuchen durch und über die Medien könnte sich das aber mittelfristig auch wieder ändern. Mit Hilfe der Beschwichtigungen und Hinhalteversuche der Politik versucht die Atomindustrie Zeit zu gewinnen, um ihre Millionenprofite über weitere Jahrzehnte abzusichern. Es gilt jetzt, das Zeitfenster allgemeiner Empörung zu nutzen!

Strahlendes Erbe

Der atomkritische „Trinationale Atomschutzverband“ aus der Schweiz rechnet vor:

Ein AKW, egal ob Siedewasser- oder Druckwasserreaktor erzeugt in jedem Betriebsjahr pro Megawatt elektrischer Leistung etwa die Radioaktivität einer Hiroshima-Bombe. Die kleinsten der 17 AKWs in Deutschland, haben eine Leistung von 900 Megawatt.

Ein Endlager, das den bis zu einer Millionen Jahre strahlenden Müll sicher lagert wird es nie geben.

Angesichts des Ausmaßes dieses täglich wachsenden Verbrechens an der Menschheit ist es wichtig bei den kommenden Demonstrationen und Aktionen auf die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ zu achten.

Autor: Volker Born

Link-Empfehlungen zum Weiterlesen:

http://odlinfo.bfs.de (Offizielle Messdaten aus Deutschland)
http://fukushima.grs.de (Offizielle Messdaten aus Japan)
http://www.anti-atom-piraten.de (Tägliche Zusammenfassung der Ereignisse)
http://www.ippnw.de/(Internationale Ärztinnen zur Verhütung des Atomkrieges)
http://www.ausgestrahlt.de/sicherheitscheck (Wie „sicher“ ist das AKW bei Dir nebenan?)

Soziales Beben im Mittleren Westen

Ein Aufschwung besonderer Art: Der politische Generalangriff auf Gewerkschaftsrechte mobilisiert ArbeiterInnen in den USA

Als die Lehrerin Kathy Ponzer im Februar gegen die Budget-Kürzungen in Wisconsin protestierte, gedachte sie nicht, eine massive Bewegung von ArbeiterInnen mit anzustoßen. Doch als sie hörte, dass der Bundesstaat ihr ihre Rechte und Löhne nehmen wollte – auf die sie, ihre drei Kinder und ihre KollegInnen zum Überleben angewiesen sind –, wusste sie, dass sie keine andere Wahl hatte als zu kämpfen.

„Die meisten von uns verdienen weniger als 50.000 Dollar im Jahr. Wir sind nicht reich, wir haben nur ein gewisses Auskommen", sagte sie. Jetzt protestiert Kathy gegen die unlängst verabschiedete Gesetzgebung, die nicht nur harte finanzielle Einschnitte vorsieht.

Am 11. März unterzeichnete der Gouverneur des nördlich gelegenen US-Bundesstaats Wisconsin, Scott Walker, einen Gesetzentwurf zur „Budget-Sanierung", der die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihrer Kollektivkompetenzen beraubt und nur noch Verhandlungen über Grundgehälter zulässt. Mit dem neuen Gesetz werden die ArbeiterInnen rechtlich kein Wörtchen mitzureden haben, wenn es um ihre Renten, Gesundheitsversorgung, Arbeitsschutz etc. geht. Walker behauptet, das Gesetz spare rund 30 Mio. Dollar ein und trage zum Abbau des 137 Mio. Dollar großen Haushaltsdefizits bei – die ArbeiterInnen sollen die Krise also aus ihrer Tasche bezahlen.

Walker hatte sein Vorhaben am 11. Februar vorgestellt. In den folgenden Tagen bekundeten Gewerkschaften und Bedienstete ihre Opposition zu dem Entwurf und seit dem 15. Februar kam es zu riesigen Protesten mit tausenden Demonstranten, die das Parlamentsgebäude – das Capitol – besetzten und landesweit Solidaritätskundgebungen bevölkerten. Dann eskalierte die Situation als 14 Senatoren der Demokraten ins benachbarte Illinois flüchteten, um die Verabschiedung des Gesetzes zu blockieren. Denn um ein fiskus-relevanten Gesetz zu verabschieden, müssen mindestens 20 Senatoren anwesend sein, wozu die verbleibenden Republikaner nicht ausreichten. In der folgenden Woche hielten die massiven Proteste an und aus der ganzen Welt gingen Soli-Erklärungen ein. Am 23. Februar beschloss die South Central Federation of Labour (SCFL), eine Föderation von mehr als 97 Arbeiterorganisationen mit 45.000 Mitgliedern, einen Generalstreik vorzubereiten – ein Entschluss, zu dem die IWW maßgeblich beigetragen hatte.



(c) Diane Krauthamer

Nach der Enttäuschung über Obama lösen neue Slogans dessen „Yes, we can!" ab

Da die Bevölkerung von Wisconsin weiterhin auf Trab war, blieben es auch die Politiker. Am 9. März strich eine Kommission einige fiskalische Elemente aus dem Gesetzesentwurf, den der Senat sodann verabschiedete – ein Manöver, das den Republikanern zufolge die Abstimmung ermöglichte, auch wenn keine Oppositionssenatoren anwesend waren. Schließlich ging das Gesetz am 10. zurück zum Parlament und wurde mit 53 zu 42 Stimmen bestätigt. Gouverneur Walker unterzeichnete den Text unverzüglich. Die Leute sind wütend, aber sie geben sich nicht geschlagen. Sie wissen, dass das Walker-Gesetz – das derzeit noch nicht in Kraft ist, sondern vor Gericht behandelt wird – nur ein Rückschlag in einem größeren Kampf ist.

Tags darauf, am 12. März kam es zur größten Demonstration in der Geschichte Wisconsins. Mehr als 100.000 ArbeiterInnen des öffentlichen und des privaten Sektors, Bürgerrechtler, Politiker, Studierende, GewerkschafterInnen und Leute als allen Lebenslagen versammelten sich auf den Straßen der Hauptstadt Madison. Sie forderten einen Generalstreik sowie die Rücknahme des Gesetzes und sangen Evergreens wie „Solidarity Forever" und „Which Side Are You On?". Da die Dynamik in Richtung Generalstreik in Wisconsin wächst, arbeitet die IWW mit Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors sowie mit Bündnispartnern zusammen, um dahin zu gelangen, ähnliche Gesetzesvorhaben im ganzen Land zu verhindern. Dem Beispiel Walkers folgen die Bundesstaaten Iowa, Michigan, Indiana, Ohio, Idaho, Missouri, Colorado, Nebraska, Tennessee und New Hampshire, um nur einige zu nennen.

In Indianapolis, im östlich von Illinois gelegenen Indiana, belagerten tausende GewerkschafterInnen über drei Wochen lang den Senat, um elf arbeiterfeindliche Gesetze zu verhindern. Dem Beispiel Wisconsins folgend, tauchten demokratische Senatoren in Illinois unter, um die Verabschiedung zu blockieren. So mussten die Republikaner das Verbot von sog. Closed Shops (siehe *Direkte Aktion* #191), das den schönen Titel „Recht auf Arbeit" trägt, vertagen. Mitte März gingen auch in St. Louis (Missouri) mehr als 5.000 Zimmerleute, Hilfsarbeiter, Vorrichter, Kesselmacher, Lehrkräfte, Autoarbeiter, Trucker, Reinigungskräfte, Krankenschwestern, Polizisten, Glaser, Mechaniker und Elektriker gemeinsam gegen Gesetzespläne auf die Straße. Drei Tage später behandelte der Senat die Entwürfe – nach dreistündiger Debatte fanden die Republikaner jedoch keine ausreichende Mehrheit und vertagten die Abstimmung. Nahezu überall gibt es ähnliche Pläne, die Arbeiterhaushalte hart treffen würden: darunter das Verbot von Closed-Shops, die Begrenzung des Mindestlohns und die Aufweichung des Kinderarbeitsverbots.

Das IWW-Mitglied Christian Alexander aus Detroit (Michigan) meint, die wachsende Bewegung der ArbeiterInnen und die steigenden Gewerkschaftsaktivitäten ließen sich direkt auf Wisconsin zurückführen. „Der jüngste Aufschwung der gegen die Sparmaßnahmen gerichteten Opposition und insbesondere das großartige Engagement unserer KollegInnen in Wisconsin haben auch uns ermutigt, unsere Präsenz hier wieder aufzubauen und zu stärken."

Diese Bewegung begann mit Lehrkräften wie Kathy Ponzer und anderen Bediensteten in Wisconsin, die nur ihre grundlegenden Rechte verteidigen wollten, aber einen Flächenbrand entfachten. Dieses Feuer brennt die Barrieren nieder, die uns nach „Rasse", Religion, Geschlecht und politischer Überzeugung trennen. Wenn sie weiter einig steht, ist die US-Arbeiterklasse in der Lage, ihre Rechte, ihre Löhne und ihr Leben zurückzuerobern.

(c) Diane Krauthamer

Diane Krauthamer

Portugal: Bewegung gegen „Krisenbewältigung"

Nach dem Generalstreik Ende 2010 mit knapp drei Mio. TeilnehmerInnen flackerten im März erneut Proteste im krisengeschüttelten Portugal auf. Im Gegensatz zum Generalstreik waren diese nicht von den Gewerkschaften initiiert worden, sondern von der Prekärenbewegung, die in Portugal zuletzt deutlich an Selbstbewusstsein zugelegt hatte (siehe DA Nr. 202). Obwohl die Proteste, an denen sich auch die anarchosyndikalistische AIT-SP beteiligte, von keiner Zentralorganisation veranstaltet wurden, fanden sich mehr als 200.000 Menschen auf den Straßen ein, um ihren Unmut gegenüber dem neoliberalen Sparprogramm zum Ausdruck zu bringen. Indessen wurde im Parlament das jüngste Sparpaket von der Opposition blockiert. Ministerpräsident Sócrates erklärte daraufhin seinen Rücktritt. Um die sog. „Staatspleite" zu vermeiden, wird wohl nun auch Portugal nach Griechenland und Irland Finanzhilfen aus dem „Rettungsschirm" der EU in Anspruch nehmen. (HM)

Hoffnung ist groß

Die Revolution hält Ägypten in Atem und verspricht eine bessere Zukunft

Die Zukunft ist ungewiss, allerdings gibt es positive Zeichen. Die ägyptische Revolution wurde doppelt aus einem Generalstreik geboren. Zum einen rührt die (jugendliche) „Bewegung 6. April" aus der Unterstützung eines an diesem Tage im Jahr 2008 zerschlagenen landesweiten Generalstreiks her. Zum zweiten nahmen ArbeiterInnen zuerst individuell und dann kollektiv am Aufstand gegen Mubarak teil. Grundsätzlich lässt sich für Tunesien und Ägypten festhalten, dass die Generalstreiks den Diktatoren den entscheidenden Tritt verpasst haben.

Auch Monate später ist Ägypten voller Bewegungen: Konservative, wie die islamistischen Salafiten oder die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Muslimbruderschaft; Liberale, säkulare und linke Parteien und Gruppen befinden sich im Aufbau; Frauengruppen und die religiöse Minderheit der Kopten kämpfen für ihre Rechte; Menschen, die wegen ihrer Herkunft diskriminiert wurden, fordern Gleichbehandlung; Menschenrechtsgruppen sind ständig im Einsatz...

Die heterogene revolutionäre Jugendkoalition, darunter die Bewegung 6. April, aber auch die Muslimbrüderjugend, greift in die Prozesse ein und verleiht den Forderungen der Revolution u.a. mit freitäglichen Massenversammlungen Nachdruck. In 220 von 280 Distrikten haben sich „people's committees" zum Schutz der Revolution gegründet. Studierende privater wie staatlicher Hochschulen führen ihre Campus-Revolutionen gegen Staatssicherheit und alte Autoritäten durch.

Gegen die richtet sich auch die Arbeiterbewegung, die seit 1998 etwa 3.500 Streiks, Sit-ins und andere Proteste mit insgesamt mehr als zwei Mio. TeilnehmerInnen durchgeführt hat. In vielen Einrichtungen fordern ArbeiterInnen den Rücktritt Mubarak-Getreuer und korrupter Manager. Die Angestellten des Staatsfernsehens harren dafür wochenlang vor dem Hauptsitz des von alten Kadern kontrollierten Staatssenders aus. Die „Revolutionary Socialists" berichten, dass die Angestellten eines Krankenhauses ihren Direktor erst rausgeschmissen, dann den vom Ministerium vorgesetzten abgelehnt und schließlich einfach einen selbst gewählt haben.

Es vergeht kein Tag, ohne dass ArbeiterInnen für ihre Rechte einstehen: in den Textilfabriken von Shebin und Mahalla, beim Suezkanal, in Elektrizitätswerken oder im Öffentlichen Dienst. Eine unabhängige Gewerkschaftsföderation hat sich gegründet. Forderungen sind ein angemessener Mindest- und Maximallohn, um das unerträgliche Lohngefälle einzudämmen, die Umwandlung befristeter Verträge, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, die Auszahlung von Abfindungen, Rücknahme von Privatisierungen, die Auflösung der staatlichen Einheitsgewerkschaft und Gewerkschaftsfreiheit.

Es vollzieht sich ein Feuerwerk sozialer Kämpfe, das sich unauslöschlich in die Gesellschaft einprägen wird. Neu kämpft gegen Alt. Mut gegen Angst. Demokratische Kultur gegen Autoritarismus. Vielfältige Möglichkeiten gegen eingeengte „Sachzwänge", wie die Forderung, zur Arbeit zurückzukehren, um Ägypten aufzubauen. Allerdings haben die ArbeiterInnen nicht Jahrzehnte gekämpft, um weiter zu hungern – und die Weichen für die Zukunft werden jetzt gestellt.

Dies zeigt sich auch anhand zweier Gesetze, die im Ausnahmezustand „wirtschaftsschädliche" Proteste und Streiks kriminalisieren und die Störung des Friedens unter Strafe stellen. Die ersten Opfer dieser Gesetze waren Pro-Demokratie-AktivistInnen. Anfang April kamen zwei bei einer Räumung des Tahrir-Platzes ums Leben. Der Blogger Maikel Nabil wurde nach einem kritischen Beitrag wegen „Beleidigung des Militärs" und „Gefährdung der nationalen Sicherheit" zu drei Jahren Haft verurteilt. Die Armee verlangte bereits Ende Februar von der Presse, nicht ohne ihre Kontrolle über das Militär zu berichten. Dennoch zeigen die beständigen Proteste ihre Wirkung: Die Armee musste eine Regierung austauschen, Mubarak inhaftieren, Gouverneure und Zeitungschefs umbesetzen und die alte Staatssicherheit auflösen. Zudem will man auf die Forderungen nach einem Mindestlohn eingehen.

Eine wirkliche demokratische Umwälzung der Strukturen hängt aber davon ab, ob im Kampf um die Wahrheit die Bevölkerung erreicht wird und Kritik an der Armee enttabuisiert wird. In einem offenen Brief schreibt ein Blogger: „Wir haben bereits einen [Diktator] rausgeschmissen und sind bereit, uns eines weiteren zu entledigen." So einfach lässt man sich also nicht einschüchtern, nachdem 800 Menschen den Kampf gegen die Diktatur mit dem Leben bezahlten. Auch die Arbeiterbewegung zeigt sich bisher unbeeindruckt. Wir dürfen gespannt sein.

Thomas Winzer

Up to date mit der ägyptischen Arbeiterbewegung

Laufend aktualisierte Informationen zum Kampf der ArbeiterInnen in Ägypten für soziale Rechte, bessere Löhne und gegen das alte Regime gibt es über die Facebook-Seite „Solidarity with workers in egypt (and middle east)". Oder bleibe auf dem Laufenden mit Twitter: egyworkersoli.

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Namibia: Teilerfolg nach wildem Streik

Ende März trat im namibischen Windhoek die Belegschaft des Bauträgers New Era Investment in einen mehrtägigen wilden Streik. Die Arbeiter demonstrierten zwei Tage lang vor dem Sitz der chinesischen Firma und forderten in Form eines Zehn-Punkte-Programms die Verbesserung ihrer Arbeitssituation. Gleichzeitig drohten sie, nicht eher wieder zur Arbeit erscheinen, bis ihre Forderungen angenommen würden. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft MANWU trat daraufhin kurzfristig in Verhandlungen mit dem Management ein. Bereits in der ersten Verhandlungsrunde erklärte die Firma, einige der Forderungen erfüllen zu wollen, u.a. die Bezahlung des Mindestlohns, die Registrierung der Arbeiter im Sozialversicherungssystem und beim Rentenfonds für Bauarbeiter. Über die weiteren Forderungen, wie z.B. nach medizinischer Unterstützung und der Bezahlung von Gewerkschaftsbeiträgen, sollte in einer zweiten Runde verhandelt werden. Der Teilerfolg gegen den chinesischen Bauträger hat in Namibia auch eine politische Brisanz. Erst zwei Wochen vor dem Streik hatte der namibische Staatspräsident die chinesischen Investitionen im Land verteidigt, obwohl es in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen war, dass sich die Firmen nicht einmal an die minimalsten Lohn- und Arbeitssicherheitsstandards gehalten haben. In einzelnen Fällen haben Firmen unter Kontrolle chinesischen Kapitals eher ihre Niederlassungen in Namibia geschlossen, statt auf die berechtigten Forderungen der ArbeiterInnen einzugehen (DA berichtete).

Indien: Wochenlanger wilder Streik bei GM

Mitte März traten 900 ArbeiterInnen eines Werkes der General Motor's India Ltd. (GM) in Gujarat in einen wilden Streik. Der Streik richtet sich gegen die Beschleunigung der Bänder und andere brutale Arbeitsbedingungen in der Fabrik. Es handelt sich um den zweiten Streik innerhalb von vier Monaten. Der multinationale Autogigant mit Sitz in den USA war bereits zuvor durch die miese Behandlung seiner indischen Beschäftigten ins Licht der Aufmerksamkeit gerückt. Die ArbeiterInnen beklagen, dass sie zu extensiver Mehrarbeit gezwungen werden, etwa durch die Erhöhung der Arbeitsnormen und Arbeitszeiten. Viele Beschäftigte klagen in Folge der Arbeitsverdichtung über körperliche Beschwerden. Dem Sprecher einer Metallarbeiter-Gewerkschaft zufolge soll sich die individuelle Arbeitsbelastung mancher Arbeiter in den letzten Monaten um bis zu 30 Prozent erhöht haben. ArbeiterInnen, die sich deshalb beschwerten, seien in Zulieferklitschen versetzt oder suspendiert worden. Nach mehreren Streiktagen, in denen es keinerlei Verhandlungsangebot des Managements gab, fand am 21. März eine Demonstration von mehreren hundert ArbeiterInnen vor den Werkstoren statt. In den Tagen danach vertrieb die Polizei mehrfach ArbeiterInnen, die sich in einer Grünanlage gegenüber der Fabrik aufhielten. Seitdem steht die Drohung eines gewaltsamen Angriffs seitens der Polizei oder angeheuerter Schläger im Raum. Im April war der Streik immer noch nicht beendet und der Produktionsausfall betrug bereits mehr als 1.000 Fahrzeuge. Presseberichten zufolge versucht GM nun, die Provinzregierung in Investitionsverhandlungen massiv unter Druck zu setzen, um den Streik zu beenden.

Südafrika: Streikender Arbeiter ermordet

Die vom African National Congress (ANC) kontrollierte Verwaltung von Tshwane (ehem. Pretoria) geht weiterhin brutal gegen streikenden Kommunalbeschäftigte vor. Diese haben in den letzten Monaten eine ganze Serie von wilden Streiks wegen unzumutbarer Arbeitsbedingungen durchgeführt (DA berichtete). Hunderte ArbeiterInnen, besonders bei den Nahverkehrsbetrieben, wurden wegen der Beteiligung an Streiks in den letzten Monaten gefeuert. Zu einem weiteren Höhepunkt der Repression kam es Anfang März während eines Streiks der Busfahrer. Bei Auseinandersetzungen um die Blockade eines Busdepots wurde der 43-jährige Gewerkschafter Petros Msiza von der Polizei ermordet. Während der schreckliche Vorfall für die Stadtverwaltung kein Anlass war, über ein Ende ihrer Versuche, die Streiks zu unterdrücken, nachzudenken, sah sich sogar die recht regierungstreue Gewerkschaft COSATU genötigt, gegen die Ermordung des Mitglieds der South Africa Municipal Workers Union (SAMWU) zu protestieren. Die Stadtverwaltung hat inzwischen weitere 900 ArbeiterInnen wegen Beteiligung an den Streiks entlassen und private Abfallentsorgungsunternehmen für den Streikbruch angeheuert.

Vietnam: Streik bei Yamaha

Anfang März legten mehr als 3.000 ArbeiterInnen in einem Werk des japanischen Fahrzeugherstellers Yamaha in Hanoi für mehrere Tage die Arbeit nieder. Sie forderten u.a. eine monatliche Lohnerhöhung um 400.000 Dong (etwa 13,50 Euro). Der derzeitige Monatslohn in der Fabrik beträgt rund 56,50 Euro. Wer es fünf Jahre lang dort aushält, hat Aussicht auf einen Monatslohn von rund 68,70 Euro. Ein Firmensprecher erklärte, man sei eventuell bereit, auf die Forderungen der Belegschaft einzugehen, fürchte aber, dass dieses Beispiel Schule mache und dann auch die Beschäftigten anderer Betriebe für bessere Löhne streiken würden. Das geht natürlich gar nicht in der „Sozialistischen Republik Vietnam“, denn schließlich hat die Regierung bereits jetzt alle Hände voll damit zu tun, die Lohnerhöhungen, die sich die ArbeiterInnen des Landes in den letzten Jahren mit vielen Streiks und Opfern erkämpft haben, über die Inflation wieder abzuschöpfen. Anfang 2010 hatte die Regierung verkündet, man plane, die Inflationsrate auf acht Prozent zu begrenzen. Tatsächlich lag sie am Jahresende bei zwölf Prozent. Anfang 2011 wurden dann die Preise für Strom und Benzin drastisch erhöht. Beobachter gehen davon aus, dass die Inflation eine ganze Reihe von Streiks für höhere Löhne nach sich ziehen wird.

„Bezahlt wird nicht!“

Mit einer wachsenden Umsonst-Bewegung findet die Revolte in Griechenland einen neuen Ausdruck

Nach einem Jahr heftig umkämpfter Sparmaßnahmen, nach Gehalts- und Rentenkürzungen, nach Preissteigerungen und staatlicher Repression haben es viele GriechInnen satt. Davon zeugen nicht nur die bisherigen acht Generalstreiks, die Besetzung von Ministerien und Straßenkämpfe mit der Polizei, auch andere bemerkenswerte Formen des zivilen Ungehorsams greifen in diesen Wochen um sich:

Málgara heißt der Ort, an dem die strapazierte griechische Seele ihrem Zorn Ausdruck verleiht. 10.000-fach am Tag schreit sie hier ihre Wut aus dem Autofenster. Die erste Mautstation auf der Autobahn von Thessaloníki nach Athen ist zum Aktionsfeld der Revoltierenden geworden. Ausgerüstet mit Flugblättern und Transparenten besetzen mal fünfzig, mal mehrere hundert Menschen die hässliche Zahlstelle mit den zwölf Durchfahrten, öffnen die Barrieren und sorgen für freie Durchfahrt. Nicht umsonst haben die AktivistInnen den auf ihren Flaggen prangenden Slogan einem Theaterstück von Dario Fo entliehen: „Bezahlt wird nicht!“

Vom Protest zur direkten Aktion

2,80 Euro kostet der Autobahnabschnitt hinter Málgara für Pkw-FahrerInnen. Vor einem Jahr waren es noch 1,90. Neben dieser letzten verbliebenen staatlichen Mautstation gibt es 13 weitere Kassen privater Baukonsortien, die auf der 500 km langen Strecke errichtet wurden. Viele GriechInnen müssen täglich zahlen, wenn sie morgens zur Arbeit und abends nach Hause fahren. Auch beim Wochenendausflug machen die Autobahnbetreiber Kasse, weil ganze Kleinstädte oder Athener Vororte von gebührenpflichtigen Straßen eingekreist sind. Die Beträge, die sich ansammeln, sind erheblich: Bis zu 1.800 Euro im Jahr kommen unter Umständen zusammen.

Nach erfolglosen Protesten gründeten sich 2010 lokale Bürgerkomitees gegen die Mautgebühren, die erst vereinzelt, seit einiger Zeit in koordinierten, landesweiten Aktionen Mautstellen besetzen und für freie Fahrt sorgen. Einer der Helden der Bewegung kommt aus der Kleinstadt Stylída in Zentralgriechenland und war früher in TV-Serien zu sehen. Seit Apóstolos Glétsos, der Bürgermeister von Stylída, Ende Februar mit einer Planierraupe den AutofahrerInnen einen Weg um die Mautstelle herum bahnte, ist er zur Berühmtheit geworden. Glétsos soll vor Gericht gestellt werden, doch die Zahl organisierter Anti-Maut-Happenings wuchs seitdem täglich. Zehntausende waren es bereits am folgenden Wochenende, die umsonst auf der Autobahn, an der Stylída liegt, nach Norden fuhren.



„Wir ändern den Ausgang ihrer abgekarteten Geschichten“. Denn, so weiß der Fuchs: „Die Verarschung hat ihre Grenzen“. Collage der Anti-Maut-Kampagne.

Unterdessen blockierten AktivistInnen in Athen auch die Fahrscheinautomaten in U-Bahnstationen und ermunterten Fahrgäste, ohne Ticket zu fahren. 340 Fahrscheinentwerter sollen allein an einem Tag durch Klebstoff unbrauchbar gemacht worden sein. „Der Faden des Umsturzes wird gesponnen“, meint Thános Georgalás von den „Passagieren Thessaloníkis“, die sich wiederum mit kollektiven Busbesetzungen und Freifahrt-Aktionen für einen Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr einsetzen. So hatten Anfang April, nach einer Soli-Kundgebung für die sich gegen eine Mülldeponie wehrende Bevölkerung der Kleinstadt Keratéa, über 200 Personen Stadtbusse gekapert. Massenhaft durch die Verkehrsbetriebe mobilisierte Kontrolleure und Polizeibeamte sorgten in der Folge für chaotische Verhältnisse in den Bussen.

Die Konfrontation spitzt sich zu

„Vor einem Jahr war die Bewegung etwas Lästiges für die Pasok-Regierung. Jetzt ist sie eine Bedrohung“, betont Marina vom Komitee gegen Mautgebühren. Die „Nichtzahler-Komitees“, die in allen größeren Städten aus dem Boden schießen, versucht die Regierung nun durch Repression, Propaganda und kleine Zugeständnisse einzudämmen. So gibt es Gespräche mit Autobahnbetreibern, die Maut zeitweise zu halbieren. Gleichzeitig bezeichnet Verkehrsminister Dimítris Répas die AktivistInnen als „Schnorrer“ und „Asoziale“. Im Parlament ließ er Anfang März ein Gesetz gegen Nichtzahler verabschieden. AutofahrerInnen, die sich weigern zu zahlen, sollen künftig 200 Euro Strafe berappen, ihr Nummernschild soll 20 Tage und ihr Führerschein einen Monat lang eingezogen werden. Auch auf Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln droht ab sofort Haft. Mittlerweile sind Festnahmen und Verfahren gegen drei Aktivisten bekannt.

Die Bewegung zeigt sich jedoch unbeeindruckt: In Korinth stürmten sogar erboste AutofahrerInnen eine Station der Verkehrspolizei, verbrannten Hunderte von Knöllchen und eigneten sich entzogene Führerscheine wieder an. Teilweise sahen sich auch Polizeibeamte gezwungen, Führerscheine freiwillig zurückzugeben, um zu deeskalieren. Andererseits schreckt die Staatsmacht auch vor offenem Rechtsbruch nicht zurück. So wurde eine Frau Mitte April bei Pátras aus ihrem Auto heraus verhaftet und in den Knast verschleppt. Obwohl keinerlei Rechtsgrundlage für eine Inhaftierung existierte, sorgte erst die Mobilisierung hunderter UnterstützerInnen für ihre Freilassung.

„Griechenland wird kein gesetzloses Land werden“, lautet die Parole Répas', die der Pasok-Abgeordnete Chrístos Mangkoúfis Anfang April auf seine Art interpretierte: An einer besetzten Mautstation stieß er nach kurzem Wortwechsel eine Frau zu Boden, die verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. „Wir, die Schnorrer, antworten auf die Zuhälter der Macht durch unsere massenhafte Teilnahme an der Bezahlt wird nicht-Kampagne“, erklärte daraufhin Vassílis Sarantópoulos, einer der Aktivisten, gegenüber den griechischen Medien.

Ralf Dreis

Europas uneingelöstes Versprechen

Auf der Suche nach Wohlstand in einer globalisierten Welt werden ArbeiterInnen aus dem Süden im Norden zu Gejagten

Wie viele Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen, bislang ihr Leben ließen, weiß niemand genau. Jedes Jahr verdursten Menschen auf dem Weg durch die Wüste, ertrinken bei der Überfahrt oder ersticken zusammengepfercht in Lastwagen und Containern.

Trotz des hohen Risikos nutzen viele Menschen die Übergangsphase nach dem Sturz des tunesischen Machthabers, um der sozialen Misere und Perspektivlosigkeit zu entfliehen. Die Arbeitslosenquote in Tunesien liegt offiziell über 14 Prozent, mancherorts beträgt sie 30 Prozent. Vor allem junge Menschen sind gezwungen, ihr Leben als illegale Straßenhändler, im Tourismus oder als Hilfsarbeiter in der Zulieferindustrie zu bestreiten. Seit Beginn der Aufstände in Nordafrika sind 23.000 Menschen auf der Mittelmeerinsel Lampedusa eingetroffen.

Für die meisten, die die Flucht überstehen, beginnt in Europa ein oft jahrelanger Überlebenskampf. Die entwürdigenden Zustände, die illegalisierte ArbeiterInnen in Europa erwarten, belegt jüngst ein Bericht der Flüchtlingsschutzorganisation Pro Asyl am Beispiel Italiens. Demnach werden Bootsflüchtlinge für max. sechs Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Laut Bericht ist das Aufnahmesystem jedoch völlig überlastet. So kamen im Jahr 2009 auf 3.000 Plätze ca. 17.000 Betroffene. „Ein staatliches Sozialsystem, das Wohnraum und ein Existenzminimum garantieren würde, steht Asylsuchenden ohne Obdach nicht zur Verfügung“, heißt es weiter. Auch Zugang zur Gesundheitsversorgung haben diese Schutzsuchenden nicht. Außerdem haben sie große Schwierigkeiten, eine legale Arbeit zu finden – und sind deshalb gezwungen, in äußerst ausbeuterischen Verhältnissen zu arbeiten.

Trotz der Zustände in den italienischen Aufnahmelagern und der täglich anschwellenden Zahl von Flüchtlingen aus Nordafrika, setzen die EU-Mitgliedsstaaten weiter auf Abschottung. Auf einem EU-Treffen Mitte April drohte der deutsche Innenminister Friedrich (CSU) mit verstärkten Kontrollen an deutschen Grenzen. Zuvor hatte Italiens Premier Berlusconi angekündigt, 20.000 ImmigrantInnen eine 6-monatige Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Ungeachtet dessen setzt Rom seine Strategie der Migrationskontrolle fort. Bereits Anfang April begann Italien im Einvernehmen mit der neuen tunesischen Regierung mit Massenabschiebungen und stellte dem nordafrikanischen Land neben Ausrüstung auch 300 Mio. Euro zur „Flüchtlingsabwehr“ in Aussicht.

Angesichts dessen kritisieren Hilfsorganisationen seit langem die sog. Dublin-II-Verordnung, wonach der EU-Staat der Ersteinreise für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Darüber hinaus fordern sie ein Ende der hochgerüsteten Überwachung der Außengrenzen, die Flüchtlinge auf immer riskantere Fluchtrouten zwingt. Stattdessen verlangen Experten u.a. die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten. Nach Schätzungen der Nichtregierungsorganisation „Fortress Europe“ starben entlang der EU-Außengrenzen seit 1988 mindestens 14.714 Menschen.

Simon Kleinert

Ein Exempel moderner Sklaverei

Die Ausbeutung durch Leiharbeitskonzerne kennt keine Grenzen. IAA-Gewerkschaften machen gegen OTTO Workforce mobil.

Selbst die widrigsten Umständen vermochte der Kapitalismus stets zu nutzen, um seinem Leitmotiv zu folgen: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. So wurde im Schoße seiner andauernden Rentabilitätskrise eine Reihe sozialer Mutationen hervorgerufen, deren Auswirkungen noch immer schwer abzuschätzen sind. Auch die schwere Finanzkrise der vergangenen Jahre diente als Vorwand, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Nachteil der Arbeiterklasse umzugestalten. Gleichzeitig wurden die Kontroll- und Ausbeutungsmechanismen zugunsten der herrschenden Klasse ausgebaut. Dieser Entwicklung liegt das Modell einer dezentralisierten Produktion zugrunde, das sich etwa in Subunternehmertum, Produktionsverlagerungen, Ausgliederungen und flexibilisierten Lohnsystemen ausdrückt. Eng damit verbunden ist die Verleihung von ArbeiterInnen durch eigens zu diesem Zweck geschaffenen Unternehmen: die Zeitarbeitsfirmen.

Expansion der Leihbuden

Obwohl die „Überlassung“ von Arbeitskraft lange verboten gewesen war, hat sie sich mit der Prekarisierung im Postfordismus rasend ausgebreitet. Im Jahr 2010 soll sie knapp 15% aller Arbeitsplätze in der EU ausgemacht haben. An der Spitze steht Polen mit 28%, gefolgt von Spanien mit 25%. Der Grad, zu dem die Industriesektoren mittlerweile durch Zeitarbeit durchdrungen sind, beträgt in der BRD mittlerweile rund 30%, in Spanien sind es gar 77%. In allen Sektoren nimmt der Anteil der Zeitarbeit zu, wie bspw. in Spanien durch die jüngste Arbeitsmarktreform, mit der den Zeitarbeitsfirmen etwa die Baubranche geöffnet wurde, die ihnen augrund der Gefährlichkeit der dortigen Arbeit zunächst verschlossen war. Die Ausbreitung reicht sogar in den Öffentlichen Dienst hinein; die auf diese Weise erzielten Gewinne sind freilich privat.

Eine Zeitarbeitsfirma, die jüngst in den Blickpunkt rückte, ist OTTO Workforce, einer der größten Leiharbeitskonzerne Europas, der sich auf den osteuropäischen Arbeitsmarkt spezialisiert hat. Momentan beschäftigt das Unternehmen Zehntausende polnische, tschechische und slowakische ArbeiterInnen in Großbritannien und den Niederlanden, aber auch in Deutschland, wo OTTO im Jahr 2010 die Zeitarbeitsfirma Olympia erworben hat. Dieser Schritt ist Teil einer strategischen Expansion auf Märkten mit einer großen Anzahl osteuropäischer ArbeiterInnen. Auch wenn OTTO sich bezüglich seines Managements kaum von anderen Zeitarbeitsfirmen unterscheidet, liefert das Firmenmodell doch ein klares Beispiel für extreme Prekarität und Rechtlosigkeit.



„OTTO muss zahlen“. Protestaktion gegen OTTO in Den Haag.

Sklavenhandel bei OTTO

Im Februar begannen mehrere in der polnischen ZSP und der slowakischen PA organisierte ArbeiterInnen eine Kampagne gegen OTTO, um Lohnvorenthaltungen und der Kündigung von GewerkschafterInnen ein Ende zu setzen (weiteres dazu in der Randspalte; siehe auch DA Nr. 204). Die angeheuerten ArbeiterInnen finden sich dort in einer Situation totaler Kontrolle wieder, in der jede Form des Protests sofort bestraft wird. Gestrandet in einem fremden Land, verfügen sie kaum über Möglichkeiten, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Dabei führen die ArbeiterInnen häufig andere Arbeiten aus als die in den Arbeitsangeboten beschriebenen. Obwohl ihnen 40-Wochenstunden versprochen werden, haben sie manchmal tage- oder sogar monatelang gar keine Arbeit. Gibt es sie doch, wird in Elf- oder Zwölfstundenschichten gearbeitet. Außerdem ist die Verschleppung von Lohnzahlungen üblich, und es gibt keine bezahlten Urlaubstage oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Eine „gute Unterkunft“, wie es OTTO bezeichnet, besteht in Form von heruntergekommenen Arbeiterbaracken, wobei jeder Arbeiter die Miete einer Zweizimmerwohnung bezahlt. Der Arbeitsvertrag „verpflichtet die Beschäftigten zum Gebrauch der Unterkünfte des Unternehmens“. OTTO verschweigt dabei, dass viele der Unterkünfte kaum bewohnbar sind.

Der Konzern verfügt über ein System finanzieller Sanktionen: In den Arbeitsverträgen sind Klauseln enthalten, die u.a. folgende Geldstrafen vorsehen: 1.000 Euro für die „Nichteinhaltung der Bedingungen des Arbeitsvertrages“, ebenfalls 1.000 Euro für Verstöße gegen die „Vertraulichkeit“ und 500 Euro für die Beendigung der Arbeit vor Vertragsende. Auch Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit genügt als Anlass für eine Strafe, wenn nicht sogar für eine Kündigung. Das, was OTTO „soziale Unterstützung“ nennt, ist wiederum nichts anderes als eine Subvention der niederländischen Regierung und der EU für die sog. „OTTO Academy“, die manchen ArbeiterInnen das Erlernen der niederländischen Sprache erlaubt. Obwohl diese Subventionen eigentlich Anreize für die ArbeiterInnen zum Besuch der Sprachkurse sein sollen, zahlt OTTO ihnen nichts davon aus.

Die Situation der migrantischen ArbeiterInnen in Holland ist öffentlich bekannt und wurde sogar von den Medien angeprangert. Dennoch stellt sich ihre Realität dort nicht anders dar als in anderen „entwickelten Ländern“. Der rechtliche Rahmen macht sie zur leichten Beute, zu modernen Sklaven, die den Regeln der Untertänigkeit unterworfen sind. Die Zeitarbeitsfirmen wissen das genau und erfüllen pflichtgetreu ihre Funktion bei der Dezentralisierung der Produktion, was zur gewaltsamen Spaltung des Proletariats führt. Denn hinter den Zeitarbeitsfirmen steckt die Absicht der Zerschlagung solidarischer Verbindungen unter den Arbeitskräften, die zu isolierten Wesen geformt werden sollen.

Henry Ortega Spina

Ans Tageslicht

Streiks der schwedischen SAC bei der Stockholmer U-Bahn

Die Gewerkschaftssektion der syndikalistischen SAC bei den Stockholmer Verkehrsbetrieben (SAC-DSTS) hat in den vergangenen Monaten zwei 24-stündige Streiks bei der U-Bahn durchgeführt. Die Streiks verfolgten den Zweck, die Öffentlichkeit auf die dortigen Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Zugleich sollte damit Druck sowohl auf den kommunalen Nahverkehrsverbund (SL) als auch MTR ausgeübt werden, jenes Unternehmen, das im Namen des SL die U-Bahn betreibt.

Seit 1989 die Deregulierung und Privatisierung des Nahverkehrs beschlossen wurden, haben sich die Arbeitsbedingungen bei der U-Bahn – zunächst unter dem multinationalen Betreiber Connex/Veolia, seit 2010 unter dem chinesischen MTR – zunehmend verschlechtert. Die Beschäftigten bei der U-Bahn mussten mit ansehen, wie die Arbeit rapide verdichtet wurde und wie sie gegeneinander ausgespielt wurden. Sowohl der SL als auch die verschiedenen Betreiberfirmen haben sich über die Jahre durch antigewerkschaftliche Maßnahmen ausgezeichnet und gingen – mit Kündigungen und Schikanen – gegen unbequeme GewerkschafterInnen vor. Die vier reformistischen, bei der U-Bahn dominierenden Gewerkschaften haben dem nichts entgegenzusetzen und befehden sich eher gegenseitig.

Seit 2003 haben sich die Syndikalisten als radikale Alternative bei den Verkehrsbetrieben etabliert und werden von Jahr zu Jahr stärker. Derzeit führen sie eine Organisierungskampagne durch, mit der – unabhängig von Gewerkschaftszugehörigkeiten – Betriebskollektive aufgebaut werden sollen. Im Kontext dieser Aktivitäten entschieden sich die SyndikalistInnen für Streikaktionen, auch wenn sie selbst noch nicht stark genug sind, den Betrieb lahmzulegen. Sie verstehen diese Aktionen als „Propaganda der Tat“, mit der sie ihren KollegInnen zeigen wollen, dass es möglich ist, „Nein“ zu sagen und als ArbeiterInnen militant zu sein.

Die beiden Streiks Ende Januar und Ende Februar waren ein Erfolg. Etwa 40 Mitglieder der DSTS nahmen an ihm Teil, unterstützt von anderen AktivistInnen der SAC und ihrer Jugendorganisation SUF. Sie erhielten starken Zuspruch von anderen KollegInnen, und das Management war bemüht, die Sache nicht hochzukochen. Die ökonomischen Auswirkungen der Streiks sind sehr gering, doch immerhin haben die Aktionen landesweit für Aufmerksamkeit in den Medien gesorgt und die Probleme bei der U-Bahn sichtbar gemacht. Vor allem konnten die AktivistInnen ihren Erfahrungsschatz erweitern und einige Berührungsängste bei KollegInnen abbauen, die mit Gewerkschaften nichts anfangen konnten. Diese haben erkannt, dass es nicht nur reformistische Gewerkschaften gibt und dass man selbst etwas gegen die Probleme am Arbeitsplatz tun kann.

Jon Abrahamsson
(Zugführer und DSTS-Mitglied)

Hausen am Abgrund

In Polen spitzen sich die Auseinandersetzungen um Wohnraum zu

Die Situation auf dem polnischen Wohnungsmarkt verschärft sich seit Jahren. Um der Privatisierung kommunaler Wohnungen und den extremen Mieterhöhungen entgegenzutreten, haben sich vielerorts Mieterkomitees gegründet. Bereits im Herbst hatte die anarchosyndikalistische ZSP in Warschau einen Mietstreik ausgerufen (siehe DA Nr. 203), der sich weiter in Gang befindet. Überschattet wurden diese Aktivitäten nun durch den tragischen Tod der Mieteraktivistin Jolanta Brzeska, deren bis zur Unkenntlichkeit verbrannter Körper Anfang März in einem Wald bei Warschau gefunden wurde.

Die 68-Jährige hatte in einem privatisierten Haus als letzte ausgeharrt. Sie hatte zuletzt „Mietschulden“ in Höhe von über 20.000 Euro, nachdem sie der Zahlung einer extremen Mieterhöhung, die wohl ihrer Verdrängung diente, nicht nachgekommen war. Offiziell lautet die Todesursache: Selbstmord durch Verbrennung. Menschen aus Brzeskas Umfeld haben jedoch Zweifel geäußert, dass die Staatsanwaltschaft in alle Richtungen ermittelt.

Für neue Konflikte sorgt ein Entwurf zur Änderung des „Gesetzes zum Schutz der Mieterrechte“, den u.a. die ZSP als weiteren Angriff auf eben diese Rechte bewertet. Strittige Punkte sind die Einführung von regelmäßigen Einkommenskontrollen der BewohnerInnen von Sozialwohnungen sowie die Abschaffung der einheitlichen, niedrigen Mieten von nur 90 Cent/m² für diese Wohnungen. Problematisch sei v.a. die Entfristung der Mietverträge, weil die Grenze der Einkommen, die zum sozialen Wohnen berechtigt, nur knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn von umgerechnet 340 Euro liegt, wie die ZSP zu berichten weiß. Eine durchschnittliche Wohnung koste in Warschau aber bereits um die 400 Euro.

Die geplante Anpassung der Mieten an die Gebäudehaltungskosten betrachten die Kommunen als längst überfällig. Die ZSP kritisiert aber, dass der kommunale Baubestand in sehr schlechtem Zustand sei. Die Kosten für die Sanierung würden so den MieterInnen aufgebürdet, die dort bisher unter sehr prekären Bedingungen gelebt hätten. Bedenken, dass diese Wohnungen für viele MieterInnen bald nicht mehr bezahlbar sein werden, können auch durch eine Klausel zur möglichen Bezuschussung von Sozialbedürftigen nicht beseitigt werden, ist doch die behördliche Ermessensgrenze für die Wohnberechtigung extrem hart.

Eine ähnliche Gesetzesänderung konnte schon einmal von den AktivistInnen gestoppt werden. „Das ist auch diesmal nicht unrealistisch“, so Laure Akai von der ZSP, „erschwerend für die Öffentlichkeitsarbeit ist allerdings die gerade erfolgte Schließung eines lokalen Fernsehsenders.“ Dieser hatte in der Zeit seines Bestehens immer wieder über die Anliegen der Mieterbewegung berichtet. „Das wird uns fehlen“, so Akai.

Linde Müller

Meldungen aus der IAA

ZSP (Polen) & PA (Slowakei): Erster Teilsieg gegen OTTO
Nach der Verhaftung von 20 Menschen Ende März, während einer Aktion vor der Zentrale von OTTO in Holland, die von ZSP und Priama Akcija zusammen mit dem Vrije Bond durchgeführt wurde, hat das Unternehmen erste Zugeständnisse gemacht: Ausstehende Löhne sollen ohne Abzüge ausgezahlt und die Unterkünfte der ArbeiterInnen verbessert werden. Die Kampagne soll weitergehen bis alle Forderungen erfüllt sind. Weiteres zu OTTO im Artikel auf dieser Seite.

CNT (Barcelona): Erneuter Rückschlag für Flightcare
Der Bodendienstleister Flightcare, der weiterhin versucht, mit der am Flughafen Barcelona verankerten CNT aufzuräumen, hat sich wieder einmal den Kopf gestoßen. Die Klage des Unternehmens, einen Streik aus dem letzten Jahr (siehe *DA* 202) für illegal erklären zu lassen, wurde vom Gericht zurückgewiesen. Nach mehreren Urteilen dieser Art sieht sich die CNT in ihrer Position gestärkt.

CNT (Sevilla): Unbefristeter Streik bei AUSSA
Die Beschäftigten bei AUSSA, dem kommunalen Abschleppunternehmen in Sevilla, haben am 17. April einen unbefristeten Streik ausgerufen. Die CNT als stärkste Gewerkschaft im Betrieb greift damit erneut zu diesem Schritt, nachdem sie bereits 2005 gegen das kämpfte, was sie als „willkürliche Handlungen des Unternehmens, gedeckt vom Stadtrat“, bezeichnet (siehe *DA* 171). Gemeint sind Disziplinarmaßnahmen, Kündigungen und Entlassungspläne.

CNT (Teneriffa): Delegierter wiedereingestellt
Die Kündigung des CNT-Delegierten im Hotel Marylanza im Süden Teneriffas wurde von einem Gericht für nichtig erklärt. Das Unternehmen hatte den Delegierten vor vier Monaten gekündigt, weil er nicht mit den Anweisungen des Managements einverstanden war. Die Wiedereinstellung leitet eine neue Phase im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen im Hotel ein.

SolFed (England): Proteste gegen Sparprogramm
Die Solidarity Federation beteiligt sich weiterhin an den Protesten gegen den Sparhaushalt, mit dem 99 Mio. Pfund eingespart werden sollen. In den vergangenen Wochen hatten die Mobilisierungen einen neuen Höhepunkt erreicht. Während der Proteste, die v.a. von Studierenden und Erwerbslosen ausgetragen werden, kam es u.a. zu Blockaden von Gewerbegebieten und Besetzungen von Regierungseinrichtungen.

USI (Italien): Generalstreik am 15. April
Die USI-Gewerkschaften hatten am 15. April zu einem Generalstreik aufgerufen. Damit protestierten sie gegen die Militärintervention in Libyen und forderten u.a. ein Ende der Repression und Verfolgung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Schließung der Ausweisungszentren sowie das Ende der Militärinvestitionen.

Jenseits des Marktes

Die Wirtschaftstheorien Karls Polanyis als Inspiration für eine libertäre Ökonomie | Teil II

In dieser Ausgabe der Direkten Aktion *findet ihr die Fortsetzung des Textes von Patrick Rossineri aus der letzten* DA *zur Wirtschaftstheorie von Karl Polanyi. Im ersten Teil führte Rossineri in das Thema ein und wies insbesondere auf die Verknüpfbarkeit der Theorien Polanyis mit denen Kropotkins hin. In dem nun folgenden Text werden die theoretischen Instrumente Polanyis genauer beschrieben und darüber eine libertäre Wirtschaftsordnung skizziert. Dabei greift er immer wieder auf eine anthropologische Perspektive zurück, in der unser aktuelles Wirtschaftssystem mit Formen der Ökonomie aus anderen Zeiten und anderen Regionen verglichen wird.*

Florian Wegner (Redaktion Hintergrund)

Die Begriffe des Prinzips der Gegenseitigkeit (Reziprozität), der Umverteilung (Redistribution) und des über den Markt organisierten Austauschs (Marktaustausch) beziehen sich nicht auf individuelle Verhaltensweisen und Interaktionen. Sie beschreiben sozial und kulturell dominierende Mechanismen, die aufgrund ihrer Institutionalisierung innerhalb der Gesellschaft einen integrierenden Effekt haben. Sie werden durch den sozialen Kontext bestimmt, der individuelle Verhaltensweisen in einen von jeder dieser Integrationsmechanismen dominierten Kontext stellen. Das erklärt, warum in einem Wirtschaftssystem „das zwischenmenschliche Verhalten nicht die erwarteten Effekte erzielt, wenn eine dieser institutionalisierten Grundbedingungen nicht erfüllt ist" (Polanyi).

Beispielsweise stammt das Konzept der Gaben, die um einen Weihnachtsbaum herum abgelegt werden, aus uralten Traditionen der Reziprozität. Dennoch haben sie ungeachtet ihrer weiten Verbreitung die kapitalistischen Gesellschaften nicht im Geringsten verändert. Wenn man in einer Marktgesellschaft wie derjenigen, in der wir leben, kooperative ökonomische Verhaltensweisen außerhalb der Marktbeziehungen umsetzt, können diese nur bis zu einer Grenze ausgelebt werden – übertreffen sie diese jedoch, müssen sie sich den Regeln des Marktes anpassen. So mussten sich auch die in Argentinien nach der Wirtschaftskrise im Jahr 2001 aufstrebende Fabrikbesetzerbewegung, die Kooperativen und Organisationen wie der Tauschring schnell den Regeln des Marktes anpassen. Der Tauschring war das deutlichste Beispiel: Er war zeitgleich mit der Krise und dem Bargeld-Mangel sowie dem Absinken der Kaufkraft der Bevölkerung angewachsen, jedoch musste man aufgrund der Menge der TeilnehmerInnen Handelsmechanismen zur Preisbildung einrichten. Dies unterlief jedoch den auf Gegenseitigkeit basierenden Austausch, welcher der Institution Sinn gegeben hatte. Nach dem Abflauen der Krise verschwand der Tauschring in der Bedeutungslosigkeit, mit dem zweifelhaften Erfolg, eben das, was er hatte ersetzen wollen, zu stärken.

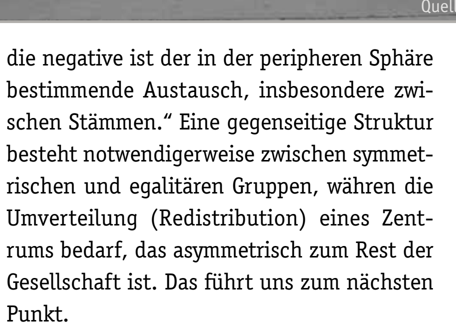
Die drei Formen der wirtschaftlichen Integration

Reziprozität meint, dass die Waren- und Dienstleistungsbewegungen zwischen symmetrisch aufgestellten Gruppen stattfinden. In Dörfern von bis zu 200 Bewohnern, in denen sich alle untereinander kennen, sind die Tauschbeziehungen gegenseitig. Man gibt, weil man in der Zukunft zu bekommen erwartet, und umgekehrt. Auf diese Weise hatten sich Menschen seit Urzeiten gegen eine unvorhersehbare schlechte Ernte allein durch den einfachen Mechanismus der Großzügigkeit geschützt. Je größer das Risiko, je mehr wird geteilt. Der Anthropologe Marvin Harris sagt dazu: „Die Reziprozität ist die Bank der kleinen Gesellschaften". Im Rahmen des Prinzips der Gegenseitigkeit dominiert die Selbstlosigkeit, und die Solidarität wird als gegeben angesehen. Der Austausch von Nahrungsmitteln wird ausgleichend zwischen den Familien der Gemeinschaft organisiert.

Man kann unter verschiedenen Typen von Gegenseitigkeit unterscheiden: 1) *Generalisierte Reziprozität.* Hierbei handelt es sich um altruistische Transaktionen, wo die Gegenleistung auch langfristig erbracht werden oder entfallen kann. Die Normen der Gastfreundschaft, der Unterstützung Alter und Kranker, die gegenseitige Hilfe zwischen Verwandten haben nie die Erwartung einer direkten materiellen Gegenleistung: „Die soziale Seite der Beziehung übertrifft die materielle, und auf eine bestimmte Weise verdeckt sie diese, als zähle sie nicht". Die Pflicht, sie zu erwidern, ist implizit vorhanden, aber zeitlich, quantitativ und qualitativ unbestimmt: Eine Mutter, die ihr Kind stillt, handelt nicht in Erwartung einer bestimmten Gegenleistung. Der Empfänger wird diese erbringen, sofern es ihm möglich ist oder wenn der Geber es für notwendig hält. Es kann ein dauerhaftes Fließen in eine Richtung sein. Die unterprivilegiertesten Mitglieder einer Gemeinschaft, die nicht für sich selbst sorgen können, sind die typischen Nutznießer dieser sozialen Verhaltensweise. 2) *Ausgeglichene Reziprozität.* Diese Form umfasst Tauschbeziehungen, die direkt mit einer Gegenleistung verbunden sind und auf der von beiden Tauschpartnern angenommenen Gleichwertigkeit der Tauschgüter basieren. In der Stammesgesellschaft wird sie bei Hochzeiten durch Absprachen zwischen den Eltern des Brautpaares, in Friedensverträgen oder im Tausch von Gütern und Nahrung realisiert. Bei diesen Transaktionen existieren eine Gegenleistung und eine Frist, um diese zu erbringen; außerdem ist die sozial-affektive Verbindung nicht bedeutend. „Die Tauschpartner handeln aufgrund ökonomischer Interessen. Der materielle Aspekt der Transaktion ist ebenso wichtig wie der soziale und es sollte einen mehr oder weniger exakten Ausgleich geben, da diese Operationen sich lohnen sollen." Anders ausgedrückt, die Berechnung und das Maß bemächtigen sich der Transaktion, aber nicht ohne den Versuch, einen Vorteil zulasten der Gegenseite zu erhalten. 3) *Negative Reziprozität:* Hierbei geht es darum, einen Vorteil, also einen Gewinn auf Kosten der Gegenseite zu erhalten: Die Partner haben eine distanzierte Beziehung, entgegengesetzte Interessen, und versuchen, ihren Profit auf Kosten der Ausgaben des anderen zu maximieren. Die Beziehung ist unsolidarisch, trägt aber zum sozialen Gefüge bei, weil das aggressive Verhalten einer Gruppe zu einer anderen eine ähnliche Reaktion hervorrufen wird.

Quelle: pasukaru76

Dem Anthropologen Marshall Sahlins zufolge entsprechen diese Transaktionsformen dem sozialen Abstand der Ausführenden: „Die generelle Reziprozität herrscht in den engsten Sphären vor und schwächt sich in den weiteren ab; die ausgeglichene Reziprozität ist charakteristisch für Beziehungen zwischen einzelnen Segmenten der Gemeinschaft, und die negative ist der in der peripheren Sphäre bestimmende Austausch, insbesondere zwischen Stämmen." Eine gegenseitige Struktur besteht notwendigerweise zwischen symmetrischen und egalitären Gruppen, währen die Umverteilung (Redistribution) eines Zentrums bedarf, das asymmetrisch zum Rest der Gesellschaft ist. Das führt uns zum nächsten Punkt.



Quelle: Jessie Reeder

Redistribution meint die wirtschaftlichen Bewegungen einer Gesellschaft zu einem Aneignungszentrum hin und wieder nach außen zurück. Die Existenz eines Lager- und Verteilungszentrums ist hierfür eine grundlegende Bedingung. Die Zuweisung von Gütern und die Erbringung von Dienstleistungen sind in einer Hand gebündelt, die in vormodernen Gesellschaften üblicherweise an ein politisches Amt geknüpft war. Diese erhält, lagert und verteilt dann unter den Mitgliedern der Gemeinschaft. Die Redistribution ist in sehr unterschiedlichen Gesellschaften zu finden, von Stämmen von Jägern und Sammlern bis hin zu frühen staatlichen Gesellschaften im alten Ägypten, in Babylonien, in Sumer und dem peruanischen Inka-Reich.

Die Fähigkeit der Redistribution zur Versorgung größerer Bevölkerungszusammenhänge ist erheblich. Sie bewirkt eine Verminderung der ausgeglichenen Reziprozität. Es werden Machtpositionen im Distributionszentrum geschaffen und der Austausch wird zentralisiert. In seiner Erklärung der Entstehung des Staates, vermutet Harris, dass die Redistribution „anfangs klar zur Konsolidierung der politischen Gleichheit, die mit dem gegenseitigen Austausch verknüpft ist, diente". Der umverteilende Austausch jedoch regte die Überproduktion an, weil die prestigeträchtigen Anführer im Zentrum ihre Autorität durch die Vergrößerung der ihnen unterstehenden öffentlichen Lager konsolidierten. So begann sich die politische Macht dem wirtschaftlichen Reichtum anzugliedern.

Marktaustausch meint die wirtschaftliche Bewegung zwischen Personen oder Gruppen in beide Richtungen innerhalb eines Marktsystems, das Preise erzeugt: Die Preise schwanken mit den Veränderungen von Angebot und Nachfrage im Wettbewerb. Unter den TeilnehmerInnen des Marktes besteht eine gegensätzliche Beziehung, weil ihre Motivation der Erhalt von Profit ist. Inzwischen produziert man nicht mehr für den Konsum, sondern für den Marktaustausch, und zwar mit dem Ziel, Gewinne zu erwirtschaften, was wiederum die Überproduktion fördert. Sahlins: „Der Urteilsspruch des Marktes verdammt den Konsumenten zum Mangel, und folglich zu einer lebenslangen Strafe harter Arbeit. Auch findet er keinen Trost im Erwerb von Dingen. Die Beteiligung an einer Marktgesellschaft ist eine unvermeidbare Tragödie: Das was mit einem Mangel begann, wird mit einem Entzug enden. Denn jeder Erwerb ist gleichzeitig ein Entzug – nämlich derjenigen Sache, die man anstelle der ersteren erworben haben könnte. Einen Gegenstand kaufen, bedeutet, sich einen anderen vorzuenthalten." So entsteht die Marktgesellschaft, in der die Organisation des Marktes alles umfasst und die Gesellschaft nach ihren Prinzipien organisiert. So begeben sich beispielsweise die ArbeiterInnen, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkaufen müssen, auf besser vergütete Märkte, um bessere Löhne zu erhalten. Die Bevölkerung verteilt sich und siedelt sich den Bewegungen des Arbeitsmarktes gemäß um. Die Gesellschaft beginnt, für den Markt zu existieren.



Quelle: IITA

Die Totalität des Marktprinzips

Der Markt dringt in alles ein und ordnet alles seiner eigenen Logik unter. Fernab vom Zustandekommen eines Wettbewerbs, der den Fortschritt, also den allgemeinen Wohlstand auf der Basis von Gleichheit und Freiheit, vorantreibt, erzeugt er soziale Ungleichgewichte, Armut und die Unterordnung der Produktivkräfte unter die Logik der Effizienz. Die staatliche Intervention versucht



dies zu korrigieren, verlässt selbst aber nie die Marktlogik.

Die Wohlfahrtsstaaten legen den Schwerpunkt auf die Redistribution innerhalb eines Modells des Marktaustauschs. Man verteilt das um, was zwangsweise einbehalten wird, und erhöht theoretisch die staatliche Investition in die einkommensschwächsten und ärmsten Teile der Gesellschaft. Diese Umverteilung kann die Form von Sozialprogrammen annehmen, wie Arbeitslosenversicherungen, Nahrungspakete oder auch eines Kindergeldes. Der Staat stellt sich in der Gesellschaft gegenüber der Gier des privaten Sektors als „das Öffentliche" auf. Doch eigentlich sieht er sich als Verteidiger dessen, was er vorher zerstört hat: der sozialen Gemeinde. Der Staat als Repräsentant der öffentlichen Ordnung wird zum Unternehmer, indem er öffentliche Bauvorhaben vorantreibt, die Gewerkschaften und sozialen Hilfswerke aufnimmt und den Korporativismus fördert.



Quelle: finmesequi

Die liberale Utopie hatte sich am Modell des überlaufenden Bechers orientiert, also der Annahme, dass (durch enorme Gewinne der Kapitalisten) die Überschüsse des Festmahls den ArbeiterInnen und dem Rest der Gesellschaft zugute kämen. Das Versagen dieser Idee führte zum Modell der sozialen Marktwirtschaft, der zufolge öffentliche Ausgaben die Verwerfungen des Marktes korrigieren. Diese Situation ist aber nicht auf lange Sicht nachhaltig, weil das Pendel immer wieder in Richtung des Liberalismus ausschlägt. Die Chimäre des freien Marktes auf dem Feld der Wirtschaft und die Demokratie als Regierungsform brechen angesichts einer dauerhaften Tatsache zusammen: Die Monopole setzen sich immer durch, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Das Monopol hat sowohl in dem neoliberalen als auch im sozialstaatlichen Modell Gültigkeit. Auf der wirtschaftlichen Seite herrschen die multinationalen Konzerne, die großen industriellen Komplexe, „nationale" Unternehmensgruppen, mächtige Finanzkonzerne und Banken; auf der sozialen und politischen Ebene regieren die nationalen Volksparteien, die gelbe Gewerkschaft und ihre Sozialwerke, die Arbeitsministerien, die Medienunternehmen und Sicherheitskräfte.

Innerhalb der Rationalität des Marktes ist der Preis das Maß des Austauschs, der Rohstoffe und produzierten Güter, einschließlich der menschlichen Arbeit. So wird unter diesem Gesichtspunkt eine Entscheidung wie die, chilenische Bergarbeiter aus einer in 700 Metern Tiefe eingestürzten Mine zu retten, als unwirtschaftlich bewertet. Es wäre billiger gewesen, die Arbeiter sterben zu lassen und eine Entschädigung an ihre Angehörigen zu zahlen, als Millionen von Dollar für die Rettung auszugeben. Allerdings wäre der politische Preis dafür sehr hoch gewesen, weshalb die politische Rendite der chilenischen Regierung sich trotz der materiellen Ausgaben mit der Rettung maximierte.

Betrachten wir ein wenig die „Rationalität" dieser Logik: Nehmen wir an, dass 100.000 Tonnen Weizen auf dem Getreidemarkt 100 Millionen Dollar kosten. Und zu diesem Preis von 100 Millionen kann man gemäß dem Marktpreis äquivalente Güter kaufen: Die Mona Lisa von Da Vinci, ein Kriegsflugzeug neuester Bauart, die Reinigung eines verseuchten Flusses oder die Entschädigung für die Arbeitsunfähigkeit von 1.000 krebskranken Anwohnern eines Atomkraftwerkes. Der „Rationalität der wirtschaftlichen Akteure" zufolge sind sie im Preis äquivalent, also austauschbar. Es ist also dasselbe, wenn die Mona Lisa zerstört wird oder ein Kriegsflugzeug, oder ob eine unbekannte Anzahl von Menschen stirbt; es ist das gleiche, Getreide wie Flugzeuge zu kaufen, wenn sie im Preis äquivalent sind. Und jedes dieser Güter und Dienstleistungen soll ein paar Tausend zerknautschten Papierstückchen entsprechen, die von Banken geschaffen und von Staaten ausgegeben wurden, die wir „Geld" nennen. Wie es schon Marx sagte, im Kapitalismus ist alles eine Ware. Und weil alle Waren in der Marktgesellschaft einen Preis haben, hat alles einen Preis, sogar unser Leben.

Quelle:roel

Für eine Ökonomie des Konkreten

Von den Formen wirtschaftlicher Integration, die wir oben beschrieben haben, ist mit dem Anarchismus nur eine Ökonomie der Reziprozität, kombiniert mit einer Form von Redistribution, vereinbar. Eine libertäre Wirtschaft, die gemäß den Bedürfnissen ihrer Mitglieder organisiert ist, sollte über Umverteilungsstrukturen verfügen, die eine Zirkulation bestimmter Güter und Dienstleistungen zu einem Zentrum erfordern, um sie später nach außen zu verteilen. Diese Zirkulation von Gütern wird mit starken Netzwerken der Gegenseitigkeit zwischen den Produzenten koexistieren und von diesen durchdrungen sein.

Quelle: Sweti

Dieses Konzept wurde in den Kollektiven während der Spanischen Revolution in die Tat umgesetzt, wenn auch in einem Kontext, in dem der Staat noch nicht abgeschafft worden war. Es gab sehr unterschiedliche Erfahrungen, manche waren dem Kooperatismus näher, in anderen wurden Transaktionen innerhalb einer Kommune (ähnlich dem Mutualismus Proudhons) über eine interne Währung abgewickelt; in anderen Kollektiven wurde das Geld abgeschafft und man näherte sich einem kommunistischen System an; es gab auch die Zuteilung von Konsumgütern in einem kollektivistischen System. Außerdem wurden – gemeinsam mit den individuellen ProduzentInnen, die sich der Beteiligung an den Kollektiven verwehrten, und auch im Warenverkehr zwischen Kollektiven – frei vereinbarte Austauschformen gebraucht, und zwar auf der Grundlage von Tausch oder über Geld. Leider wurden all diese Netzwerke von den Stalinisten zerschlagen, die sich der Verteidigung des Privateigentums und des industriellen Bürgertums verschrieben hatten.

Innerhalb eines Systems von Netzwerken und übergeordneten Föderationen, in dem Waren frei auf der Grundlage von Abmachungen zwischen Kollektiven und Individuen zirkulieren, besteht die einzige der Organisation innewohnende Gefahr im Gewicht der Redistributionszentren. Die Redistribution kann in Autoritarismus kippen, weil die wirtschaftliche Konzentration auch in Systemen, in denen das Privateigentum und der Markt abgeschafft wurden, Klientelismus und politische Herrschaft entstehen lassen kann. Diese Gefahr war von den Mitgliedern der Federación Obrera Regional Argentina (FORA) erkannt worden, die einigen Aspekten der Rolle der Gewerkschaften nach der Revolution in den Konzepten der Syndikalistem widersprachen. Erkenntnisse, die sich in der Spanischen Revolution leider bestätigten. In den modernen Gesellschaften ist das eindrücklichste Beispiel eines durch die Redistribution dominierten Systems das marxistisch-leninistische. Der Staat ist die umverteilende Institution par excellence. In der zentralistischen Planwirtschaft sind alle Einwohner Angestellte des Staates, weshalb dieses System als „Staatskapitalismus" bezeichnet wurde, auch wenn kein „Markt" existiert, der Preise bilden könnte. Preise werden vom Staat nach dessen eigenen Kriterien festgelegt. Die Menschen geben dem Staat ihre Arbeitskraft und dieser erbringt Dienstleistungen und verteilt die produzierten Güter. Der sozialistische Staat wird so zu einer mächtigen Struktur, der sich niemand entziehen kann, ohne in die Marginalität abzurutschen. Dieselbe Logik, die im politischen System angewandt wird, gilt auch im wirtschaftlichen System. Das bestätigt die Annahme Polanyis, dass Wirtschaft und Gesellschaft (Kultur, Politik, Religion usw.) miteinander verknüpft sind, und dass es nicht möglich ist, sie voneinander getrennt zu analysieren.

In einer libertären Wirtschaft sollte darauf geachtet werden, dass das Reziprozitätssystem nicht der Sphäre des Marktaustauschs untergeordnet wird, weil dies zu einer Rückkehr des Kapitalismus führen würde. Dies ist die große Schwäche der mutualistischen Idee, die sogar ein Preis- und Marktsystem für den Austausch beibehält. Außerdem ist jede Form der Bewertung über Preissysteme zu verwerfen. Eine libertäre Ökonomie sollte sich auf die Befriedigung von Bedürfnissen und nicht auf die Erzeugung von Gewinnen konzentrieren. Beispiele des Austausches auf der Grundlage der Notwendigkeiten, symmetrisch und ohne das Ziel eines Gewinns, sind nicht nur in der anthropologischen Literatur, sondern auch in der modernen kapitalistischen Gesellschaft zahlreich zu finden.

Ebenso wie der Ethnologe Marcel Mauss bei vormodernen Tauschbeziehungen bemerkte, haben in einer auf der Gabe (statt der Ware) basierenden Wirtschaft die Güter keinen Preis, weil das, was nicht zum Verkauf steht, keinen Preis hat. Der Tausch hat einen umverteilenden Effekt, wenn die ausgetauschten Güter symmetrisch sind. Sind die Tauschgüter asymmetrisch, entsteht eine Schuld oder Pflicht und der Geber bekommt Macht über den Empfänger, wodurch die Bedingungen für die Entstehung einer Hierarchie oder Klientelbeziehung erfüllt werden. In den auf Reziprozität und symmetrischer Redistribution basierenden Wirtschaften maximieren die Tauschbeziehungen die Freude zu geben und zu empfangen, wobei die Solidarität der Gruppe gestärkt, Konflikte abgeschwächt, die Kooperation verstärkt und die individuelle Entwicklung der Personen gefördert wird. In einer Gesellschaft mit einer derartigen Wirtschaft wird das egoistische Verhalten sozial sanktioniert: Diejenigen, die versuchen, das altruistische und solidarische Verhalten auszunutzen, werden im Gegenzug irgendeine Art negativer Gegenseitigkeit erleiden.

Den Markt und den Staat, die zwei grundlegenden Säulen der modernen kapitalistischen Wirtschaft, und die Marktgesellschaft hinter sich zu lassen, ist weder ein Hirngespinst, noch das Produkt phantasievoller anarchistischer Theoretiker, sondern eine konkrete und gangbare Möglichkeit, die eine bemerkenswerte wissenschaftliche Grundlage hat. Wir dürfen die Wichtigkeit, unsere theoretischen Grundlagen und Ideen zu überdenken, nicht unterschätzen, wenn wir eine freie und egalitäre Gesellschaft erreichen wollen. Es ist ziemlich klar, dass sich die Formen der Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur durch die Macht der Waffen und die Verführung der Massenmedien erhalten, sondern auch durch die akademische Unterstützung und das, was „Allgemeinwissen" genannt wird.

Quelle: carrotmobköln

Patrick Rossineri

Übersetzung: Sebastian Frei & Florian Wegner
Das spanische Original dieses Textes erschien in den Ausgaben 56 (Dez. 2010) und 57 (Jan. 2011) der Zeitschrift *Libertad!* aus Buenos Aires (Argentinien).

Literatur:

Alexander Berkman, *ABC des Anarchismus*, Trotzdem, Grafenau 2002 (1978).
Maurice Godelier, *Ökonomische Anthropologie*, Rowohlt, Reinbek b. Hamburg 1973.
Marvin Harris, *Menschen: wie wir wurden was wir sind*, DTV, München 1996 (1991).
Marcel Mauss, *Die Gabe: Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 2004 (1968).
Karl Polanyi, *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995 (1977).
Karl Polanyi, *The livelihood of man*, Academic Press, New York 1977.

Mediale Middle-East-Facebook-Romantik

Comandante Claus Kleber ist der Gruppe „Wir wollen Parlamentarismus und W-LAN" beigetreten. Über den medialen Tunnelblick auf der Datenautobahn.



copyright: ZDF

Claus Kleber, der charismatische Kopf der arabischen Demokratiebewegung, hier nach einer Schussverletzung am rechten Auge

Der *Weltspiegel* und das *Auslandsjournal* haben es deutlich gemacht: Es sind wissenshungrige, nach Information lechzende junge Kreativköpfe, die die arabischen Massen in den Kampf gegen ihre Diktatoren führen – inspiriert durch den Hort der digitalen Freiheit. Das letzte Gefecht, es scheint eines um und mit den vielzitierten „neuen Kommunikationsmitteln" zu sein – entsprechend dem „Qualifikationsniveau" des revolutionären Subjekts: dem gesellschaftlichen ‚User'. Dieser ist als globale Erscheinung Hauptprotagonist der sich seriös nennenden Nachrichtensendungen. Claus Kleber rüffelt im ‚bescheiden' aufgemotzten ZDF-Nachrichtenstudio die mangelnde Partizipation der Berliner Bevölkerung an einer Facebook-Aktion zur Befreiung des chinesischen Künstlers Wei Wei, Tom Burow bewundert hinsichtlich der tunesischen Revolution das politische Bewusstsein der globalen Internetklasse. Egal was auf der Welt passiert, die hiesigen Medien durchdringen in atemberaubender Geschwindigkeit Motivation und Ziele der involvierten Menschen, und arbeiten ihre Softskills heraus. Die Welt strebt ihrem Zustand als Social Network entgegen, immer geupdated, reaktionsschnell, entscheidungsfreudig. Das Fernsehen hat den Wettlauf mit dem Internet abgebrochen und versteht sich nun als Teil einer community, die vorgeblich allen offen steht. Zu allem und jedem kann gevotet, jedes Thema in einem virtuellen Stammtisch endlos weitergetragen werden.

Wer führt die globale Volksfront?

Die Freiheits-Community der schönen neuen Welt, die ARD und ZDF am Horizont aufziehen sehen, sie verlangt in der Diktion ihrer medialen Inszenierung nach der Durchsetzung der modernen Gesellschaft entgegen allen veralterten Hindernissen, die da wären Despotismus, religiöser Fundamentalismus, wirtschaftliche Eigenständigkeit und Klassenbewusstsein. Denn die fleißigen Organizer als angebliche Köpfe der „Demokratiebewegungen", die uns das Fernsehen aus Damaskus, Gaza, Kairo, Tunis und auch Peking immer wieder in einer Art Starschnitt präsentiert, sie alle, wirklich alle sprechen wahnsinnig gut Englisch, haben im Ausland studiert, sind Software-Experten und manchmal auch Expertinnen, und entnehmen ihre Erfahrungen bei der Aufstandsplanung direkt den „low hierarchy"-Konzepten schlanker Internetfirmen. Die *New York Times* spricht bei einem jungen Palästinenser von einer Mischung aus „Apple Gründer Steve Jobs und Ghandi". Der pure Wahnsinn. Allein: Die Akteure der Aufstände zwischen Tunis, Sana und Damaskus verfügen in ihrer klaren Mehrheit nicht über eigene Computer, oftmals noch nicht mal über die Möglichkeit zu einem Internetanschluss.

Während die ARD noch über eine Anti-Mubarak-Facebook-Seite mit 10.000 „Gefällt mir"-Klicks berichtet, stehen in den Armenvierteln Kairos hunderttausende Mitglieder einer ganz anderen Community bereit, sich gegen Armee und Polizei aufzulehnen. Denn von den „sozialen Netzwerken", die noch auf real-life-Versammlungen in Echt-Zeit setzten, nehmen unsere Medien kaum Notiz. Wie auch – bei der Jagd nach „O-Tönen" und „Background Stories" zählt jede Sekunde, und der Besuch in einem ägyptischen Slum in Zeiten des Aufruhrs bedarf schon etwas genauerer Planung. Eine google-Recherche oder Facebook-Suche fördert dagegen leicht Erreichbares sowie leicht Verdauliches zu Tage: Junge Studierende, JournalistInnen und KünstlerInnen, die bisher so einigermaßen auskamen und die im Notfall zumindest die vage Chance haben, sich als hochqualifizierte Einwanderer in die westlichen Industrienationen absetzen zu können.

Revolution und Aufruhr als Feierabend-Snack

Dass sich die Medien aus diesen Kreisen ihre Helden und Heldinnen der Revolutionen und Aufstände zimmern, hat aber noch einen anderen Grund als den einer bequemlichkeitsbedingten Verkürzung durch die jeweiligen KorrespondentInnen. Nachrichten sind ein *Value*, nachzuvollziehen. Den jung-dynamischen Facebook-Revoluzzer kann das deutsche Publikum genauso gut verstehen wie es einen islamistischen Selbstmordattentäter nicht zu verstehen braucht, beide medialen Angebote sind klar in ihrer Ausrichtung und bescheiden in ihrem Anspruchsniveau an die andere Seite des Bildschirms. Die Masse derjenigen, die aus diesen Bildern herausfallen, lässt sich jedoch nicht in kurzen schnellen MAZen einfangen und darstellen, und würde zudem eine derart eingehende Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verlangen, dass sich das Ganze eh nicht mehr in kleinen Happen servieren lassen würde.

Politisches Bewusstsein der medialen Klasse

Schließlich aber sind es nicht bloß äußere und innere Zwänge der journalistischen Ökonomie, die zur Produktion des Stückes „Wissensgesellschaft vs. Diktatorzombies reloaded" (als Fortsetzung des Kassenschlagers „Das Ende der Geschichte: Der Fall des eisernen Vorhangs") führen. Vielmehr kann wohl tatsächlich bewusstes Handeln bei den medialen Akteuren unterstellt werden, auch wenn sich dabei womöglich gefährlich nah an einer Verschwörungstheorie bewegt wird. Doch statt von einem manipulativen Geheimbund



Ein Plakat unter tausenden während des ägyptischen Aufstands – und doch war es dieses, welches massenhaft von den Medien aufgegriffen wurde.

in dunklen Kutten im fackelbeleuchteten Untergrund, soll hier vielmehr von einem industriellen Konglomerat gesprochen werden, welches die Bewusstseinbildung seiner Subjekte direkt mit der eigenen Reproduktion verbindet: Ob Henri-Nannen-Journalismus-Schule, Bertelsmann Stiftung oder der in einer solchen Aufzählung unvermeintliche Axel-Springer-Verlag, all sie produzieren nicht bloß Medien und Nachrichten, sondern nicht zuletzt eben auch Journalisten und Journalistinnen. Das Erlernen des Handwerks, die Anwendung des selben in einer Konkurrenzsituation und schließlich das „Sich Einrichten" in der nimmer müden Diskursmaschinerie der modernen Medienwelt – die Produktionsverhältnisse sind den Inhalten klar vorgelagert. Da sowohl die privaten Mediengiganten als auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen trotz aller Bewunderung für die losen liberalen LeistungsträgerInnen der Facebook-Bewegung sich selbst ultra hierarchisch organisieren – auf der einen Seite der Staat, auf der anderen die Hauptaktionäre und -aktionärinnen, hier die Intendanten, dort die Geschäftsführung – werden die strategischen Positionen schließlich von denen ausgefüllt, die das aus den Bedingungen für die Produktion von Medien gewonnene Bewusstsein am effizientesten während ihrer Karriere anzuwenden wussten.

also gleich einem Produkt – und dieses muss an den Markt gebracht werden. Konsumierbar sind die Informationen jedoch nur, wenn es ein klares Angebot zur Identifikation bzw. Antipathie gibt. Das Aufspalten und Differenzieren der Aufstandsbewegungen ist da nur eine Sache, die für sich schon zu viel ist: für 3 Minuten „Tagesschau", 15 Minuten „Weltspiegel" oder 30 Minuten „Brennpunkt Spezial". Verunmöglicht wird die Angelegenheit aber dann, wenn die Inhalte komplett unkompatibel zu den sonstigen Wertmaßstäben sind, die das Fernsehen vermittelt – etwa Streiks gegen die prototypisch neoliberale Arbeitsmarktpolitik Mubaraks. Die Produzenten und Produzentinnen der Nachrichtensendungen müssen also auf eine das gesamte Senderkonzept mit einbeziehende inhaltliche Konsistenz achten: Entweder es wird auf Antipathie gesetzt und festgefahrene Klischees bedient – so hat etwa der jemenitische Staat jahrelang, bis zum Zeitpunkt der Aufstände, laut Medien zusammen mit Saudi-Arabien einen Krieg nicht gegen die eigene Bevölkerung, sondern gegen Al Quaida geführt – oder aber die Identifikation muss komplett sein. Dafür ist Voraussetzung, dass den Zuschauenden suggeriert wird, sie könnten die Aufständischen klar einordnen, dass es für sie ein Leichtes wäre, deren Lebenshintergründe, Motivationen und Mittel

Flankiert von einer nicht von der Hand zu weisenden Verschmelzung mit der politischen Kaste – Parteien und Medien arbeiten seit jeher bei der Generierung von Nachrichten Hand in Hand – folgen die Verantwortlichen der Medienwelt einem klar politischen Selbstbild. Sie sehen sich als „vierte Gewalt", Säule des bürgerlichen Staates, schreiben sich einen „Bildungsauftrag" zu und gehen immer unverhohlener dazu über, Wahrheiten zu postulieren (das „Heute Journal" ist dafür das vielleicht aggressivste Beispiel).



Großväterchen Sokrates, sprich zu uns!

Eine Kritik an der medialen Rezeption des gesellschaftlichen Umbruchs in der arabischen Welt soll natürlich nicht vulgär-marxistischen Ideologien im Gewand sogenannter „Gegeninformation" das Wort reden. In den unzähligen Texten, die deutsche Linke in den letzten Monaten zu den Revolutionen verfasst haben, werden die Aufständischen meist genauso zu haarsträubenden Stereotypen zusammengefasst, wie es in dem Märchen der Mainstream-Medien von den Laptop-FreiheitskämpferInnen der Fall ist. Die einen sehen eine „bürgerliche Revolution" am Werk, die die Machtübernahme durch das Proletariat vorbereite, andere ein antiimperialistisches Aufbegehren, und wieder andere können nicht anders als allem und allen eine antisemitische Grundmotivation zu attestieren. Dabei greifen die Schreiberlinge wohl fast immer lediglich auf ein paar Internetartikel, die Bilder des Fernsehens und ihr festgefahrenes Weltbild zurück. Was die Richtung der angestoßenen Entwicklung in der arabischen Welt angeht, wäre vielleicht ein entschlossenes „Ich weiß, das ich nichts weiß" angebrachter. Der Rest ist eine politische Entscheidung: Wer es nicht hinnehmen will, dass die neuen Militärregierungen in Tunesien und Ägypten zwar RepräsentantInnen der internet-affinen Mittelschicht mit einbinden, gleichzeitig aber Demonstrations- und Streikverbote aussprechen – und dafür von der deutschen Presse in einem absurden Vergleich als positives Gegenbeispiel zu Gaddafis Regime in den Himmel gelobt werden –, sollte Mittel und Wege finden, diese spezifische Kritik unmissverständlich zu äußern. Doch egal ob mit oder ohne Facebook-Account, auf die freundliche Unterstützung durch Claus Kleber & Co. sollte sich dabei nicht verlassen werden.

Marcus Munzlinger





ABONNEMENT

c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
www.direkteaktion.org

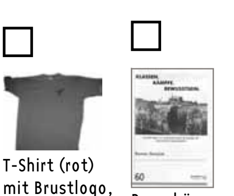
Ich will folgendes Abo haben:

- ☐ 6 Ausgaben-/1 Jahr (Euro 9,–)
- ☐ 12 Ausgaben-/-2 Jahre (Euro 18,–)
- ☐ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- ☐ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 12,-)
- ☐ 12 Ausgaben Ausland /2 Jahre (Euro 24,-)

WiederverkäuferInnen:
Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

☐ T-Shirt (rot) mit Brustlogo, Größe L, Lady-shirt M



☐ Broschüre: Klassen. Kämpfe. Bewusstsein.

☐ Comic: Ostberlin

Meine Anschrift

Vor- und Nachname

Straße/Postfach

PLZ, Ort

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Massakrieren bis zum bitteren Ende

Die Todesmärsche 1944/1945 von Daniel Blatman – eine Buchrezension

Viel wurde und wird über die Schreckenszeit des Nationalsozialismus publiziert. Nicht wirklich übersehen, aber kaum systematisch untersucht und dargestellt wurde bislang ein besonders schreckliches Kapitel der Nazizeit: die Todesmärsche von KZ-Häftlingen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges.

Diese Lücke schließt die Anfang 2011 im rowohlt-Verlag erschienene Studie des israelischen Wissenschaftlers Prof. Dr. Daniel Blatman. Auf knapp 850 Seiten entfaltet der Autor das Grauen der damaligen Zeit anhand einer schier unüberschaubaren Zahl historischer Quellen. Ergebnis der zehn Jahre dauernden Forschungstätigkeit ist eine systematische Darstellung und Dokumentation der Todesmärsche 1944/45, ergänzt um bedrückende Fallstudien einzelner Massaker an den ausgemergelten Häftlingen.

Unsichtbare Todeskolonnen?

Besonders wertvoll erscheint mir die Analyse der Mitwirkung der angeblich so unwissenden und unschuldigen „Zivilbevölkerung" an vielen der Gräueltaten. Beispielsweise im Kapitel „Das Massaker von Celle": Es war am 8. April 1945, als sich Dutzende bewaffneter Männer, aber auch viele Hitlerjungen aufmachten, um auf, wie Blatman schreibt, „Menschenjagd zu gehen" und mehrere hundert, meist osteuropäische Häftlinge erschossen oder erschlugen. Einen breiten Raum nimmt auch das Massaker in Gardelegen (einem kleinen Städtchen in Sachsen-Anhalt) vom 13. April 1945 ein, über tausend Gefangene wurden dort ermordet. Teilweise erschossen, von Einheimischen, von ZivilistInnen, die noch zynisch scherzten: „Wir gehen auf Jagd, um Zebras abzuschießen." Zebras deshalb, weil die Gefangenen vielfach gestreifte Kleidung trugen. Gerade an dem Massaker in Gardelegen wird besonders deutlich, wie sehr die Zivilbevölkerung in die Ermordung eingebunden war, sei es durch Denunziation von geflüchteten Häftlingen oder durch „tatkräftige" und eigenhändige Ermordung der völlig entkräfteten Menschen.

Mahnung für entschlossenen Antifaschismus

Nur der Danksagung am Schluss des Buches kann ansatzweise entnommen werden, wie beschwerlich mitunter die Forschungsarbeit des Autors war, da es bis heute für viele ein Tabu zu sein scheint, sich mit der Verantwortlichkeit der Zivilbevölkerung auseinanderzusetzen – entsprechend abwehrend reagierten viele auf Anfragen zu damaligen Geschehnissen. Die Lektüre der Studie ist kein leichtes Unterfangen, denn die Leiden der Gefangenen werden ausführlich und nachdrücklich geschildert. Ein umfangreiches Literatur-/Quellenverzeichnis, sowie einige Fotos ergänzen das Buch. Ganz besonders bedrückend die Aufnahme der Opfer des schon erwähnten Massakers von Gardelegen, wo unter anderen 1.000 Menschen in einer Scheune mit Benzin übergossen und verbrannt wurden. Man sieht einen knieenden, hingekauerten Torso.



copyright: Bayrischer Rundfunk

Erzwungene Konfrontation: Die EinwohnerInnen des bayerischen Neunburg mussten auf Befehl der amerikanischen Besatzung die Leichen der Opfer der „Flossenbürger Todesmärsche" bergen

Die, die gestorben sind, kommen mit ihrem Schicksal, ihrem Leid noch einmal zu Wort und dienen als Mahnung an nachfolgende Generationen. Die juristische und polizeistaatliche Unterstützung für Nazi-Großaufmärsche wie jene in Dresden steht dieser Mahnung komplett entgegen. Kein Vergeben – kein Vergessen!

Thomas-Meyer-Falk
z.Zt. JVA Bruchsal

Bibliografische Angaben:
Daniel Blatman, *Die Todesmärsche 1944/45*, erschienen 2011 im Rowohlt-Verlag, ca. 860 Seiten, 34,95 Euro, ISBN 978-3-498-02127-6

Der Rezensent: Thomas Meyer-Falk sitzt seit 1996 in Haft, aktuell in der JVA Bruchsal. Informationen und Stellungnahmen von Thomas zu seiner Inhaftierung sowie politische Einschätzungen findet ihr unter: www.freedom-for-thomas.de/thomas/thomas.shtml

Gedicht – Ralf Burnicki: *Countdown*

Wenn dir der Tag auf offener Straße mit Windhupe und aufheulendem Morgen entgegenkommt (samt seiner Überladung Arbeitswelt & selbstklebenden Gewissheiten) und deine Ausweichmanöver zum Glücklichsein zwischen Hochgeschwindigkeitssätzen verenden. Wenn du wegen Unfallgefahr vor jeden Zweifel ein Warndreieck aufstellen musst. Wenn die Zweifel sich häufen und die herbeigeeilten Horoskope nicht mehr wirken, dann ist es soweit oder noch weiter. Wenn die Auswege sich zurückbilden & die Geduldsfäden reißen, an denen der Alltag hängt, dann hat der Countdown gestern begonnen.

Wenn die Worte nicht mehr schmecken, weil jede Verheißung kalt auf den Tisch kommt. Wenn die Hoffnungen nicht mehr zurückkommen vom Brötchen holen und die Zukunft nur noch zur Häufchenbildung reicht (man sagt, sie habe eine Überdosis Lieblosigkeit genommen). Wenn die Leichtigkeiten ihren Auftritt verpassen. Wenn die Gegenwart nicht mehr zu sprechen ist & keine Rezepte mehr ausgibt. Wenn die wetterempfindliche Gewohnheit auf der Flucht ihren wärmenden Anstrich verliert. Wenn Straßenkreuzungen Kreuzverhöre sind und die Straßenzüge Scheuklappen aus Beton.

Wenn jede Himmelsrichtung in Uniform heranwächst und sämtliche Fragen – unsere nicht enden wollenden Flugversuche auf gefärbten Nachmittagsrückständen – mit harten Nächten niederwirft. Wenn Sonderkommandos ausschwärmen mit Fahndungsplakaten auf denen Sterne stehen und andere Gemeinschaftsformen. Wenn Sonderkommissionen frische Sätze ausheben wie einen Schmugglerring. Wenn keine Freudentänzer mehr von Balkonen winken, weil der Sommer sich im Tränengas vergeigt. Wenn das Heute nur der Kniefall von gestern ist, dann werden die Straßen brennen. Dann krempelt die Freiheit ihre Ärmel hoch und ist überall unterwegs.

Dann gibt es Satzausschreitungen auf den Straßen, weil die Demonstrationen beginnen. Und die Worte kommen daher wie Farbstoffe, die Wurzeln schlagen in die aufgebrochene Zeit. Auf Marktplätzen finden Vollversammlungen der Gedanken statt, und die Begegnungen türmen Barrikaden auf aus abgeschlagenen Enttäuschungen und erfinden ein Bild, das Geigen, Nachmittage und Stadtviertel zu Kollektiven vereinigt. Aus sämtlichen Himmelsrichtungen kommt alter Schmerz herbei, um sich in Ideen zu verwandeln und mit den Revolten zu verbünden. Und zwischen all den Geräuschen werden die Zentren der Antworten aufgelöst.

Aus Sprachausschweifungen und zusammengelegten Lichtstreifen entstehen Häuserwelten, in die die Hoffnungen einkehren und Freundschaften gründen, die sich gegenseitig eine bessere Welt ausgeben. Und während der Sommer kühle Solidarität ausschenkt, halten offene Fragen unter freiem Himmel spontane Zusammenkünfte ab, die jegliche Eile verweigern, denn die Antworten sollen zärtlich mit dem Morgen und Übermorgen umgehen. Und die Sätze lernen, Nachmittage zu fliegen. Und die Hände üben die Anfertigung von Nächten für eine Neueröffnung des Blicks. Und der Verstand schüttet sich lachend aus über die Vergangenheit. Es geschieht und du bist dabei.

Weitere Texte des Anarchopoeten Ralf Burnicki sind unter anderem in *Direkte Aktion* (Ausgaben 126, 151, 173, 181, 187 und 193) erschienen. Ralf Burnicki ist Teil des libertären Literaturprojekts *Blackbox* in Bielefeld. In Kooperation mit Michael Halfbrodt erschien der Band *Die Wirklichkeit zerreißen wie einen misslungenen Schnappschuss* (Anarcho-Poetry, Edition AV), sein letzter Band beschäftigte sich kritisch mit Kauf- und Konsumwelten (*Zahnweiß*, Kaufhauspoetry, Edition AV), siehe dazu auch die Rezension von Mona Grosche in *Direkte Aktion* 185.

Vom Ich zum Wir mal anders

Reflexionen eines Kulturaktivisten über anarchistische Kulturarbeit

Uns erreichte diese Zuschrift von Mick Mayerbeetle aus München, Anarcho-poetry Aktivist und Verfasser mehrerer Schriften zu Anarchismus und Kultur. Wir können hier leider nur den ersten Teil des Artikels abdrucken:

Anarchistische Kulturarbeit, dass klingt zunächst mal sehr spannend. Anarchie bedeutet Freiheit der Kunst, Kreativität ohne Grenzen und Event! Dazu als Vision die Aufhebung der Trennung zwischen Künstlern und Publikum. In der Theorie ein wirklich verlockender Ansatz. In der Praxis braucht es dazu erst mal die geeigneten Räumlichkeiten, gut zugänglich, kein Eintritt, kein Verzehrzwang. Dazu ist ein Konzept sehr hilfreich. Wir entschlossen uns in München dazu, eine offene Bühne für Musik, Literatur und Poetry Performance zu machen. Jede/r kann sich in eine offene Liste eintragen und hat dann eine Viertelstunde Zeit zu performen. Dieses einfache Konzept änderte sich im Laufe der Jahre. Zunächst war das Publikum von dem Open Space überfordert: Nach drei bis vier Darbietungen verließen die Leute die Location, besonders wenn es sich um Literatur handelte. „Da reicht's dann irgendwann, und du willst nicht mehr zuhören", so der Tenor. Dazu von Seiten der Wirtinnen der Hinweis auf die geltenden Gesetze, wonach Musikveranstaltungen der Genehmigung durch die Stadt München bedürfen und vorher angemeldet werden sollen. Ein schwieriges Unterfangen bei einer offenen Liste, da wir ja selbst nie wussten, wer kommt und wie der Abend dann verlaufen wird.

Die verschiedenen Hierarchie-Ebenen bewusst machen

Also erste Änderungen. Zunächst haben wir die Darbietungen auf vier verkürzt, um danach auch noch Raum für Austausch und Kommunikation zu haben. Auch Name und Konzept wurden verändert. Aus „open Mic" wurde „Wort und Schall – die offene Bühne für Literatur, Kleinkunst, Poetry Performance und Lebensfreude". Nach Nancy Pfeifer und Thomas Glatz hat zunächst ein Kollektiv die Drecksarbeit übernommen, als dann aber getreu dem Motto „Nimm du ihn, ich hab ihn sicher" gar nichts mehr ging, ging die Drecksarbeit auf mich über… Als „Drecksarbeit" bezeichne ich: den Kopf hinhalten, Equipment schleppen, Flyer drucken, Veranstaltungshinweise an Medien weitergeben und einen Newsletter schreiben. Mein Ziel ist es, diese Arbeit wieder mit anderen Kulturguerillas zu teilen. Dann gibt es da ja noch die Künstler und das Publikum. Also die Menge, die im anarchistischen Ansatz nicht geteilt sein sollte, im realen Leben aber nichts von ihrer Einheit weiß. Kein Eintritt bedeutet auch keine Gage, damit haben Künstler Schwierigkeiten. Kein Eintritt bedeutet keine Qualität, denkt das Publikum. Kein Verzehrzwang bedeutet kein Umsatz, denkt die Wirtin. Wieso kommt kein Schwein, denken die Veranstalter. So kabeln alle vor sich hin, und da gilt es anzusetzen. Dieser Ansatz bedeutet mühsame Kleinarbeit, Permanenz und Bescheidenheit. In unserer Welt gibt es Konsumenten und Anbieter, das sitzt ganz tief in den Köpfen. Erschwerend kommt hinzu, dass die ganze anarchistische Bewegung höchst unterschiedlich ist und teilweise auch sehr abgeschottet existiert. Was an der Propaganda der Mainstream-Medien und am eigenen Verhalten liegt. Ja, jetzt bin ich bei meinem Lieblingsthema. Da ich niemandem, der sich engagiert, zu nahe treten will, da jede Art von Engagement für anarchistische Ideen größten Respekt verdient, spreche ich hier nur von meinen eigenen Erfahrungen: Ich war lange Zeit zu sehr auf den Kampf gegen äußere Hierarchien fixiert und habe dabei vergessen, dass auch in meinem Inneren viele hierarchische Vorstellungen und Konditionierungen existieren, die mich genauso unterjochen wie äußere Einflüsse. Diesen Ansatz halte ich für zukunftsweisend.

Weitere Informationen und Arbeiten von Mick Mayerbeetle findet ihr unter: www.mayerbeetle.de

Kämpfen und lesen

Des letzten Rätsels Lösung: Zabalaza, eine anarcho-kommunistische Plattform samt Medien- und Druckkollektiv

„Der FIFA die schwarz-rote Karte zeigen" – unter diesem Motto machte die Zabalaza Anarchist Communist Front (ZACF) im vergangenen Jahr auf sich aufmerksam. In einer Stellungnahme kritisierte sie die Fußballweltmeisterschaft und die Politik der südafrikanischen Regierung, die diese als einmalige Chance für sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung verkaufen wollte. Insbesondere die enormen Ausgaben für den Neubau von Stadien und Infrastruktur wurden angesichts massiver Armut und hoher Arbeitslosenquoten als Investition allein zu Gunsten der herrschenden Elite angeprangert.

Zabalaza heißt so viel wie Kampf oder Anstrengung. Zulu, aus der das Wort stammt, ist die Muttersprache von etwa einem Fünftel der SüdafrikanerInnen, sie wird aber von der Mehrheit der gesamten Bevölkerung verstanden.

Gegründet hat sich die ZACF 2003 als Zusammenschluss mehrerer Kollektive zu einer gemeinsamen Föderation. Eine wichtige Rolle spielten dabei junge anarchistische Gruppen, die im Zuge der militanten Proteste gegen den UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg entstanden waren.

Nach einigen Schwierigkeiten und dem Rückzug einzelner Gruppen wandelte sich die ZACF zu einer strafferen Organisation, die sich an den plattformistischen Ideen Nestor Machnos orientiert. Zentral für ihre Arbeit und Struktur sind die Prinzipien der theoretischen und praktischen Einheit, der kollektiven Verantwortung sowie des Föderalismus. Dabei gibt es innerhalb der Organisation weiterhin verschiedene Untergruppen wie das Anarchist Black Cross und die Black Action Group.

In der konkreten Umsetzung beteiligt sich die ZACF an verschiedenen gesellschaftlichen Kämpfen. So leistet sie Unterstützungsarbeit für radikale Gewerkschaften und politische Gefangene, ist in ökologische Kampagnen involviert und arbeitet mit LSBTI-Gruppen (LesbiSchwul-Bisexuell-Transgender-Intersex) und anderen sozialen Bewegungen zusammen. Das Druckkollektiv Zabalaza Books gibt außerdem Publikationen zu verschiedenen anarchistischen Themen heraus.

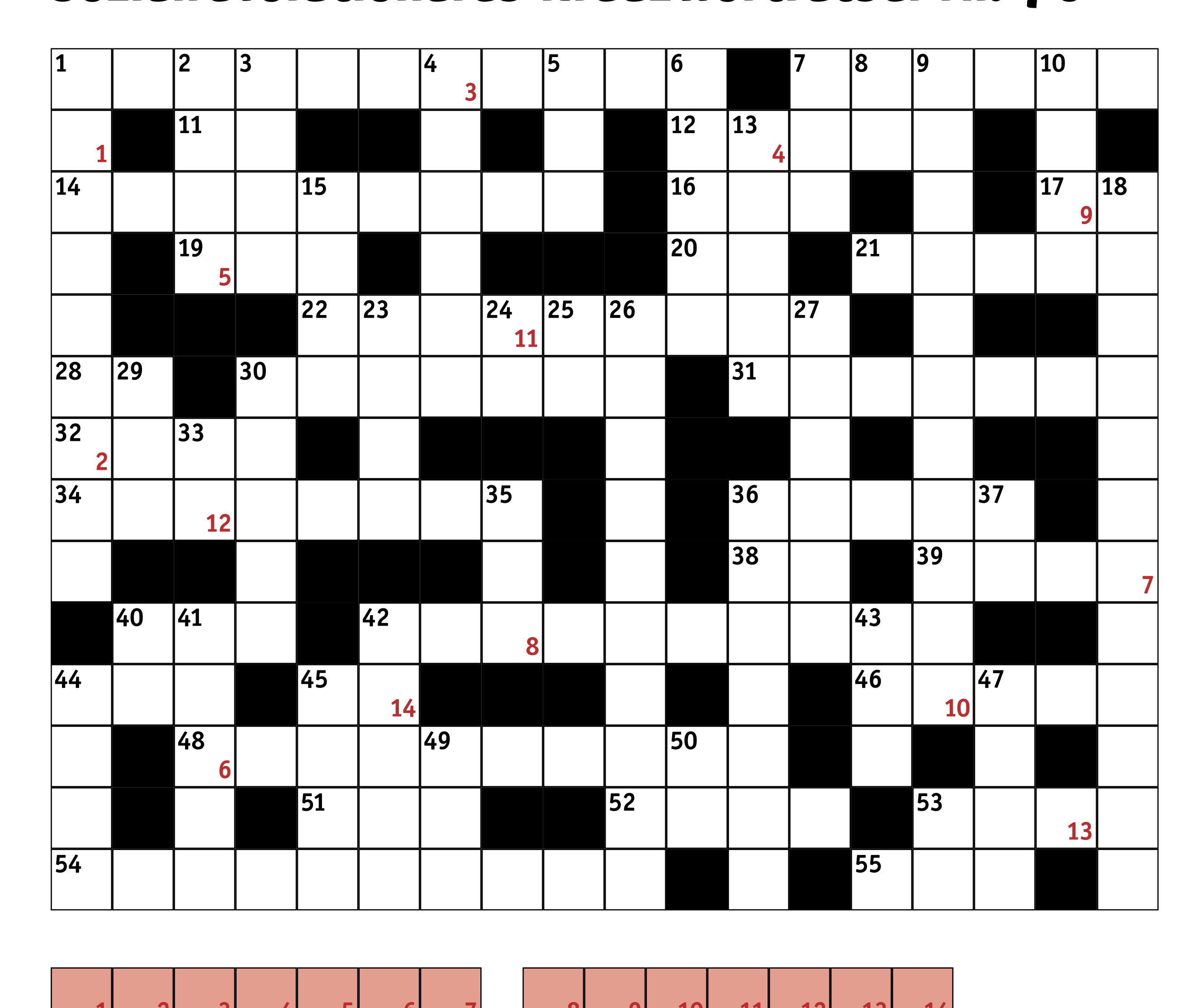
Unabhängig von der Hautfarbe kommen die Mitglieder der ZACF aus verschiedenen Teilen der südafrikanischen Gesellschaft. Insbesondere jüngere Arbeitslose, Teilzeitbeschäftigte und Studierende interessieren sich für anarcho-kommunistische Ideen.

Bis 1999 hatte es mit der Workers Solidarity Federation of South Africa (WSF) auch eine ausdrücklich anarcho-syndikalistische Organisation gegeben. Sie löste sich jedoch auf und ging zu einem großen Teil in das Bikisha Media Collective der ZACF über, das sich auf die Verbreitung anarchistischer Ideen unter ArbeiterInnen konzentriert. Darüber hinaus gibt es in Südafrika eine Sektion der syndikalistischen Industrial Workers of the World (IWW).

Jack Goldstein



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 70



Waagerecht

1. Der Sozialismus sei letzten Endes eine ~, meinte Rudolf Rocker in der *Prinzipienerklärung des Syndikalismus* (1919) 7. *„Es ist das Einfache, das ~ zu machen ist"* (Bertolt Brecht zum Kommunismus) 11. die ersten zwei Buchstaben des Namens des griechischen „Nationalgetränks" 12. radikaler Gewerkschaftsverband im Deutschen Kaiserreich und zu Beginn der Weimarer Republik: *~ Vereinigung deutscher Gewerkschaften* 14. Gewerkschaft der angestellten KlinikärztInnen: *~ Bund* 16. Person, die sich für etwas begeistert <österr.> 17. Oberschule <Abk.> 19. rustikal-anarchistischer Spruch, Klassenhass aus dem hohlen Bauch: „~ the rich" 20. Europameisterschaft <Abk.> 21. gewissermaßen 22. Kfz-Kennzeichen für Apolda 24. diese rohstoffreiche Region gerät mit der Erderwärmung verstärkt ins Visier der Anrainerstaaten (v.a. Kanada, Russland und die USA) 28. ursprüngl. engl. Abk. für Kennziffer: *~-Nummer* 30. US-amerikanischer Medienkritiker, Linguist und Querdenker 31. Farbe des Anarchismus 32. Sumpf, Bruch 34. texanische Kapitalanlagegesellschaft, die die Nordhausener Fahrradfabrik plattsanieren wollte und 2007 eine Betriebsbesetzung und die Strike-Bike-Kampagne auslöste 36. Überlassung einer Sache zu Gebrauch und Nutzung gegen Entgelt 38. Fußballklub <Abk.> 39. Schriftzug eines Marken- oder Firmenzeichens 40. Dachorganisation verschiedener nationalistischer Fraktionen der PalästinenserInnen 42. *alle ~*: sehr selten 44. rissig, nicht glatt 45. unvollkommenes *Echo* 46. kurzer, heller Laut wie zerbrechendes Holz 48. Leisetreter, sich sofort fügender Mensch 51. urtümliche Papageienart 52. Gruppe, Team 53. erneuerbare Energiequelle 54. spießig, nicht links <linker Jargon> 55. DGB-Gewerkschaft, die in ver.di aufging.

Senkrecht

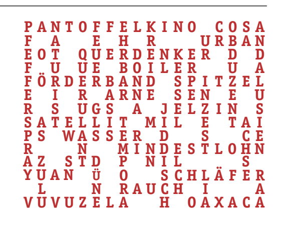
1. Günstlingspartei oder Geheimbund 2. kleiner, auf Schienen laufender Lastwagen, v.a. im Bergbau 3. Blechblasinstrument 4. Ritze, Spalt 5. engl. für „Luft" 6. Drehung eines Balles oder einer Billardkugel durch schräg geführten Schlag/Stoß 7. eine der bekanntesten engl. Punk-Bands der zweiten Hälfte der 1970er Jahre: *~ Pistols* 8. „101" in römischen Zahlen 9. was eine Feldmaus unter der Erde oder ein Mensch in einem Haufen Dokumente machen kann 10. erzählende Dichtung in rhythmisch oder metrisch gebundener Sprache 13. unentschiedener Ausgang eines Spiels 15. Bundesstaat der USA 18. Protestform bei gewaltfreien Aktionen 23. zweitgrößte „ArbeitgeberIn" der BRD: *Deutsche ~ AG* 24. Namenszusatz, den die FAUD 1922 einführte, um das Selbstverständnis des Anarchosyndikalismus zum Ausdruck zu bringen 25. Abk. für eine antiautoritäre Politorganisation im Frankfurt/M. der 1970er Jahre, zu deren Mitgliedern u.a. Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer gehörten 26. Name des Alfabets, mit dem u.a. Russisch und Bulgarisch geschrieben werden 27. altes Brettspiel für zwei SpielerInnen 29. Gruppe von zwei Personen 30. Therapie, die bei vielen Krebsarten verschrieben wird <Kurzform> 33. chemische Formel für das Cyanid-Ion 35. engl. Vorname 36. Priester, der eine Gemeinde leitet 37. Aufschrift auf vielen Imbissbuden und Cafés: *Coffee ~ go* 40. Kfz-Kennzeichen für Passau 41. Aas als Köder für Raubwild <Jägersprache> 42. im Kartenspiel: Karte mit Narrenbild, die für jede Karte gelten kann 43. so viel Leid auf einem Haufen: die zahlenmäßige größte Kirche des Christentums <Abk.> 44. *„Bank~: eine Initiative von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank."* (Brecht) 45. Eckstoß <Fußball, Kurzform> 47. größte Stadt bzw. Agglomeration Israels: *Tel-~* 49. *das erste ~*: die erste Erfahrung mit Sex 50. häufige Vorsilbe bei deutschen Verben, die den Beginn eines Vorgangs oder Zustands aber auch die Vollendung bezeichnen kann 53. Kfz-Kennzeichen für Waldshut-Tiengen.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

GewinnerIn #204: Moritz F. aus Göttingen

Auflösung # 69



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Florian Wagener

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 206: 10. Juni 2011